

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Fortschrittsbericht zur deutschen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit im Waldsektor

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Die Bedeutung des Waldes für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung	5
1.1 Die Multifunktionalität des Waldes und nachhaltige Waldwirtschaft	5
1.2 Bedeutung von Wäldern und Waldwirtschaft zur Deckung der Grundbedürfnisse und Entwicklung ländlicher Räume	5
1.3 Institutionelle und politische Bedeutung von Wäldern und Waldwirtschaft	6
2 Wald im Spannungsfeld verschiedener Interessen	6
2.1 Wald: eine ökonomisch attraktive Landnutzungsform?	6
2.2 Wald als Gegenstand lokaler, nationaler und globaler Interessenslagen	7
2.3 Staatliche Kapazitätsengpässe und Funktionsdefizite	8
2.4 Illegale Aktivitäten	8
2.5 Wald als Kriegsraum und Finanzierungsquelle für kriegerische Konflikte („Conflict timber“)	8
2.6 Globale Waldzerstörung und ihre Folgen	9
3 Entwicklungspolitischer Handlungsbedarf – Ziele, Grundsätze und Strategien	10
3.1 Ziele und Grundsätze der deutschen Entwicklungs- zusammenarbeit im Waldsektor	10

	Seite
3.2 Strategien der EZ im Waldsektor	11
3.3 Der internationale Rahmen – Vorgaben und Potenziale	12
3.3.1 Stand des internationalen walddpolitischen Dialogs	13
3.3.2 Stand der sektorübergreifenden walddrelevanten Politikprozesse ..	13
4 Handlungsfelder deutscher EZ im Waldsektor	13
4.1 Schutz und nachhaltige Nutzung von Waldressourcen	13
4.2 Politikberatung und Förderung von Kompetenzen und Dienstleistungen in Partnerländern	14
4.3 Beiträge zum gesellschaftlichen Interessenausgleich in Partnerländern	14
4.4 Unterstützung regionaler Initiativen der Partnerländer	14
4.5 Beteiligung an multinationalen Programmen	14
4.6 Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit	15
4.7 Unterstützung und Einbindung in globale und regionale Walddpolitikprozesse	15
5.1 Afrika	16
5.1.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale	16
5.1.2 Fachliche Schwerpunkte und Umsetzungsbeispiele	18
5.1.2.1 Tunesien: Unterstützung der nachhaltigen Bewirtschaftung forstlicher Ökosysteme	18
5.1.2.2 Kamerun: Nationales Waldprogramm	19
5.1.2.3 Kongobecken: CBFP, AFLEG und COMIFAC	20
5.1.2.4 Madagaskar: Regierungsberatung im Umweltbereich und Naturschutz	20
5.1.2.5 Tansania: Walddpolitikberatung	21
5.1.2.6 Entwicklungsgemeinschaft im Südlichen Afrika (SADC): Forstvorhaben SADC	21
5.1.2.7 Benin: Beratung des Landwirtschaftsministeriums und nachhaltige Bewirtschaftung von Teakwäldern	22
5.2 Lateinamerika	22
5.2.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale	22
5.2.2 Fachliche Schwerpunkte und Umsetzungsbeispiele	23
5.2.2.1 Regionalvorhaben „Tropenwalderhaltung Amazonien“	23
5.2.2.2 Brasilien: Internationales Pilotprogramm zum Schutz der Brasilianischen Tropenwälder (PPG7)	24
5.2.2.3 Kolumbien: Umweltprogramm und Forstentwicklung Rio-Magdalena-Tal	25

	Seite
5.2.2.4 Ecuador: Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (NAMARES)	25
5.2.2.5 Peru: Stärkung des nationalen Naturschutzgebietsystems von Peru	26
5.2.2.6 Paraguay: Eine Nationale Strategie für den Schutz der natürlichen Ressourcen (ENAPRENA)	27
5.2.2.7 Chile: Nachhaltige Naturwaldbewirtschaftung	27
5.2.2.8 Einrichtung eines Programms zur Konsolidierung des meso-amerikanischen Biokorridors (Corredor Biológico Mesoamericano/CBM)	28
5.2.2.9 Honduras: Programm Soziale Forstwirtschaft in Honduras PSF ..	28
5.3 Ost-/Zentralasien	29
5.3.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale	29
5.3.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele	30
5.3.2.1 China: Rehabilitierung und Schutz des Tropenwaldes in Hainan, Drei-Norden-Schutzwald-Programm, Schutzwaldgürtel Oberer und Mittlerer Yangtze-Fluss	30
5.3.2.2 Mongolei: Schutz und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen ..	31
5.4 Südasien	31
5.4.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale	31
5.4.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele	32
5.4.2.1 Bhutan: Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in den Distrikten Punakha und Wangdue-Phodrang	32
5.4.2.2 Indien: Beratung und Unterstützung des Ministry of Agriculture im Bereich des integrierten Watershed-Managements (IGBP-WSM)	32
5.4.2.3 Indo-German Changar Eco-Development Projekt (IG-CEDP) ...	32
5.4.2.4 Nepal: Forstliche Entwicklung der Churia-Wälder	33
5.5 Südostasien	33
5.5.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale	33
5.5.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele	35
5.5.2.1 ASEAN: Regionales Waldprogramm Südostasien (ReFOP)	35
5.5.2.2 Mekong River Commission: Nachhaltige Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten im Unteren Mekongbecken	35
5.5.2.3 Indonesien: Stärkung der Managementkapazitäten des Forstministeriums	36
5.5.2.4 Kambodscha: Unterstützung des Wiederaufbaus der Forstverwaltung	37
5.5.2.5 Philippinen: Kommunale Waldbewirtschaftung Quirino	37
5.5.2.6 Vietnam: Aufforstung, Einkommenssicherung und Erhalt der Biodiversität	38
5.6 Ozeanien	39
5.6.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale	39
5.6.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiel ..	40
5.6.2.1 Regionalvorhaben Waldwirtschaft in pazifischen Inselstaaten ...	40

	Seite
5.7 Ost- und Südosteuropa	41
5.7.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale	41
5.7.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele	43
5.7.2.1 Bulgarien: Unterstützung der Waldrestitution und Wirtschaftsberatung	43
5.7.2.2 Albanien: Förderung der Restrukturierung der Land- wirtschaftlichen Universität Tirana	43
5.7.2.3 Bosnien-Herzegowina: Konzeption einer nationalen Waldressourceninventur	44
6 Ausblick und Handlungsoptionen	44
6.1 Zusammenfassung der Erfahrungen und Ableitung von Handlungsempfehlungen	44
6.2 Herausforderungen in den Partnerländern	45
6.3 Herausforderungen in der internationalen walddrelevanten Politik ..	46
6.4 Herausforderungen durch Globalisierung und internationalen Handel	46
6.5 Optionen für eine wirksame Positionierung deutscher waldbezogener EZ	47
Anhang	
Laufende Tropenwald- und sonstige Forstprojekte des BMZ	49

1. Die Bedeutung des Waldes für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung

1.1 Die Multifunktionalität des Waldes und nachhaltige Waldwirtschaft

Wälder sind multifunktional. Sie sind Lebensraum und Erlebniswelt des Menschen, Rückzugsgebiet von Tieren und Pflanzen, Produktionsmittel, Wasser- und CO₂-Speicher, Luftfilter und Bodenschutz, um nur einige der wesentlichen Funktionen aufzuzählen. Nach Erhebungen der Weltbank tragen Wälder direkt zum Lebensunterhalt von 90 Prozent der 1,2 Milliarden Menschen bei, die in extremer Armut leben und sind gleichzeitig entscheidender Ausgleichs- und Einflussfaktor für die globale Umwelt.

Obgleich die positiven Funktionen von Wäldern hinreichend bekannt sind, werden laut FAO jedes Jahr weltweit 15 Mio. Hektar Wald durch menschlichen Einfluss zerstört. Entscheidend dafür, ob Wald als „Entwicklungs“-Hindernis bekämpft, oder aber „nachhaltig bewirtschaftet“ wird, sind wirtschaftliche, soziale und kulturelle Bedürfnisse und Interessen, sowie die Fähigkeit und der Wille der Politik, die verschiedenen Interessen mit- und untereinander auszugleichen. Künftigen Generationen sollen die gleichen Handlungsoptionen und Nutzungen des Waldes offen stehen wie der jetzigen, und sie sollen ebenso in vollem Umfang von den Funktionen des Waldes profitieren und seine Produkte nutzen können.



Nachhaltige Waldwirtschaft versucht, diesem Anspruch nachzukommen. Alle Funktionen des Waldes sollen gleichermaßen berücksichtigt werden, um die unterschiedlichsten materiellen und immateriellen „Produktions“-Ziele zugleich zu gewährleisten. Dies setzt voraus, dass die Waldbewirtschaftung ökologisch verträglich, sozial gerecht und auch ökonomisch sinnvoll ist. Nur wenn die drei Säulen der Nachhaltigkeit miteinander verbunden sind, lassen sich für alle Beteiligten tragbare langfristige Perspektiven sichern. Nachhaltige Waldbewirtschaftung ist daher nicht vordergründig waldbaulich-forsttechnisch

zu verstehen, sondern als sektorübergreifende, gesellschaftliche Aufgabe.

1.2 Bedeutung von Wäldern und Waldwirtschaft zur Deckung der Grundbedürfnisse und Entwicklung ländlicher Räume

Wald ist für viele Menschen unmittelbarer und unverzichtbarer Teil des täglichen Lebens. Er dient der Existenzsicherung sowie als Landreserve und bietet viele Dinge des täglichen Lebens wie Baumaterialien, Feuerholz, Fasern für Kleider, Medizinalpflanzen, Gewürze, Öle, Gemüse und Wildfleisch. Folgende Zahlen mögen die Bedeutung des Waldes für die Menschen verdeutlichen:

- Jeder vierte Arme dieser Welt ist direkt oder indirekt auf Wald zur Sicherung seines Lebensunterhalts angewiesen.¹
- 60 Millionen Indigene, die in den Regenwäldern Lateinamerikas, Südasiens, West- und Zentralafrikas leben, sind direkt abhängig von Wäldern und ihren Produkten.²
- 350 Millionen Menschen, die in oder in der Nähe von Wäldern leben, sind auf diese für ihre Subsistenz oder für Einkommen angewiesen.²
- 1,2 Milliarden Menschen in Entwicklungsländern nutzen Bäume zur Nahrungsmittelproduktion.²
- Über 2 Milliarden Menschen benutzen hauptsächlich Brennholz zum Kochen und Heizen.³
- Mehr als 10 Millionen Menschen in Entwicklungsländern sind in der Waldwirtschaft beschäftigt. Hinzu kommen ca. 30 bis 50 Millionen informelle Jobs in der Holzindustrie.⁴
- Naturprodukte aus Wäldern sind für 70 bis 90 Prozent der Menschen in Entwicklungsländern die einzige Quelle für Medizin.⁵

Entscheidend zur Deckung der Grundbedürfnisse sind der Zugang zum Wald und die Größe bzw. die Qualität der zugänglichen Fläche. Wird dieser Zugang beschnitten, sehen sich die Menschen erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Risiken ausgesetzt. Diese führen nicht selten durch Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Land-

¹ Weltbank 2000: World Bank reviews global forest strategy. News Release No. 2000/193/S.
² Weltbank 2001: A Revised Forest Strategy for the World bank Group. Draft 30 July 2001.
³ UNDP, UNDESA und World Energy Council 2000: World Energy Assessment.
⁴ ILO 2002: <http://www.ilo.org/public/public/english/dialogue/sector/sectors/forest/emp.htm>.
⁵ FAO 1996: Forestry and Food Security. Brochure prepared for the World Food Summit.

und Waldnutzungsinteressen zu massiven Konflikten. Klar definierte Verfügungsrechte sind deswegen eine entscheidende Voraussetzung nicht nur zur nachhaltigen Nutzung, sondern auch zur Konfliktvermeidung. Vom Wald abhängige Bevölkerungen und vor allem die indigenen Völker verfügen über unschätzbare Kenntnisse des Waldes, seiner Pflanzen und Tiere. Dieses Wissen hat sich die Menschheit oft zunutze gemacht, ohne die Urheber und Träger dieses Wissens adäquat zu honorieren.

Die in und am Wald lebenden Bevölkerungen gehören zu den wichtigsten Zielgruppen deutscher Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Sie gehören oft zu den Ärmsten der Armen und genießen damit nicht nur in der walddirelevanten EZ, sondern in der gesamten deutschen EZ besondere Aufmerksamkeit.

Waldbewirtschaftung kann entscheidend zur wirtschaftlichen Entwicklung ländlicher Räume beitragen. Neben der Bewirtschaftung durch private Konzessionäre hat in den letzten zehn Jahren auch die Eigenbewirtschaftung von Wäldern durch Anrainergemeinden oder lokale Interessengemeinschaften wesentlich an Bedeutung gewonnen. Beide Formen der Bewirtschaftung können ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Wertschöpfungsketten sein. Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Waldbewirtschaftung einen positiven Beitrag für die Landbevölkerung leistet, ist allerdings in jedem Fall die angemessene Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen und ihrer verschiedenen Interessen. Nur so können negative Entwicklungen, wie z. B. unkontrollierter Zuzug von Arbeitskräften, Übernutzung von Naturressourcen oder dauerhafte Waldumwandlungen vermieden werden, bei denen Anrainer und traditionelle Nutzer des Waldes am Ende als Verlierer zurückbleiben.

Schließlich leisten die ländlichen Räume dank Erhalt und Regeneration der Wälder auch einen hohen ökologischen und wirtschaftlichen Beitrag für die urbanen Räume und ihre Bevölkerungen. Die Diskussionen um eine angemessene Honorierung dieser Leistungen zugunsten der ländlichen Räume stehen erst am Anfang. Sie können jedoch wichtige neue Perspektiven für die wirtschaftliche Zukunft der ländlichen Räume und den Erhalt ihrer Wälder entwickeln helfen.

1.3 Institutionelle und politische Bedeutung von Wäldern und Waldwirtschaft

Nachhaltige Waldwirtschaft und die unterschiedlichen Funktionen und Nutzungsmöglichkeiten von Wäldern bergen ein erhebliches Potenzial für institutionelle und politische Entwicklungen. Waldpolitik betrifft in keinem Land nur ein einziges Ministerium oder nur einen Entscheidungsträger. Entscheidungen mit Auswirkungen auf den Wald werden im Verkehrs- oder Landwirtschaftsministerium ebenso getroffen wie im Wirtschaftsministerium, oder im Finanzministerium, wenn es z. B. um die Aufbesserung des Staatshaushaltes geht. Sachgerechten Entscheidungen über Schutz und Nutzung von Wäldern sollte ein breit angelegter politischer und gesellschaftli-

cher Aushandlungsprozess zugrunde liegen. Wald bietet sich deshalb geradezu an, als Gegenstand von Prozessen zu fungieren, die demokratische Strukturen schaffen und konsolidieren. Ein den Grundprinzipien der Partizipation und Subsidiarität folgender Aushandlungs- und Entscheidungsprozess führt damit zur Förderung pluralistischer Strukturen und zu Dezentralisierung, nicht nur im Sektor selbst, sondern auch in anderen Sektoren.

2. Wald im Spannungsfeld verschiedener Bedürfnisse und Interessen

Nach der Darstellung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Potenziale des Waldes stellt sich die Frage, warum trotz aller politischen Bemühungen weltweit immer noch jährlich etwa 15 Mio. Hektar Wald verloren gehen. Sie erklärt sich überwiegend aus der Tatsache, dass der Wald in einem enormen Spannungsfeld verschiedenster Interessensgruppen steht.

Entscheidungen mit Auswirkungen auf den Wald werden auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Sektorpolitiken getroffen, wobei diese nicht immer effektiv ineinander greifen. Häufig werden die Entscheidungen von Menschen getroffen, die selbst nicht unmittelbar vom Wald und seinen Funktionen betroffen sind. Oft sind die Entscheidungen von kurzfristigem Nutzendenken geprägt und berücksichtigen die vielfältigen Beiträge und Potenziale der Wälder für die Gesamtentwicklung nicht ausreichend.

2.1 Wald: eine ökonomisch attraktive Landnutzungsform?

Hohe Kapitalerträge und hohe Marktpreise für Waldprodukte in den Erzeugerländern, sowie große Nachfrage und Wertschätzung auch immaterieller Waldfunktionen in den Verbraucherländern sollten eigentlich dazu führen, dass Waldzerstörung insgesamt schon aus wirtschaftlichem Nutzenkalkül unterbleibt. Ist Wald – angesichts fortdauernd hoher, globaler Waldverluste – demnach wirtschaftlich anderen Landnutzungsformen unterlegen?

Problematisch ist, dass die meisten der Leistungspotenziale des Waldes, die unter dem Stichwort „Multifunktionalität“ genannt worden sind, in der Praxis monetär nicht oder nur völlig unzureichend bewertet werden. Das liegt u. a. daran, dass die ökonomische Bewertung und die damit verbundene Bildung und Zuordnung von Marktpreisen im Waldsektor wesentlich schwieriger und methodisch anspruchsvoller ist, als in anderen Sektoren der Volkswirtschaft. Auch Holz, das traditionelle Hauptprodukt der Forstwirtschaft, hat in vielen Partnerländern der deutschen EZ, gemessen an den Herstell- bzw. Wiederherstellungskosten und den mit der langen Produktionsdauer verbundenen hohen Opportunitätskosten, einen viel zu niedrigen Preis. Aus Sicht lokaler Nutzer ist dies zu begrüßen, trägt aber nicht dazu bei, die Landnutzungsform „Wald“ gegenüber anderen ökonomisch attraktiver zu machen. Ebenso wenig decken solch niedrige Preise die Kosten für die Produktion so weit ab und machen eine

nachhaltige Bewirtschaftung finanzierbar. Der nachfolgend dargestellte Preisbildungsprozess für Brennholz im Tschad mag dies verdeutlichen:

Preisstruktur von Brennholz im Tschad (2001)

Endpreis:	57 Franc/kg
Gewinnspanne der Händler:	ca. 30 Franc/kg (52 Prozent des Endpreises)
Gewinnspanne des Transporteurs:	ca. 8 Franc/kg (14 Prozent)
Transportkosten:	ca. 10 Franc/kg (18 Prozent)
Forstwirtschaftsteuer:	ca. 2 Franc/kg (3 Prozent)
Sonstige Kosten:	ca. 2 Franc/kg (7 Prozent)
Kaufpreis vom Produzenten:	3,5 Franc/kg (6 Prozent)
Quelle:	Agence pour l'Énergie Domestique et l'Environnement (AEDE), 2001
Dokument:	Projet Énergie Domestique, Rapport Fin de l'Assistance Technique du Groupement ECO Consulting Group/Agritchad

Die Zahlen machen deutlich, dass eventuell anfallende Produktionskosten nur in ganz geringem Maße durch den Endpreis abgedeckt werden. Das heißt durch den Verkauf des Holzes entstehen fast keine Erlöse, welche wieder in die Waldbewirtschaftung investiert werden können. Bei einer solchen Holzpreisstruktur ist eine nachhaltige Waldbewirtschaftung, welche Finanzmittel für Pflanz- und Pflegemaßnahmen erfordert, nicht möglich.

Soweit Tropenwälder über Konzessionssysteme bewirtschaftet werden, spiegelt in vielen Ländern die Konzessionsgebühr den Weltmarktpreis derzeit nur ungenügend wieder. Oft befindet sich Wald entweder überwiegend im Staatseigentum, oder seine Bewirtschaftung und Nutzung werden zumindest exklusiv von staatlichen Forstbehörden kontrolliert. Diese vergeben Anrechte zum Holzeinschlag an Holzeinschlagsunternehmen gegen staatlich festgesetzte Gebühren fernab von Marktwerten. Diese forstpolitisch negativen Effekte werden in vielen Fällen durch Korruption und mangelnde Vollzugskapazität staatlicher Forstbehörden noch verschärft.

Viele Waldnebenprodukte bzw. Nichtholzprodukte, z. B. Früchte und Fasern, werden vornehmlich lokal gesammelt und genutzt und kommen nicht oder nur lokal in den Verkauf. So decken in vielen Partnerländern große Teile der Bevölkerungen bis zu 80 Prozent ihres Arzneibedarfs über Medizinalpflanzen, die aus dem Wald stammen. Diese Medizinalpflanzen sind preislich weder

bewertet noch Bestandteil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Dieses Phänomen ist ebenso bei anderen nicht bewerteten oder unterbewerteten Nichtholzwalddprodukten wie Früchten oder Sonderfunktionen des Waldes zu beobachten. Bei einer anstehenden Entscheidung zur Nutzungsartenänderung, z. B. zur Umwandlung des Waldes in Palmölplantagen, erscheint diese insofern volkswirtschaftlich attraktiv, da Kosten für den Ersatz der Medizinalpflanzen nicht in Betracht gezogen werden. Genetische Ressourcen des Waldes und ihre Nutzungen zum Beispiel, werden zwar erforscht und genutzt, aber trotz internationaler Bemühungen im Rahmen der Umsetzung der Konvention über biologische Vielfalt, nur selten monetär bewertet und entlohnt.

2.2 Wald als Gegenstand lokaler, nationaler und globaler Interessenslagen

Waldflächenbedarf und Waldflächenentwicklung sind sehr stark an die volkswirtschaftliche Entwicklung eines Landes gekoppelt. Im Sinne der Entwicklungsförderung kann es durchaus notwendig werden, einen Teil des Waldes in landwirtschaftliche Fläche oder in andere Nutzungsarten zu überführen. Entscheidend ist, dass dies im Rahmen einer langfristigen Planung und nach ausführlicher Prüfung von Wirkungen und Alternativen geschieht und der notwendige gesellschaftliche Interessenausgleich berücksichtigt wird.

Erheblich unter Druck geraten Waldflächen, wenn sie als Lagerstätten für wertvolle Bodenschätze identifiziert werden. Das jüngste Beispiel Indonesien zeigt, dass der Kohleabbau selbst vor wertvollen Waldschutzgebieten nicht halt macht, wenn ausschließlich wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund gestellt werden.

Begünstigt wird die drastische Unterbewertung der Waldressourcen durch die politische und rechtliche Entwicklung vieler Entwicklungsländer, die nicht selten nach der Dekolonialisierung zu einer starken Dominanz staatlicher Verwaltungen im Waldsektor und zu einer Einschränkung und Aufhebung von traditionellen Zugangs- und Nutzungsrechten Einzelner oder von Gemeinschaften geführt hat. Damit werden vielfach die Lebens- und Handlungsbedingungen Betroffener beschnitten und Versorgungsdefizite ggf. verschärft.

Interessengegensätze hinsichtlich der Waldflächenentwicklung bestehen nicht nur auf nationaler Ebene, sondern vor allem auch zwischen der nationalen und internationalen Ebene. Das globale Interesse am Schutz der Tropenwälder wird in Tropenwaldländern zwar anerkannt, Forderungen zu deren Erhaltung aber als Einmischung in innere Angelegenheiten verstanden. Die Tropenwaldländer fordern für sich das Recht, ihre Wälder ebenso zum Wohle des eigenen Volkes und Staatswesens zu nutzen, wie dies die Länder des Nordens praktizieren und lehnen eine großflächige Unterschutzstellung ihrer Wälder unter Verweis auf ihre nationale Souveränität und Entwicklungsinteressen ab. Abgesehen davon, dass eine bloße Schutzzerklärung für bestimmte Waldgebiete nicht ausreicht, um deren Schutz dauerhaft zu gewährleisten, würde eine strenge Unterscheidung und Entscheidung zwischen umfassendem Schutz und umfassendem Nutzen

in vielen Regionen dazu führen, dass Wald nur noch inselweise erhalten bleibt. Sinnvoller ist ein integriertes Schutz- und Nutzungskonzept, das neben dem strengen Schutz bestimmter Waldflächen mit hohem Schutzwert (z. B. schutzwürdige Primärwälder) schonende Waldnutzung unter Berücksichtigung aller anderen Waldfunktionen vorsieht. Schutz und Nutzung müssen also so gestaltet werden, dass sie miteinander vereinbar sind: Schutz durch Nutzung lautet dabei die Devise.

Kritisch betrachtet werden müssen in dem Zusammenhang nationalstaatliche Holzeinschlagsverbote. Die Erfahrung lehrt, dass diese häufig substituiert werden durch Übernutzungen und illegale Einschläge in Nachbarländern. So blieb z. B. das Einschlagsverbot in China nicht ohne Folgen auf die Einführen von illegal eingeschlagenem Holz aus der Russischen Föderation und aus Indonesien.

2.3 Staatliche Kapazitätsengpässe und Funktionsdefizite

Da Walderhalt und nachhaltige Bewirtschaftung oft nicht als sektorübergreifendes, sondern als rein forstliches Anliegen verstanden werden, wird die Bedeutung nachhaltiger Waldwirtschaft für die Volkswirtschaft und andere Sektoren in vielen Entwicklungsländern unterschätzt. In der Folge leidet der Waldsektor dort häufig unter erheblichen Kapazitätsproblemen. In vielen Partnerländern sind gerade die Forstbehörden besonders schwach mit Personal und Mitteln ausgestattet und haben gegenüber anderen Ressorts nur geringes politisches Gewicht. Zugleich stehen sie nicht selten unter dem Einfluss einer starken, auf die Erwirtschaftung kurzfristiger Gewinne ausgerichteten Industrielobby. Korruption und das offenkundige Unvermögen, den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes zu sichern, tragen ein Übriges zur Diskreditierung der Forstbehörden bei. Erhebliche Defizite bestehen in vielen Tropenländern ebenfalls bei der notwendigen Etablierung gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse und gerechtem Interessenausgleich, bei Teilhabe und Partizipation, bei Dezentralisierung und Transparenz. Sie sind unverzichtbarer Bestandteil einer modernen Waldpolitik auf dem Weg zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung. In vielen Tropenländern stehen diese Prozesse noch ganz am Anfang und brauchen daher langfristige Unterstützung.

Neben der negativen Einflussnahme anderer Sektoren auf den Wald (z. B. Straßenbau) stellen die extrem hohe Staatsverschuldung vieler EL und Wirtschaftsreformprogramme des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank wald- und entwicklungspolitisch eine besondere Herausforderung dar. Das mit Strukturanpassungen verfolgte Ziel, die eigenen Ressourcen für die nationale Entwicklung und zur Bedienung der Schulden einzusetzen, überfordert häufig die vorhandenen Kapazitäten und ging in der Vergangenheit oft zulasten einer nachhaltigen Entwicklung und besonders auch des Waldes.

Von den genannten Prozessen sind häufig besonders die ärmsten Bevölkerungsschichten betroffen, die direkt von

der Ressource Wald abhängen. Maßnahmen gegen Staatsbankrott und Überschuldung (wie Wirtschaftsreformen, Handelsförderung und -liberalisierung) müssen daher verstärkt auf ihre Umwelt- und Sozialverträglichkeit analysiert werden, um gleichzeitig ihre Vereinbarkeit mit dem Ziel einer „nachhaltigen Entwicklung“ zu gewährleisten.

2.4 Illegale Aktivitäten

Ein weltweites Phänomen ist der illegale Holzeinschlag und Handel mit illegal eingeschlagenem Holz. Die Weltbank schätzt, dass auf diesem Weg alljährlich 10 bis 15 Mrd. Dollar an Staatseinnahmen verloren gehen. Für viele Länder (z. B. Kambodscha, Indonesien, Brasilien, Kamerun) wird der Anteil illegal eingeschlagenen Holzes auf 50 bis 80 Prozent geschätzt. Eng mit illegalem Holzeinschlag verbunden ist Korruption. Beides wird gefördert durch Intransparenz, schwache staatliche Strukturen sowie Unkenntnis und mangelnde Durchsetzung der Gesetze. Neben dem Verlust von Staatseinnahmen führt illegaler Holzeinschlag zu erheblichen Marktverzerrungen und zur Diskreditierung der gesamten Branche und des Rohstoffes Holz. Von den illegalen Aktivitäten profitieren nur wenige rücksichtslose Unternehmen und korrupte Strukturen, während der Masse der Bevölkerung eine direkte oder indirekte Gewinnbeteiligung vorenthalten bleibt. Illegaler Holzeinschlag trägt daher zu einer Vergrößerung der Armut und zu einer Verschärfung von Nutzungskonflikten bei.

Die internationale Diskussion hat sich des Themas „Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und Handels mit illegal eingeschlagenem Holz“ mit viel Engagement angenommen, wobei erste politische Erfolge mit den seit 2001 ins Leben gerufenen FLEGT (Forest Law Enforcement Governance and Trade) Prozessen bereits deutlich sichtbar werden. Zu bedenken ist allerdings, dass mehr Legalität nicht gleichzeitig mehr Nachhaltigkeit bedeuten muss. Die insbesondere von vielen Verbraucherländern geforderte Bescheinigung der Legalität gibt nur Auskunft darüber, ob der Einschlag konform zur nationalen Gesetzgebung vorgenommen wurde, sagt aber nichts darüber aus, ob das Produkt aus sozial gerechter und ökologisch verträglicher Bewirtschaftung stammt. Die Bundesregierung unterstützt intensiv den Kampf gegen illegalen Holzeinschlag und betont dabei, dass dies als ein erster wichtiger Schritt in Richtung einer nachhaltigeren Waldnutzung gesehen wird.

2.5 Wald als Kriege Raum und Finanzierungsquelle für kriegerische Konflikte („Conflict timber“)

Mit Wald sind häufig bewaffnete Konflikte verbunden. Dabei kann es sich um Konflikte um die Ressourcen des Waldes selbst handeln, um wertvolle Bodenschätze in Wäldern, um Landreserven, oder die Ausbeutung der Wälder zur Finanzierung von Kriegen.

Das jüngste Beispiel für massive Holzeinschläge zur Finanzierung von Kriegsgerät (so genanntes Conflict timber)

bot Liberia. Nachdem das gesamte Ausmaß der Waldausbeute zur Kriegsführung des Taylor-Regimes bekannt wurde, erweiterte im Mai 2003 der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch Resolution ein derzeit noch bestehendes Handelsembargo auch auf Holz und Holzprodukte aus Liberia. Der Bericht empfahl unter anderem, dass Holz und forstliche Nichtholzprodukte (Non-timber forest products, NTFP) aus kriegerischen Gebieten als „conflict timber and NTFPs“ deklariert werden und diese vom Außenhandel auszuschließen seien.

Auch weite unerschlossene Naturwaldgebiete oder Nationalparks sind häufig Kriegsraum (z. B. Ruanda, Ostkongo) oder Rückzugsgebiet für Guerillagruppen. Die kriegerischen Aktivitäten bleiben nicht ohne Folgen. Sie lassen meist den Parkschutz zusammenbrechen und öffnen Tür und Tor für Wilderei und unkontrollierte Abholzungen. Ebenso sind häufig Flüchtlinge aus Kriegsgebieten gezwungen, in Waldgebiete einzudringen und sie als Landreserve zu nutzen. Dies führt nicht nur zu einer massiven Waldzerstörung, sondern verschärft den Druck auf die wenigen vorhandenen Naturressourcen durch Konkurrenz mit den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung.

Nicht nur die Ausbeutung der Ressource Holz, sondern auch die Ausbeutung anderer im Wald befindlicher Rohstoffe führt zu Konflikten. Dazu zählt insbesondere der Kampf um die wertvollen mineralischen Rohstoffvorkommen, wie z. B. Coltan, das unter den Wäldern des Kongobeckens in Zentralafrika lagert. Der potenzielle Reichtum im Boden ist immerwährender Ausgangspunkt für Kämpfe u. a. in der Demokratischen Republik Kongo. Hohe Coltan-Weltmarktpreise haben dazu geführt, dass zwischenzeitlich riesige Waldgebiete Zentralafrikas vom Coltan-Bergbau gezeichnet sind und ohne Rücksicht auf

die Rechte indigener und traditioneller Bevölkerungen zerstört wurden.

2.6 Globale Waldzerstörung und ihre Folgen

Die meisten Entwicklungsländer sind noch immer geprägt von Waldverlusten. Nach Ermittlungen der FAO verfügten die EL 1995 über etwa 2 Mrd. Hektar Wald, das sind rund 57 Prozent der Gesamtwaldfläche der Erde. Die FAO geht von einer weiter anhaltenden weltweiten Waldzerstörungsrate von rund 15 Mio. Hektar je Jahr, insbesondere in den Tropen, aus. Der globale Waldflächen-Rückgang variiert regional erheblich. Die weltweit höchsten Verluste an Naturwald finden sich unverändert in Afrika sowie in Zentral- und Südamerika. Die ebenfalls hohen Verluste an Naturwald in Asien werden zum Teil durch Neugründung von Beständen ausgeglichen, in Europa nimmt die Waldfläche zu.

In ihrer letzten weltweiten Bestandsaufnahme der Waldressourcen aus dem Jahr 2000 gibt die FAO für die Tropen für den Zeitraum 1990 bis 2000 folgende Trends an: In 1990 betrug die Naturwaldfläche 1 975 Mio. Hektar, in 2000 noch 1 865 Mio. Hektar – dies entspricht einem Rückgang von 7,3 Prozent in zehn Jahren. Gleichzeitig hat sich die Fläche gepflanzter Wälder – Neugründung von Beständen und Wiederaufforstungen zusammengekommen – von 48 Mio. Hektar in 1990 um 41 Prozent auf 68 Mio. Hektar erhöht. 10 Mio. Hektar Naturwald schließlich, schätzt die FAO, haben sich zwischen 1990 und 2000 natürlich erholt.

Betrachtet man die Daten für die einzelnen Kontinente, ergibt sich folgendes Bild (siehe Tabelle unten).

Aufgeschlüsselt nach den Ländern mit Tropenwaldbestand, ergibt sich ein ähnliches, aber zugleich differenzierteres Bild (siehe Tabelle nächste Seite).

Waldflächenveränderung im Zeitraum 1990 bis 2000

	Waldfläche 1990 1.000 ha	Waldfläche 2000 1.000 ha	jährl. Änderung 1.000 ha	jährl. Änderung in Prozent
Afrika	702.536	649.866	– 5.262	– 0,8
Asien	547.089	543.460	– 364	– 0,1
Europa	1.030.599	1.039.251	+ 881	+ 0,1
Nord- und Zentralamerika	555.003	549.304	– 570	– 0,1
Südamerika	910.478	885.618	– 3.711	– 0,4
Ozeanien	201.986	197.623	– 365	– 0,2
gesamte Welt	3.947.692	3.869.455	– 9.391	– 0,2

Quelle: FAO, State of the World's Forests 2001, 2003.

Waldflächenveränderung in den Tropen 1990 bis 2000

	Waldfläche 1990 1.000 ha	Waldfläche 2000 1.000 ha	jährl. Änderung 1.000 ha	jährl. Änderung in Prozent
Tropisches Afrika	687.284	634.338	– 5.295	– 0,8
Tropisches Asien	307.066	282.694	– 2.437	– 0,1
Tropisches Zentralamerika	88.319	78.740	– 957	– 0,7
Tropisches Südamerika	856.449	834.142	– 3.406	– 0,4
Tropisches Ozeanien	36.350	35.138	– 122	– 0,3
gesamte Tropen	1.975.468	1.865.052	– 12.217	– 0,6

Quelle: FAO, State of the World's Forests 2001, 2003.

Die Folgen der Waldzerstörung sind in ihren Wirkungen unabschätzbar. Sie führen nicht nur zu unwiederbringbaren Verlusten von Biodiversität, sondern berauben Millionen von Menschen ihrer Lebensgrundlage.

Dabei reichen die Auswirkungen der Waldzerstörung über den Wald selbst weit hinaus. Die Emissionen aus der Entwaldung tragen zu den globalen Treibhausgasemissionen bei. Insbesondere die möglichen Auswirkungen auf das regionale und globale Klima sind noch weitgehend unabsehbar. So befürchten Klimaforscher bei fortschreitender Zerstörung der Wälder des Amazonasbeckens nicht nur eine irreversible Zerstörung des in sich geschlossenen regionalen Klimakreislaufs, sondern auch erhebliche negative Folgen für das globale Klimasystem. Auch sind der Amazonas und andere tropische Wälder, aber auch boreale Wälder und ihre Artenzusammensetzung vom Klimawandel bedroht. Neben Temperatur- und Niederschlagsveränderungen und der Zunahme extremer Ereignisse gefährden auch neue Schädlinge, Krankheitserreger und erhöhte Brandgefahr die Wälder. Erreicht die globale Erwärmung kritische Schwellen, könnten ganze Waldtypen verschwinden – womit der Klimawandel wiederum verstärkt würde. Waldflächenverluste führen in gefährdeten Gebieten zu Bodendegradation und Wüstenbildung, mit katastrophalen Folgen für die Wasserversorgung und Verstärkung lokaler Armut. Entwaldung bedroht durch Erosion ganze Wassereinzugsgebiete und damit die landwirtschaftliche Nutzung von Regionen. Nahrungsmittelknappheit und verstärkte Armut sind die Folge. Beispiel einer solchen Wirkungskette ist das Mekongbecken in Südostasien, wo eine zunehmende Degradation des Wassereinzugsgebiets im Oberlauf Hochfluten und Überschwemmungen sowie die Zerstörung wasserbaulicher Infrastruktur im Unterlauf zur Folge hat.

3. Entwicklungspolitischer Handlungsbedarf – Ziele, Grundsätze und Strategien

3.1 Ziele und Grundsätze der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Waldsektor

Vor dem Hintergrund der schnell fortschreitenden Waldzerstörung kommt der dauerhaften Erhaltung von Wäldern – v. a. solcher mit hohem Schutzwert – eine besondere Bedeutung zu. Mit einem angestrebten Größenrahmen in Höhe von jährlich 125 Mio. Euro für den Tropenwaldschutz bleibt die Bundesregierung weiterhin einer der größten bilateralen Geber im Waldsektor. Ziel der EZ im Waldbereich ist es, staatliche, zivilgesellschaftliche und privatwirtschaftliche Akteure, v. a. auch arme und indigene Bevölkerungsgruppen, in Partnerländern bei Schutz und nachhaltiger Bewirtschaftung von Wäldern zu unterstützen, um einerseits die globale ökologische Ausgleichsfunktionen der Wälder dauerhaft zu erhalten und andererseits einen konkreten Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Zur Erreichung ihrer Ziele in der „Tropenwald-relevanten“ Entwicklungszusammenarbeit hat die Bundesregierung im Sektorkonzept „Wald“ eine Reihe von Grundsätzen formuliert, die bei allen von der Bundesregierung finanzierten Projekten zu beachten sind. Die Grundsätze werden vor allem durch messbare soziale und ökologische Mindeststandards sowie durch thematische Schwerpunktsetzung präzisiert. Ein wesentlicher Grundsatz umfasst die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Teilhabe. Danach sollen die Vorhaben die Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung berücksichtigen und deren angemessene Teilhabe am Nutzen der Wälder sicherstellen (benefit sharing). Da nachhaltige Waldentwicklung die verantwortliche Beteiligung aller relevanten Gruppen und Unterstützung gesellschaftlicher Reformprozesse erfor-

dert, werden die Vorhaben partizipativ geplant und umgesetzt. Förderkonzepte und -ansätze sollen ganzheitlich und sektorübergreifend sein. Bezugsrahmen ist u. a. der Ökosystem-Ansatz der Biodiversitätskonvention, der nicht den Arten-, sondern den Lebensraumschutz zum Ziel hat.

Schließlich müssen sich EZ-Vorhaben im Waldbereich an anerkannten, möglichst in gesellschaftlichen Konsultativprozessen vereinbarten Kriterien naturnaher Waldbewirtschaftung orientieren, die z. B. durch das Instrument der Zertifizierung unabhängig überprüft werden können. Langfristig soll sich der selbst finanzierte Anteil nachhaltiger Waldwirtschaft erhöhen. Die Finanzierungsinstrumente sollen konzeptionell in eine nationale Finanzierungsstrategie eingebunden sein. Diese soll möglichst im Rahmen nationaler Waldprogramme entwickelt werden und die Finanzierungsquellen Staat, Privatsektor und offizielle EZ komplementär behandeln.

Ökologische und soziale Mindeststandards (Safeguards) bei Programm-/Projektförderung und -durchführung sind eines der Kernstücke der deutschen Wald-EZ. Sie sollen in den Kooperationsländern schrittweise in arbeitspraktische Leitlinien umgesetzt werden. Die vom BMZ festgelegten sozialen Mindeststandards richten sich vor allem an die Rechte der lokalen und traditionellen Waldbevölkerung. Zu den wesentlichen sozialen Mindeststandards gehört die Verpflichtung, die traditionelle Waldbevölkerung bei entsprechenden Vorhaben einzubeziehen. Kommerzielle Waldnutzung ist nur dann zu unterstützen, wenn gleichzeitig eine angemessene Teilhabe am Nutzen aus den Waldprodukten und die notwendige Subsistenznutzung der Wälder durch die lokale Bevölkerung gewährleistet werden. Den traditionellen Land- und Nutzungsrechten indigener Völker sind entsprechend den Prinzipien der maßgeblichen ILO⁶- und Menschenrechtskonventionen besondere Beachtung zu schenken. Die vom BMZ geförderten Maßnahmen dürfen angestammte lokale Land- und Nutzungsrechte und die Rechte später angesiedelter Bevölkerungsgruppen nicht beeinträchtigen, und es ist darauf hinzuwirken, dass diese Rechte von der Regierung abgesichert werden bzw. in Konfliktfällen faire und tragbare Lösungen gefunden werden.

Ökologische Mindeststandards dienen vor allem dem Schutz von Primärwäldern und Wäldern mit hohem Schutzwert. In Wäldern mit hohem Schutzwert hat der Schutz der Biodiversität der Ökosysteme Vorrang. Hier unterstützt das BMZ weder die Erschließung oder Nutzung für Energie-, Infrastruktur-, Bergbau-, Öl- und Gas- oder andere Vorhaben mit erheblichen negativen ökologischen Folgen noch die industrielle Holznutzung. Stattdessen kann nur eine partizipative, multifunktionale, nachhaltige Waldnutzung durch die Lokalbevölkerung gefördert werden, und zwar nur dann, wenn über die generelle Umweltverträglichkeitsprüfung hinaus alle Schutzbestimmungen beachtet werden und ein direkter Bezug zur Armutsbekämpfung vorhanden ist. Außerhalb von

Schutzgebieten kann eine nachhaltige Nutzung von Primärwäldern unterstützt werden. Als Arbeitsgrundlage für direkte Fördermaßnahmen im Wald dient eine Waldfunktionen-Kartierung des jeweiligen betroffenen Waldgebietes, die möglichst frühzeitig unter Einbezug von Vertretern aller Beteiligten (lokale Bevölkerung, Verwaltung, Privatsektor, NRO, usw.) erstellt wird. Sie dient auch zur Ausweisung von Wäldern mit hohem Schutzwert. Bevor Waldfunktionskarten erstellt sind, gelten Primärwälder grundsätzlich zunächst als Wälder mit hohem Schutzwert. Für alle Formen der kommerziellen Waldbewirtschaftung gilt als Mindestanforderung, dass eine Klärung der Land- und Nutzungsrechte herbeizuführen ist und eine UVP sowie Waldbewirtschaftungspläne aufzustellen sind. Dazu ist eine Zertifizierung nach FSC- oder gleichwertigen Standards sozial und ökologisch nachhaltiger Waldbewirtschaftung anzustreben. (Wieder-)Aufforstungsmaßnahmen sollten naturnah durchgeführt werden. Bei Plantagenvorhaben, sind die entsprechenden FSC- oder gleichwertige Standards zugrunde zu legen.

3.2 Strategien der EZ im Waldsektor

Um ihre Wirkung zu erhöhen, konzentriert sich die deutsche Entwicklungszusammenarbeit seit 2000 nur noch auf ausgesuchte, mit dem jeweiligen Partnerland abgestimmte Schwerpunkte:

Der so genannte grüne Schwerpunkt der deutschen EZ – „Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ – ist im Kontext dieses Berichts sicherlich der wichtigste. Aber auch andere Schwerpunktbereiche wie „Wirtschaftsreform und Aufbau der Marktwirtschaft“, „Energie“, „Wasser“ und „Demokratie, Zivilgesellschaft und öffentliche Verwaltung“ spielen für die Wald-EZ eine Rolle. Ein wichtiges Anliegen ist daher, Aspekte nachhaltiger Waldwirtschaft auch in die Schwerpunktstrategien einzubinden, die nicht explizit die Umwelt zum Gegenstand haben. Waldsektorentwicklung kann wegen der dezentralen Verfügbarkeit von Waldressourcen, der breiten Vielfalt potenzieller Nutzungen und der unmittelbaren Bedeutung für die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung zum „Schrittmacher“ und Vorbild auch für andere Sektoren werden. Waldsektorpolitik unterliegt dem Kohärenzgebot. Das bedeutet, dass eine Abstimmung zwischen verschiedenen Sektoren auf nationaler und Geber-Ebene, v. a. mit Vorhaben in den Sektoren Infrastruktur, Landwirtschaft, Ländliche Entwicklung, Bergbau und Energie herbeizuführen ist. So sind Nationale Waldprogramme (national forest programmes – nfp) und waldbezogene Maßnahmen einzubinden in übergeordnete Planungsprozesse wie z. B. Armutsbekämpfungsstrategien (Poverty Reduction Strategy Papers – PRSPs) oder Nationale Nachhaltigkeitsstrategien (National Strategies for Sustainable Development – NSSDs).

Nationale Waldprogramme (nfp) sind das zentrale international abgestimmte Instrument zur Umsetzung sektorübergreifender Waldpolitik. Sie sollen als gesellschaftspolitischer Dialog zwischen allen walddrelevanten

⁶ International Labour Organisation.

Interessengruppen im Idealfall einen integralen Bestandteil nationaler Armutsbekämpfungs- und Nachhaltigkeitsstrategien bilden. Ziel eines Nationalen Waldprogramms ist es, die Erhaltung, Bewirtschaftung und nachhaltige Entwicklung der Wälder zu gewährleisten, um den lokalen, nationalen, regionalen und globalen Bedürfnissen und Anforderungen zum Nutzen heutiger und künftiger Generationen gerecht zu werden. In einem sektorübergreifenden Prozess sollen Politikstrategien und Aktionspläne formuliert sowie ihre Umsetzung, Monitoring und Evaluierung vereinbart werden. Ein nfp ist ein politischer Prozess, der durch Konsultationen und öffentliche Debatten Transparenz herstellt, Verhandlungen zwischen Partnern mit ihren Partikularinteressen ermöglicht und eine kontinuierliche Konsensfindung erlaubt. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich mit den im internationalen Walddialog 1997 und 2000 gefassten Beschlüssen zum nfp-Konzept dazu verpflichtet, auf Länderebene nach bestimmten unten dargestellten institutionellen „Spielregeln“ konkrete Waldprogramme auszuarbeiten:

Prinzipien nationaler Waldprogramme:

- nationale Souveränität und führende Rolle des Landes bei der Formulierung und Umsetzung;
- Übereinstimmung mit den rechtlichen Rahmenbedingungen jedes Landes;
- Übereinstimmung mit völkerrechtlichen Übereinkünften und Verpflichtungen;
- partnerschaftliche Mitwirkung und Teilhabe aller interessierten Parteien am nfp-Prozess;
- ganzheitlicher, sektorübergreifender Ansatz für die Entwicklung und Erhaltung von Wäldern;
- langfristiger, iterativer Planungs-, Umsetzungs- und Monitoringprozess.

Aus EZ-Sicht sind wesentliche Elemente nationaler Waldprogramme:

- eine Nationale Walderklärung, die als Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung das politische Bekenntnis zu nachhaltiger Waldentwicklung enthält;
- ein Prozess der Bestandsaufnahme (Sector Review, country assessments) zur Analyse des Waldsektors und seiner Bezüge zu anderen Sektoren;
- politische, gesetzliche und institutionelle Reformen (sektoral wie sektorübergreifend);
- Ziele und Strategien für den Waldsektor, einschließlich einer nationalen Finanzierungsstrategie zur Umsetzung nachhaltiger Waldentwicklung;
- Aktionspläne und Investitionsprogramme zur Umsetzung der vereinbarten Maßnahmen, einschließlich capacity building, Monitoring und Evaluierung, sowie Mechanismen zur Koordination, Partizipation und Konfliktlösung.

Deutschland unterstützt in Kooperation mit anderen Gebern derzeit nationale Waldprogramme in mehr als 20 Ländern und trägt damit wesentlich dazu bei, dass na-

tionale Waldprogramme nach den genannten Prinzipien und Elementen gestaltet werden. Diese länderbezogenen Aktivitäten werden durch Programme auf der regionalen Ebene ergänzt, die den Austausch von Lernerfahrungen und die Gestaltung gemeinsamer regionaler Waldpolitiken unterstützen sollen.

Die ersten in einer Veröffentlichung des BMZ (Mai 2004) dargestellten Erfahrungen zeigen, dass Nationale Waldprogramme kein Allheilmittel sind, sondern ihre Qualität und Wirkung entscheidend von ihrer inhaltlichen Ausgestaltung und konkreten Umsetzung der konstitutiven Prinzipien abhängt. Je mehr die Partnerländer sich auf der internationalen Ebene engagieren, desto fortschrittlicher ist ihr nfp-Prozess. Auch wenn bereits viele Fortschritte in Sachen Partizipation und Dezentralisierung verzeichnet werden können, ergeben sich hier für die nächsten Jahre wichtige Herausforderungen. Viel zu tun bleibt auch noch hinsichtlich der Integration mit anderen Sektoren und in übergeordnete Strategien zur nachhaltigen Entwicklung oder Armutsbekämpfung. Viele Partnerländer sind nach wie vor mit den Folgen von ungeklärten Landrechten konfrontiert, langfristige Planungen und Zwischenevaluierungen werden nur selten vorgenommen. Auch hier ist noch viel Unterstützung notwendig, damit nachhaltige Waldbewirtschaftungspraxis nach und nach attraktiver wird.

Zusammengefasst weisen erfolgreiche nfp-Prozesse drei wesentliche Charakterzüge auf:

- Es gibt einen klaren politischen Willen, mittels eines nfp-Prozesses zu nachhaltiger Waldwirtschaft zu gelangen und alle wesentlichen Akteure einzubeziehen.
- Der nfp-Prozess zeichnet sich durch klar fokussierte Ziele und Strategien aus, ist damit realistisch ausgerichtet, vermittel- und überschaubar.
- Der nfp-Prozess genießt langfristige Geber-Unterstützung.

Die deutsche Wald-EZ hat darüber hinaus besonders gute Erfahrungen damit gemacht, Projekte der Politikberatung mit Feldprojekten zu verknüpfen und möglichst konkrete Erfahrungen in die Politikgestaltung beizusteuern.

3.3 Der internationale Rahmen – Vorgaben und Potenziale

Die internationale Staatengemeinschaft hat sich 1992 in Rio auf der VN-Sonderkonferenz für Umwelt und Entwicklung nicht auf ein rechtsverbindliches internationales Waldregelwerk einigen können, aber die Bedeutung der Wälder in der Waldgrundsatzerklärung (forest principles) und dem Kapitel 11 „Bekämpfung der Entwaldung“ der Agenda 21 festgeschrieben. Dabei wurde ein Paradigmenwechsel vollzogen, der erstmals nicht nur Tropenwälder, sondern alle Wälder der Erde in den Mittelpunkt stellt, holistische Ansätze gegenüber den bislang sektoral begrenzten einfordert und dem in vielen Ländern verbreiteten staatlichen Forstmonopol pluralistische Strukturen und partizipative Ansätze gegenübergestellt. Der Beitrag

der Wälder und ihrer Bewirtschaftung zur nachhaltigen Entwicklung wird hierbei besonders betont.

3.3.1 Stand des internationalen waldpolitischen Dialogs

Im Jahr 2000 hat der Wirtschafts- und Sozialausschuss (ECOSOC) der VN das VN-Forum für Wälder (United Nations Forum on Forests – UNFF) eingerichtet und zur Unterstützung des UNFF die Sekretariate waldrelevanter Konventionen und internationale Organisationen eingeladen, eine Waldpartnerschaft (Collaborative Partnership on Forests – CPF) zu bilden. Beide gemeinsam bilden das International Arrangement on Forests (IAF). Mit der Verlagerung des Waldprozesses aus der CSD (Commission for Sustainable Development) in ein eigenständiges VN-Gremium trug die Weltgemeinschaft der Bedeutung der Wälder für nachhaltige Entwicklung Rechnung. Mit ihrem wichtigsten Mandat, der Förderung der Umsetzung der zwischen 1995 und 1999 in den Ad-hoc-Gremien von IPF und IFF ausgehandelten 170 Aktionsvorschlägen für nachhaltige Waldwirtschaft im Rahmen eines Dialogforums, wurde auf der Ebene der VN-Institutionen ein Novum geschaffen, das von der Staatengemeinschaft bislang allerdings nur in begrenztem Umfang genutzt werden konnte. Hinsichtlich einer effektiven Umsetzung der IPF/IFF-Aktionsvorschläge, aber auch zu Fragen zur Finanzierung nachhaltiger Waldwirtschaft, zum Technologietransfer und Handel besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf. Angesichts der anhaltend hohen globalen Waldvernichtungsrate und Walddegradation ist die Staatengemeinschaft von einem echten Durchbruch noch weit entfernt. Den zukünftigen Walddialog zielorientierter und wirksamer auszugestalten, ist eine der großen Zukunftsherausforderungen an Entwicklungs- und Industrieländer gleichermaßen.

Im Jahr 2005 soll das UNFF auf seine Effektivität hin überprüft werden. Auf Grundlage dieser Überprüfung wird es zu einem Dialog zu Optionen für rechtlich bindende Vereinbarungen für alle Wälder der Erde kommen, dessen Ausgang derzeit noch ungewiss ist.

3.3.2 Stand der sektorübergreifenden waldrelevanten Politikprozesse

Das Bewusstsein für die Endlichkeit globaler Ressourcen und die wirtschaftliche Globalisierung haben das Verhältnis von Entwicklungs-, Transformations- und Industrieländern zueinander grundlegend geändert. Elementare Eigeninteressen der Staaten, auch der Industrieländer, können nur gemeinsam durch einen Interessenausgleich zwischen den Weltregionen und zwischen den Generationen gewährleistet werden. Dies gilt v. a. für den Schutz und die schonende Nutzung natürlicher Ressourcen, die durch die Rio-Konventionen z. T. in die gemeinsame Verantwortung aller Staaten gestellt wurden. Die EZ hat die Rio-Konventionen schon früh in ihre Arbeit integriert und spezielle Programme, Netzwerke und Arbeitsansätze entwickelt, um die EL beim Umsetzen der Konventionsinhalte zu unterstützen.

In der im Jahr 2000 verabschiedeten Jahrtausenderklärung (Millennium Declaration) wurde die globale Waldfläche als einer der Indikatoren zum siebten Entwicklungsziel „Ökologische Nachhaltigkeit sichern“ benannt. Wichtiges Ziel im Waldbereich ist es, einen Beitrag zur Erfüllung des ersten der acht „Millennium Development Goals“, der Halbierung der Armut, zu leisten. Armutsbekämpfung wurde in den Jahren nach Rio als wichtigste Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung erkannt und ist die zentrale Aufgabe internationaler EZ. Bilaterale Geber wie auch Weltbank oder Asiatische Entwicklungsbank benennen die Armutsbekämpfung als Oberziel. Im ersten Sektorkonzept „Tropenwald“ des BMZ aus dem Jahr 1992 war beabsichtigt, dass Armutsbekämpfung einen Beitrag zum Schutz der Wälder leistet. Mit dem neuen im Jahr 2002 verabschiedeten Sektorkonzept des BMZ sollen Waldprojekte zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Wälder gleichzeitig einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.

4 Handlungsfelder deutscher EZ im Waldsektor

Handlungsschwerpunkte der deutschen EZ im Waldsektor ergeben sich gemäß den allgemeinen Zielen, Grundsätzen und Strategien der deutschen EZ sowie den im Waldsektorkonzept des BMZ verankerten speziellen Zielen und Schwerpunkten für die Wald-EZ. Sie sollen im Folgenden kurz skizziert und später durch Projektbeispiele (Kapitel 5) veranschaulicht werden. Generell gilt die Empfehlung, technisch orientierte, dezentral durchgeführte Einzelvorhaben mit Politikberatung zu verbinden. Effektive Waldförderung muss, wenn sie effizient gestaltet und nachhaltig wirksam werden soll, auf mehreren Ebenen (international, regional, national, subnational, lokal) ansetzen, programmatisch vernetzt werden und übersektorales Planen mit sektoralem Handeln kombinieren (vgl. Abschnitt 1.3).

4.1 Schutz und nachhaltige Nutzung von Waldressourcen

In vielen Entwicklungsländern bedarf das Management von Waldressourcen technischer Innovationen wie auch rechtlicher, organisatorischer und sozialer Reformen. Dort, wo neue anspruchsvolle Gesetze und Verordnungen in Kraft sind, mangelt es oft noch an der Umsetzung. Die deutsche EZ sieht ihre Aufgabe darin, Ansätze der Waldwirtschaft zu fördern, in denen die Ziele der Rentabilität, des Naturschutzes, des kulturellen Erbes und des sozialen Ausgleichs gleichermaßen berücksichtigt werden. Schwerpunkte bei dem nach wie vor klassischen Aktionsfeld der deutschen Wald-EZ liegen in nachfolgenden Bereichen

- Ausweisung und Unterschutzstellung von Wäldern mit hohem Schutzwert aufgrund international anerkannter Standards;
- Partizipative Planung von Bewirtschaftungszielen und -formen;

- Entwicklung rentabler forstlicher Nutzungssysteme für ertragsarme und degradierte Wälder und Aufbau forstlicher Ressourcen unter Berücksichtigung der Multifunktionalität von Wäldern;
- Förderung integrierter Landnutzungsformen und Unterstützung von waldbwirtschaftlichen Ansätzen, in denen Produktion und Naturschutz gleichermaßen gewährleistet sind ;
- Umsetzung forstlicher Zertifizierung ;
- Bildung von Management-Partnerschaften mit betroffenen Bevölkerungsgruppen und staatlichen Diensten (Collaborative management, Forest partnership agreements).

4.2 Politikberatung und Förderung von Kompetenzen und Dienstleistungen in Partnerländern

Unterstützung der Partnerländer bei der Erarbeitung und Umsetzung eines in sich schlüssigen waldbrelevanten Politik- und Gesetzesrahmens, v. a. im Rahmen nationaler Waldprogramme unter Beteiligung aller relevanten Gruppen. Dies umfasst:

- Aufbau funktionsfähiger Forst- und Planungsbehörden;
- Modernisierung der Forstgesetzgebung und Anpassung an zeitgemäße Standards;
- Schaffung geeigneter Konsultativ- und Beteiligungsmechanismen zur angemessenen Mitsprache und Mitwirkung aller Interessengruppen;
- Förderung transparenter Landbesitz- und Nutzungsverhältnisse;
- Beteiligungs- und Einspruchsrechte bei waldbrelevanten Maßnahmen;
- Entwicklung von Finanzierungsstrategien, u. a. durch Aufbau und Reform wirtschaftspolitischer Anreizsysteme, Förderung effizienterer Investitionsmöglichkeiten sowie diversifizierter Nutzungsansätze;
- Begleitmaßnahmen bei der Bekämpfung illegalen Holzeinschlags, u. a. durch Unterstützung beim Aufbau wirksamer Kontroll- und Sanktionsmechanismen (Law enforcement), der Beteiligung der Zivilgesellschaft an diesen Prozessen der Unterstützung zur Schaffung transparenter Verfahren beim Konzessionswesen und Verbesserung des Informationsstandes in der Bevölkerung.

4.3 Beiträge zum gesellschaftlichen Interessenausgleich in Partnerländern

Zugangs-, Bewirtschaftungs- und Nutzungsrechte zu stärken sowie Anerkennung individuellen und gemeinschaftlichen nichtstaatlichen Waldeigentums durchzusetzen ist ein wichtiges Anliegen deutscher Wald-EZ. Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure, v. a. der Landbevölkerung, an

Planung und Vollzug der Waldbewirtschaftung und Nutzung ist eine wichtige Voraussetzung für adäquate Bewertung und nachhaltigen Schutz der Waldressourcen. Wichtige Ansatzpunkte der Wald-EZ hierfür sind die Förderung von Entwicklungspartnerschaften, u. a. mit privatwirtschaftlichen Unternehmen, die Beratung und Zusammenarbeit beim Definieren von Rollen von staatlichen Organisationen, Zivilgesellschaft (NRO, Gemeinden, Nutzergruppenverbände) und privatem Sektor, der Aufbau funktionierender Kontroll- und Regelungsmechanismen für Vermarktung, Verarbeitung, Export und Handel von Holz, sowie die Unterstützung partizipativer Landnutzungs- und Entwicklungsplanung, integrierter Ressourcennutzungsmodelle und entsprechender nationaler und lokaler Foren.

4.4 Unterstützung regionaler Initiativen der Partnerländer

Viele Faktoren von Übernutzung und Zerstörung wirken über Landesgrenzen hinweg; in Einzelinitiativen lassen sie sich nicht wirksam beeinflussen. Einige der betroffenen Länder haben dies erkannt und bemühen sich um ein gemeinsames Vorgehen, harmonisieren ihre Politiken und gesetzlichen Vorgaben, schaffen grenzübergreifende Bio-korridore etc. Solche regionalen Prozesse spielen eine zunehmend wichtige Rolle bei der Förderung nachhaltiger Waldentwicklung durch die EZ. Ein besonderes Engagement unternimmt Deutschland dabei in den drei besonders tropenwaldreichen Regionen Kongobecken, Südostasien und Amazonas.

- Deutschland ist Partner der Kongobecken-Waldpartnerschaft und unterstützt das Sekretariat der zentralafrikanischen Forstministerkonferenz COMIFAC in der Gestaltung einer regionalen Politik für den Erhalt von Wald und biologischer Vielfalt im Kongobecken, dem weltweit zweitgrößten Waldkomplex (s. Kapitel 5).
- In Südostasien ist Deutschland damit befasst, das ASEAN-Sekretariat (Association of South-East Asian Nations) darin zu unterstützen, eine spezielle Arbeits-einheit für Waldfragen und ein regionales Waldprogramm Südostasien zu gestalten.
- Die langjährigen Erfahrungen in den Ländern des Amazonasbeckens, dem weltgrößten Waldmassiv, sollen durch regionale Vernetzung und ebenfalls die Gestaltung eines regionalen Waldprogramms Amazonas aufgewertet und genutzt werden.

4.5 Beteiligung an multinationalen Programmen

Deutschland ist als Mitglied in Entscheidungsgremien und als Geber an allen wesentlichen multinationalen Programmen beteiligt. Rund ein Drittel der deutschen Entwicklungshilfe erreicht die Entwicklungsländer über multilaterale oder zwischenstaatliche Einrichtungen. Zu diesem Engagement gehört ganz entscheidend die Gestaltung der jeweiligen Sektorpolitiken, die im Sinne der Grundsätze und Mindeststandards deutscher Tropenwald-EZ beeinflusst werden.

Eine der wichtigsten internationalen Organisationen im Waldbereich ist die FAO. Sie ist unter anderem zuständig für die kontinuierliche Fortsetzung und Verbesserung der weltweiten Waldressourcen-Erfassung und Unterstützung von Maßnahmen im Feld (Projekte, Entwicklung von Leitfäden, Fortbildung etc.). Unter Schirmherrschaft der FAO haben sich mehrere Geber zusammengeschlossen und die nfp-Facility, ein Programm zur systematischen Unterstützung nationaler nfp-Prozesse, gegründet. Deutschland kooperiert in vielen Ländern direkt mit der Facility und bringt sich in ihre konzeptionelle Arbeit ein.

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit UNDP war die Bundesregierung durch ihre EZ-Institutionen 1998 eng in die Entwicklung des „Programme on Forests“ (PROFOR) eingebunden. Das Programm, das heute seinen Sitz bei der Weltbank hat, trägt dazu bei, deren neue Forstpolitik umzusetzen. Das Konzept der Weltbank sieht vor, bei der Bekämpfung der Waldzerstörung künftig verstärkt Aspekte der Armutsbekämpfung einzubeziehen. Nationale Waldprogramme und andere langfristige Planungsansätze sollen das Rahmenkonzept bilden. Festgelegte Mindeststandards sollen eine ökologisch und sozial verträgliche Umsetzung garantieren. Als eines der wichtigsten Mitglieder der Weltbank hält Deutschland einen Anteil von 4,7 Prozent am Kapitalvermögen der Bank und nimmt entscheidenden Einfluss auf deren Politik- und Programmgestaltung. Das Reengagement der Bank im Forstsektor wurde von der Bundesregierung sehr stark unterstützt. Die Einführung ökologischer und sozialer Mindeststandards ist u. a. auch auf die Intervention der Bundesregierung zurückzuführen.

4.6 Wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit

Zur internationalen Tropenwaldforschung leistet die Bundesregierung substanzielle Beiträge. Deutschland trägt mit rund 20 Mio. US-Dollar jährlich zur Finanzausstattung des CGIAR-Haushalts bei (Consultative Group on Internationale Agricultural Research) bei. Aus diesen Mitteln werden u. a. das Zentrum für Internationale Forstliche Forschung (CIFOR) und das Zentrum für agroforstliche Forschung (ICRAF) bezuschusst. Vergleichbare Förderung erhält das Zentralamerikanische Agrarforschungs- und Ausbildungszentrum (CATIE). Die Forschungsinstitutionen erhalten auch direkte finanzielle Unterstützung, bzw. wird ihre Zusammenarbeit mit deutschen Institutionen wie der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft, projektbezogen gefördert. Des Weiteren unterstützt Deutschland das Unterstützungsprogramm für Entwicklungsländer (SPDC – Support Programme for Developing Countries) der Internationalen Vereinigung der Forstforschungszentren IUFRO. SPDC trägt signifikant zu strukturellen, institutionellen und kommunikationstechnischen Grundlagen für Forschung im Sektor bei.

Im Rahmen der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit liefert das Bundesministerium für Bildung und Forschung weitere substanzielle Beiträge zu den internationalen Forschungsaktivitäten. Als bedeutende Beispiele sind die deutsch-brasilianischen Tropenwaldfor-

schungsprogramme SHIFT (Studies on Human Impact on Floodplains and Forests in the Tropics) und Mata Atlântica zu nennen. In SHIFT wurden in den letzten 14 Jahren (Gesamtfördervolumen 40 Mio. Euro) Konzepte zur nachhaltigen Nutzung tropischer Regenwälder als auch Überschwemmungsgebiete erarbeitet, wobei besonders die Verbesserung des Lebensstandards der betroffenen Menschen im Vordergrund stand. Die bisher erzielten Erkenntnisse tragen zur Minderung bestehender Umweltprobleme und zur Rückgewinnung degradierter Gebiete bei, sodass der typische Charakter unterschiedlicher tropischer Ökosysteme bewahrt bleibt. Hierzu wurde 2003 einem der geförderten Projekte der Chico-Mendez-Preis verliehen, einem der wichtigsten Umweltpreise Brasiliens.

Der Förderschwerpunkt „Mata Atlântica“ verfolgt mit mehreren Kooperationsforschungsprojekten das Ziel, die nach menschlichen Eingriffen noch verbliebene biologische Vielfalt im brasilianischen Küstenregenwald durch das Erarbeiten von Konzepten zum Schutz bzw. zur nachhaltigen Nutzung der Region zu erhalten. Die entsprechenden multidisziplinär strukturierten und anwendungsorientierten Pilotprojekte wurden 2002 mit einem Mittelvolumen von ca. 4,5 Mio. Euro für eine Projektlaufzeit von zwei bis drei Jahren gestartet, wobei die Bundesrepublik die deutschen Forschungsprojekte finanziert und Brasilien die komplementären brasilianischen Projekte.

Das BMBF unterstützt darüber hinaus bilaterale Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in der VR China zur agroforstlichen Forschung und leistet unmittelbare Beiträge zu den Programmen (VR China) National Action Plan to Combat Desertification NAPCD, Drei-Norden-Schutzwald-Programm, National Forest Protection Program, Sloping Land Conversion Program. In dem Vorhaben Degradierungsverfahren und Renaturierung durch Wiederbewaldung in Lößlandschaften der nordchinesischen Provinz Shaanxi, das von der Technischen Universität München in Kooperation mit der Northwestern University of Forestry in Yangling bearbeitet wird, werden Maßnahmen entwickelt, um großflächige Bodenerosionsprobleme und fortschreitenden Wüstenbildung durch ökologische Aufforstung und durch Erosionsschutz zu vermindern. Gleichzeitig dient das Vorhaben der Vermeidung von Hochwasserkatastrophen und der Reduzierung von weiteren Umweltschäden sowie der integrierten Landnutzung (Agroforestry) und einem nachhaltigen Ressourcenmanagement. In einem weiteren Vorhaben Sustainable Agroforestry on Saline Soils in Zhejiang Province unterstützt das BMBF die bilaterale Zusammenarbeit zwischen der Technischen Universität Dresden und der Zhejiang University für Untersuchungen zur agroforstlichen Landnutzung saliner Böden in Küstengebieten.

4.7 Unterstützung und Einbindung in globale und regionale Waldpolitikprozesse

- Die Bundesregierung gestaltet von Beginn an den internationalen waldpolitische Dialog und das walddrelevante Regelwerk aktiv mit. Diese Arbeit wird auch im Rahmen des UNFF fortgesetzt.

Seit dem in Rio 1992 erfolgten Paradigmenwechsel mit Einbeziehung aller Wälder der Erde ist die deutsche EZ noch enger mit der internationalen Waldpolitik der Bundesregierung verbunden. Nur gemeinsam können entscheidende Erfolge in der globalen Walderhaltung erzielt werden. Dabei werden Erfahrungen der EZ auch anderen Ressorts, insbesondere dem für die internationale Waldpolitik federführenden BMVEL, zur Verfügung gestellt und fließen damit unmittelbar in Politiken und Strategien für alle Wälder der Erde ein. Umgekehrt stellen die Ergebnisse der globalen Waldprozesse einen unmittelbaren Handlungsrahmen auch für die EZ dar.

Als Unterzeichner des Internationalen Tropenholzüberkommens (ITTA) wirkt die Bundesregierung an der Arbeit der Internationalen Tropenholz-Organisation (ITTO) mit. Dabei soll im Politikdialog zwischen tropenholzproduzierenden und -konsumierenden Ländern die Umsetzung des „Ziels 2000“ der ITTO, d. h. nur noch mit Tropenholz aus nachhaltiger Bewirtschaftung international zu handeln, vorangetrieben werden. Derzeit wird ein neues Internationales Tropenholzhandelsabkommen (ITTA) verhandelt. Dabei ist es Ziel der Bundesregierung, verbindlichere Kriterien und Standards für nachhaltige Waldbewirtschaftung zu verankern.

Als Mitgliedstaat der Welthandelsorganisation (WTO) setzt sich die Bundesrepublik im Rahmen der Arbeit des WTO-Ausschusses „Handel und Umwelt“ und der laufenden Doha-Welthandelsrunde dafür ein, dass ökologische Belange auch im System des internationalen Freihandels Berücksichtigung finden.

Ein weiteres wichtiges Aktionsfeld auch für die EZ liegt in der Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und illegalen Handels mit Holz. Die Bundesregierung unterstützt den FLEGT-Aktionsplan der EU (EU Action Plan on Forest Law Enforcement, Governance and Trade) und die regionalen Initiativen in Asien, Afrika und Nordosteuropa durch aktive Teilnahme bei der Aushandlung der Prozesse und Begleitmaßnahmen in den Partnerländern der EZ. Parallel dazu prüft die Bundesregierung auch auf nationaler Ebene, wie z. B. durch ein verbessertes Vergaberecht im öffentlichen Beschaffungswesen, durch konsequentere Umsetzung und Weiterentwicklung des Artenschutzabkommens oder durch Anpassung handelsrechtlicher Vorschriften der illegale Holzeinschlag bekämpft werden kann.

Da viele Faktoren, die für die Degradierung und Vernichtung der Wälder mitverantwortlich sind, nicht vor Ländergrenzen halt machen, zeigen Initiativen einzelner Länder oft keine hinreichende Wirkung. Daher verstärkt Deutschland seine Unterstützung auf regionaler Ebene, abzielend auf gemeinsame Anstrengungen der Partnerländer zur Abstimmung von Strategien und rechtlichen Rahmenbedingungen durch regionale Ansätze und Waldpartnerschaften.

5.1 Afrika

5.1.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale

Afrika ist bekanntermaßen geprägt durch Armut, politische Instabilität, schwache staatliche Strukturen, einen

geringeren Organisationsgrad des Privatsektors und von Basisorganisationen, unzureichende staatliche und private Investitionskapazitäten. Dem gegenüber steht ein großes Potenzial für anhaltende Reformen, es liegt in den Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozessen, die sich zurzeit in fast allen afrikanischen Ländern abspielen, auch im Waldsektor.

In vielen Ländern Afrikas sind die Haushalte unmittelbar auf den Wald angewiesen: Die Bevölkerung bezieht aus ihm wesentliche Subsistenzprodukte, teilweise über die Regenerationsfähigkeit des Waldes hinaus. Brennholz ist eines der wichtigsten Produkte; in afrikanischen Ländern verwenden bis zu 90 Prozent der Haushalte Holz und Holzkohle zum Kochen und Heizen. Wald ist außerdem eine lebenswichtige Reserve für Notzeiten, z. B. beim Ausfall landwirtschaftlicher Produktion infolge natürlicher oder politischer Krisen.

Waldvernichtung hat vielfältige und regional unterschiedliche Ursachen. Oft führt erst das Zusammenspiel mehrerer Faktoren zu unabsehbaren Schäden. Wesentliche Ursachen sind Flächenumwandlungen und Degradation infolge von Land- und/oder Viehwirtschaft sowie Waldbrände. Die direkte Nutzung von Holz trägt besonders in den waldärmeren Regionen zur Entwaldung bei; in einigen Ländern überschreitet der Holzverbrauch das nachwachsende Volumen dramatisch, so in Niger um rund 200 Prozent. Die Wechselwirkung zwischen schnellem Bevölkerungswachstum, niedriger landwirtschaftlicher Produktivität und der Zerstörung der Wälder in Afrika südlich der Sahara ist weithin bekannt. In einzelnen afrikanischen Staaten ist der Anteil der Waldbestände an der Gesamtfläche extrem geschrumpft; es gibt nur noch wenige Länder mit einer Waldfläche von über 40 Prozent – angesichts der klimatischen Bedingungen auf dem Kontinent ein gravierendes Problem.

Unmittelbare Ursachen der Waldzerstörung sind:

- Ausweitung der landwirtschaftlichen Anbauflächen zu subsistenzwirtschaftlichen oder kommerziellen Zwecken (oft durch Brandrodung), wobei sich die nährstoffarmen Böden der Tropen nur sehr eingeschränkt für landwirtschaftliche Nutzung eignen. Eine zu starke Verkürzung der Brachezeiten lässt die Böden in wenigen Jahren verarmen.
- Viehwirtschaft: Überweidung (Waldweide), Trittschäden und Schneiteln⁷ führen zu schleichender Degradation.
- Waldbrände: Anthropogen bedingte Waldbrände nehmen stark zu; sie zerstören kontinuierlich die Naturverjüngung und führen so zur Überalterung der Waldbestände.
- Industrieller Holzeinschlag, Einschlag tropischer Edelhölzer: Die Zufahrtsschneisen zum Abtransport der Hölzer lassen v. a. im dichten Tropenwald Siedler nachrücken, die die vormals unzugänglichen Regionen landwirtschaftlich für sich erschließen.

⁷ Als Schneiteln bezeichnet man das Schneiden von Zweigen und Laub als Viehfutter.

- Ausbau der Infrastruktur: Wälder müssen dem Bau neuer Straßen, Staudämmen und Industriekomplexen weichen sowie der Ausbeutung von Bodenschätzen (Bergbau).
- Sammeln von Brennholz, Herstellung von Holzkohle: Das Sammeln von Brennholz für den Eigenbedarf führt i. d. R. nur unter extremen Bedingungen (hohe Bevölkerungsdichte, schlechte Wuchsbedingungen) zu nennenswertem Waldverlust. Dramatische Folgen hat jedoch oft die kommerzielle Nutzung, v. a. die weit verbreitete Produktion von Holzkohle, bei deren Herstellung oft mehr als die Hälfte der in dem Holz enthaltenen Energie verloren geht.

Grundlegende Ursachen der Waldzerstörung sind:

- Schnelles Bevölkerungswachstum: In Afrika südlich der Sahara liegt das jährliche Wachstum bei durchschnittlich 2,2 Prozent (Jahr 2000) mit entsprechend steigendem Bedarf an Brenn- und anderem Holz.
- Die Zahl der Armen, Vertriebenen und Kriegsflüchtlinge nimmt zu. Viele, die sonst keine Existenzgrundlage haben, ziehen sich in die Wälder zurück; wo eigene Ressourcen und Zugang zu Kapital fehlen, wird Holzkohle produziert, um zu überleben.
- Politische Fehlentwicklungen: Die Vergabe von Holzkonzessionen, die zum Einschlag großer Waldgebiete berechtigen, eine Preis- und Steuerpolitik, die alternative Energien für die meisten Bürger unerschwinglich macht, parteiische Landverteilungs- und Landerwerbsregelungen u. a.
- Fehlen alternativer Energiequellen: In vielen Ländern werden mangels anderer Energieträger für kommerzielle und industrielle Zwecke Holzkohle oder Holz verwendet. So verbrauchen Malawi oder Kenia 30 Prozent bzw. 26 Prozent des gesamten Brennholzeinschlags für industrielle Zwecke (Tabak-, Tee- und Kaffeeverarbeitung).

Für Lösungen muss auf verschiedenen Ebenen angesetzt werden. Auf Makro-Ebene wird die Verbesserung der Rahmenbedingungen durch die Unterstützung politischer, administrativer und wirtschaftlicher Reformprozesse gefördert. Auf Meso-Ebene stehen Dezentralisierung und entsprechende Befähigungen im Vordergrund. Viele Forstverwaltungen bedürfen dringend einer Restrukturierung und Stärkung ihrer Kapazitäten bei Verwaltung, Ausbildung, Forschung, Informationsaustausch. Auf Mikro-Ebene sind integrierte Ansätze, bei denen Subsistenzlandwirtschaft, die Nutzung von Holz- und Nichtholzprodukten und die Energieversorgung eine Rolle spielen, am erfolgversprechendsten.

In Bezug auf die Ausprägung der oben genannten Merkmale und Probleme, aber auch hinsichtlich der zugrunde liegenden Ressourcenbasis bestehen innerhalb Afrikas naturgemäß gewaltige Unterschiede. Im Groben lassen sich jedoch vier Regionen unterscheiden, die vergleichbare Ausgangslagen und damit vergleichbare Herausforderungen für die EZ darstellen: die Mittelmeerrainier/Maghreb sowie Afrika südlich der Sahara (Sub-Saharan

Africa) – und hier: Zentralafrika, die SADC-Staaten und die Sahelzone.

Im Maghreb ist die Holzproduktion aufgrund der natürlichen Gegebenheiten, insbesondere der geringen Niederschläge, nur sehr gering. Übernutzung von Holz und anderen Waldprodukten sowie Überweidung und häufige trockenheitsbedingte Waldbrände verschärfen die Situation. Gesamtwirtschaftlich spielt Wald im Allgemeinen nur eine marginale Rolle. Der Nutzholzbedarf muss in den meisten Ländern durch Importe gedeckt werden und in vielen ländlichen Gebieten, wo Brennholz eine wichtige Rolle zur Energieversorgung spielt, herrscht Mangel an Brennstoffen. Seit der Antike ist der Waldbestand aufgrund von Raubbau stetig zurückgegangen und erst in den letzten Jahren scheinen einige Länder eine deutliche Verlangsamung bzw. Umkehrung dieses Prozesses erreicht zu haben.

In Zentralafrika liegt das Kongobecken, das zweitgrößte zusammenhängende Waldgebiet der Erde. Dort gibt es noch ausgedehnte Primärwälder, teilweise bedeutende Schutzgebiete mit Biodiversitäts-Hotspots, u. a. Habitate der letzten Menschenaffen. Der Waldverlust ist enorm. Ursachen sind u. a. intensiver, größtenteils unkontrollierter Holzeinschlag und die Ausbeutung von Bodenschätzen. Die meisten Forst- und Regionalverwaltungen sind als ineffizient einzustufen.

Typische Herausforderungen sind die Überlagerung von verschiedensten Nutzungs- und Rechtsansprüchen an den Wald, die koloniale Vergangenheit, nicht angepasste Gesetze sowie der Umstand, dass sich fast 100 Prozent des Waldes in Staatshand befinden. Lösungsansätze müssen besonders auf politischer Ebene gesucht werden. Im Bereich Gute Regierungsführung (Good governance) wird z. B. die Entwicklung von Managementvereinbarungen zwischen Bevölkerung, Staat und Konzessionen unterstützt.

Um die Ziele der nachhaltigen Waldwirtschaft und den Schutz der Wälder im regionalen Kontext zu erreichen, haben die Regierungen der Zentralafrikanischen Länder die „Konferenz der Forstminister in Zentralafrika“ (COMIFAC) gegründet und auf dem ersten Gipfeltreffen der Staatschefs des Kongobeckens die „Deklaration von Yaounde“ verabschiedet (1999). Das COMIFAC-Sekretariat wird eine wichtige Rolle bei der Koordination mit anderen regionalen Prozessen spielen, etwa der „Konferenz über die Ökosysteme der humiden Tropenwälder in Zentralafrika“ oder der Kongobeckenwaldpartnerschaft (CBFP), die 2002 beim UN-Gipfel von Johannesburg vereinbart wurde. Ein weiteres Anzeichen für eine immer bessere Zusammenarbeit und Transparenz sowie für funktionierende, partizipativ erreichte Vereinbarungen zur Förderung der nachhaltigen Waldwirtschaft in Zentralafrika ist das Engagement im Rahmen des pan-afrikanischen NEPAD⁸ und in der AFLEG⁹-Initiative (2003 in Yaounde) als grenzübergreifender Vereinbarung zur

⁸ New Partnership for African Development.

⁹ African Forest Law Enforcement and Governance.

gemeinsamen Kontrolle von Tropenholz-, Wild- und Trophäenhandel und der Bekämpfung illegalen Holzeinschlags. Die Bundesregierung war beim AFLEG-Prozess vertreten und unterstützt die Umsetzung der dort getroffenen Vereinbarungen.

Die Mega-Biodiversität einiger zentralafrikanischer Länder steht seit Jahrzehnten im Blickpunkt internationaler Schutzbemühungen. Ein zentrales Problem ist es, die Betriebskosten von Nationalparks langfristig zu decken. Die meisten Parks erwirtschaften zu wenig Einnahmen durch den Tourismus, als dass sie sich finanziell selbst tragen würden. Hier hat die Bundesregierung erste viel versprechende Schritte unternommen um effizienteres Parkmanagement zu gewährleisten und den Bestand der Gebiete nachhaltig zu sichern. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Naturschutz bis hin zur Schaffung bi- oder trinationaler Schutzgebiete wird aufgrund ihrer höheren Schutzeffizienz, aber auch als Friedenssicherungsmaßnahme in politischen Krisenregionen an Bedeutung zunehmen. Die Hauptaktivitäten der deutschen Wald-EZ im Kongobecken konzentrieren sich auf das Schwerpunktpartnerland Kamerun. Gleichwohl werden wegen der herausragenden Bedeutung der Wälder des Kongobeckens und der politisch stabilisierenden Wirkung grenzüberschreitender Naturschutzprojekte die Beratungsleistungen in der Zentralafrikanischen Republik und die Stärkung der Naturschutzorganisation in der Demokratischen Republik Kongo fortgesetzt.

In der SADC-Region im südlichen Afrika stellen natürliche Trockenwälder mit ca. 27 000 Hektar den vorherrschenden Waldtyp dar. Wo diese Naturwälder noch weitgehend zusammenhängend erhalten und ihre Funktionen intakt sind, sind sie ein teilweise erheblicher Wirtschaftsfaktor. Mit ihren Holz- und Nichtholzprodukten tragen sie spürbar dazu bei, dass die Landbevölkerung subsistent leben und sich zusätzliches Einkommen erwirtschaften kann. Umso anfälliger sind die Anrainer für eine fortschreitende Degradation der kommunalen Wälder, die eine Zerstörung ihrer Lebens- und Produktionsgrundlagen bedeutet. Die Trockenwälder sind gebietsweise bereits stark gefährdet. Die Herausforderung besteht darin, die lokale Bevölkerung zur Deckung ihres Subsistenzbedarfs mit einer Vielzahl von Waldprodukten nachhaltig zu versorgen und gleichzeitig die Waldressourcen zur Gewinnung marktfähiger Güter zu nutzen.

In der Sahelzone potenziert sich das Problem durch die bereits fortgeschrittene Wüstenbildung, das vegetationsfeindliche Klima und die extrem schmale Ressourcenbasis. Jenseits des Übergangs von Trockenwäldern in Dornbuschvegetation sind es v. a. die lineare Abhängigkeit der privaten Haushalte von Brennholz (z. B. zum Kochen) sowie der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit und damit die unmittelbare Ernährungssicherung, die von der internationalen walddrelevanten EZ Lösungen erfordert. So ist etwa die Versorgung mit Brennholz/Holzkohle in den Sahelländern zu einem Problem geworden, das rund um die Agglomerationen krisenähnliche Ausmaße annimmt: Die Wege, um Brennholz zu sammeln, werden immer länger; v. a. Frauen und Kindern geht dadurch wertvolle

Zeit u. a. für Landarbeit oder Schulbesuch verloren. Die natürlichen Vorkommen reichen nicht aus, um den steigenden Bedarf einer wachsenden Bevölkerung zu decken, und bei zunehmender Verknappung des Brennholzes macht der Anteil des Haushaltseinkommens, das für die Energieversorgung ausgegeben werden muss, oft bis zu einem Drittel des Gesamteinkommens aus.

Die durch Armut beschleunigte Zerstörung der letzten Holzvorkommen verschärft die bestehende Armut: Da mit dem Schwinden des Waldes nicht allein die unmittelbare Ressourcenbasis, sondern auch die landwirtschaftliche Ertragskraft (z. B. Weidepotenzial) und wirtschaftliches Kapital (z. B. genetische Ressourcen) gefährdet sind, wächst der Druck, die verbliebenen Naturgüter umso intensiver in Anspruch zu nehmen. Armut und Waldzerstörung sind durch einen Teufelskreis miteinander verknüpft.

Die fortschreitende Zerstörung der Waldressourcen beeinträchtigt dabei in erster Linie die Mitglieder ländlicher Gemeinschaften, die sich vorwiegend mit der Gewinnung von Waldprodukten befassen. Aus diesem Grund sind Frauen oft stärker, aber in jedem Fall anders mit den negativen Konsequenzen der Walddegradation konfrontiert als Männer. Wie die folgenden Beispiele zeigen, muss Armutsbekämpfung daher eng mit einer Stärkung der Teilhabe von Männern und Frauen an der Waldnutzung einhergehen, um den Teufelskreis zu durchbrechen und nachhaltige Erfolge zu erzielen.

5.1.2 Fachliche Schwerpunkte und Umsetzungsbeispiele

5.1.2.1 Tunesien: Unterstützung der nachhaltigen Bewirtschaftung forstlicher Ökosysteme

In den vergangenen Jahren wurden vor allem Aufforstungsmaßnahmen in Mitteltunesien und im Nordwesten durch die deutsche EZ unterstützt. Zum Schutz der sylvopastoralen Ressourcen wurden in dem FZ-Vorhaben „Ressourcenschutz und Weideverbesserung in Kairouan“ Maßnahmen zur Wiederaufforstung, Weideverbesserung und zur Erosionsvermeidung in sechs Landkreisen des Gouvernorats Kairouan durchgeführt.

Die Konzeption des Vorhabens sah die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung und der Viehhalter der Projektzonen in die Bewirtschaftung der verbesserten Forst- und Weideflächen vor, um ein nachhaltiges Weidemanagement sicherzustellen. Die stärkere Beteiligung der Bevölkerung an der Waldbewirtschaftung entspricht inzwischen dem politischen Willen der tunesischen Regierung, der sich u. a. an der Gründung einer Abteilung „Sozio-ökonomische Entwicklung von Waldanrainern“ mit einer Unterabteilung „Partizipative Forsteinrichtung“ festmachen lässt. Ein enger Zusammenhang zwischen Wald und Armut sowie der potenzielle Beitrag des Forstsektors zur Entwicklung bilden dabei den politischen Rahmen.

Die rechtliche Grundlage für die Gründung von Waldnutzerguppen wurde mit dem Erlass der einschlägigen Durchführungsverordnung zum Forstgesetz Ende 1996

geschaffen. Seitdem konnten im Gouvernorat Kairouan 11 Nutzergruppen im Projektgebiet gegründet werden, die mithilfe deutscher Unterstützung ausgebildet und beraten wurden. Die Nutzergruppen werden in die Erstellung und Umsetzung von Bewirtschaftungsplänen einbezogen. Diese Pläne umfassen neben einer Karte und einem Inventar der Ressourcen, Regeln zur Bewirtschaftung gemeinsamer Weideflächen. In Verträgen zwischen der Forstverwaltung und den Nutzergruppen wird die in den Bewirtschaftungsplänen festgelegte grundsätzliche Waldweideordnung präzisiert. Diese wird durch das Forstamt überwacht und von den Nutzern respektiert. Die tatsächliche, eigenverantwortliche Beteiligung der Bevölkerung an der Waldbewirtschaftung wird allerdings durch die politischen Rahmenbedingungen stark eingeschränkt. Sie haben bislang die Entstehung einer Zivilgesellschaft, die Rollen als Partner des Staates übernehmen könnte, nicht ermöglicht.

Seit Ende 2002 werden die bestehenden lokalen und regionalen Initiativen für eine partizipative und nachhaltige Bewirtschaftung der Waldflächen von Waldnutzergruppen durch das Beratungsprojekt „Unterstützung der nachhaltigen Bewirtschaftung forstlicher Ökosysteme“ ergänzt. Im Rahmen dieses Vorhabens wird die Forstverwaltung dabei unterstützt, ihre neue Rolle bei der Waldbewirtschaftung kompetent wahrzunehmen. Das Projekt fördert außerdem die Privatisierung von Teilbereichen des Sektors und befähigt die Waldnutzergruppen. Auch die praktische Umsetzung von partizipativem Waldmanagement wird unterstützt.

Während die Aufforstungs-, Rehabilitierungs- und Infrastrukturmaßnahmen als sehr erfolgreich bewertet werden können, ist die Partizipation der Waldanrainer – im Sinne einer Übertragung von umfassenden Rechten und Pflichten nachhaltiger Bewirtschaftung – bisher nur ansatzweise realisiert. Durch die Partnerschaft mit der FAO nfp-Facility wird die Gelegenheit für eine öffentliche Diskussion zum Thema Wald geschaffen und ein nfp-Prozess in Gang gesetzt. Bis den Nutzergruppen umfassende Beteiligungsmöglichkeiten an der Waldbewirtschaftung eingeräumt werden, bedarf es noch erheblicher Zeit und Unterstützung.

5.1.2.2 Kamerun: Nationales Waldprogramm

In Kameruns Waldsektor liegt ein bedeutendes, aber bisher unzureichend erschlossenes Potenzial zur ökonomischen Entwicklung des Landes, einschließlich Ernährungssicherung und Armutsbekämpfung. Wildtiere und vor allem Waldnebenprodukte dienen der lokalen Bevölkerung als Nahrungs- und Erwerbsquelle. Holzexporte tragen 8 Prozent zum BSP bei. Andererseits bildet der kamerunische Teil des Kongobecken-Waldökosystems mit 8 Mio. Hektar intaktem humiden Tropenwald eine Ressource von globaler Bedeutung; Doch massiver, teilweise illegaler Holzeinschlag und stetig wachsender Nutzungsdruck auf die Waldnebenprodukte (z. B. Handel mit Bushmeat) gefährden die Waldressourcen. Kameruns Entwaldungsrate ist eine der höchsten in Afrika.

Ein wesentlicher Engpass für die Entwicklung des Landes sind Mängel bei der Regierungsführung. Viele Reformen wurden eingeleitet, ohne die beabsichtigten Wirkungen zu entfalten. Andererseits hat sich die Republik Kamerun jüngst stark in internationale Politik- und Strategiedebatten eingebracht. An der Entstehung der COMIFAC war die Regierung wesentlich beteiligt; später übernahm sie eine Führungsrolle in dem Regionalprozess und beherbergt heute den Sitz des Sekretariates.

Bislang wurden in Kamerun 5 Mio. Hektar und damit etwa 15 Prozent der Landesfläche als Schutzgebiete ausgewiesen. Um die biologische Vielfalt zu erhalten und die Gebiete nachhaltig zu sichern sind jedoch noch weitere erhebliche Anstrengungen im Hinblick auf ein effizienteres Schutzgebietsmanagement sowie eine nachhaltige Finanzierung nötig.

Kamerun ist ein Schwerpunktland der deutschen EZ; im Schwerpunktsektor nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen sollen v. a. ein ausgewogener Zugang zur Nutzung der Waldressourcen für die einheimische Bevölkerung sowie eine adäquaten Kosten- und Nutzenverteilung unter allen Akteure herbeigeführt werden. Im Rahmen der bisherigen TZ-Projekte konnten bereits große Erfolge erzielt werden. So wurden z. B. Landnutzungskonzepte partizipativ und einvernehmlich festgelegt und eine gerechtere Aufteilung der Forststeuern bewirkt.

Mit einem Programm zum Schutz und der nachhaltigen Nutzung der Primärwälder unterstützt die deutsche EZ u. a. die 2000 initiierte Entwicklung eines nationalen Waldprogramms. Es bildet den politischen und operativen Rahmen für eine verbesserte und nachhaltige Waldpolitik in Kamerun. Das ab 2003 geplante TZ-Programm sieht eine Zusammenarbeit mit anderen Sektorprojekten und mit deutschen Institutionen wie DED, KfW und InWent vor. Sein systematischer Ansatz umfasst die Planung und Umsetzung von nationalen Aktivitäten im Waldbereich, eine intensive Politikberatung und Unterstützung gesellschaftlicher Prozesse auf nationaler und dezentraler Ebene. Zur nachhaltigen Finanzierung des Schutzgebietes „Lobeke“ als kamerunischer Teil des Trinationalen Schutzgebietes Sangha (mit der Zentralafrikanischen Republik und der Republik Kongo) beabsichtigt die Bundesregierung erstmalig, sich im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit an einer entsprechenden kamerunischen Stiftung zu beteiligen. Sollte sich dieses Pilotprojekt als erfolgreich erweisen wäre ein entscheidender Schritt in Richtung einer nachhaltigen Projektsicherung auch für andere Schutzgebiete getätigt.

Um Waldbewirtschaftung, Produktverarbeitung und -vermarktung von Waldprodukten und Dienstleistungen zu verbessern, soll künftig stärker mit dem Privatsektor und v. a. den Waldkonzessionären zusammengearbeitet werden (u. a. Private-public partnerships). Sie gehören zu den Hauptakteuren bei der Tropenwaldnutzung und nehmen bei der Umsetzung verbesserter Legalitäts- und Nachhaltigkeitsstandards eine Schlüsselrolle ein. Die Bundesregierung unterstützte eine Initiative des World Resources Institut (WIR) zur Verbesserung der Bewirtschaftungsstandards der Unternehmen und gehört zu einer Gebergemeinschaft, die eine nationale Initiative zur Wald- und

Waldproduktzertifizierung im Kontext der Afrikanischen Holzorganisation (ATO) und internationalen Zertifizierungsorganisationen fördert.

5.1.2.3 Kongobecken: CBFP, AFLEG und COMIFAC

Die Bundesregierung ist Mitglied der Kongobeckenwaldpartnerschaft, unterstützt die Umsetzung der Verpflichtungen aus dem AFLEG-Prozess und beabsichtigt, das COMIFAC-Sekretariat beratend zu unterstützen. Im Wesentlichen konzentriert sich Deutschland auf:

- Die Förderung der Verknüpfung regionaler und nationaler Prozesse, z. B. durch die Integration nationaler Waldprogramme und von Biodiversitätsstrategien mit der regionalen Entwicklungsstrategie des Kongobeckens;
- intersektorische Harmonisierung regionaler und nationaler Waldpolitiken und deren Umsetzung auf lokaler Ebene;
- in Kooperation mit der französischen EZ Förderung der Umsetzung des Konvergenzplanes der COMIF;
- Unterstützung bi- und multinationaler Politikdialoge aller Beteiligten;
- Förderung von Kooperation und Partnerschaften mit privaten Konzessionären;
- Unterstützung bei der Entwicklung eines freiwilligen Zertifizierungsschemas;
- Unterstützung des Monitorings der Umsetzung nationaler Waldprogramme und anderer politischer Verpflichtungen.

Nationale Waldprogramme bilden den Rahmen für deutsche waldrelevante EZ. Innerhalb dieses Rahmens unterstützt Deutschland Aktivitäten zur Weiterentwicklung und Umsetzung des AFLEG-Prozesses wie z. B. Revision von relevanten Gesetzeswerken, deren Verbreitung und Unterstützung bei ihrer Anwendung.

Damit die noch jungen regionalen Prozesse in der Region möglichst erfolgreich verlaufen, wird Deutschland sich außerdem für eine effektive Geberkoordination einsetzen und sich dafür verwenden, dass die Prinzipien nationaler Waldprogramme zur Anwendung kommen und dass die Partizipation indigener und lokaler Bevölkerungen in allen Prozessen gewährleistet ist.

5.1.2.4 Madagaskar: Regierungsberatung im Umweltbereich und Naturschutz

Madagaskar gehört laut Human Development Index zu den ärmsten Ländern der Welt. Besonders schlecht steht die ländliche Bevölkerung da, die u. a. unter rudimentärer Infrastruktur leidet und nur eine minimale Schulbildung genießt. Armutsdruck, sozio-ökonomische und rechtliche Unsicherheit und verbreitete Unkenntnis über Lösungen für offensichtliche Probleme der Landnutzung führen dazu, dass an nicht angepassten land-, vieh- und forstwirtschaftlichen Methoden mit hohem Flächenverbrauch festgehalten wird.

Madagaskar ist bekannt für seine einzigartige und vielfältige Tier- und Pflanzenwelt, insbesondere wegen des hohen Anteils endemischer Arten. Viele dieser Arten sind auf Wald-Habitate angewiesen, die jedoch in dramatischem Ausmaß verloren gehen. Setzt sich der heutige Entwaldungstrend fort, sind Madagaskars Wälder in 25 Jahren verschwunden. Verantwortlich für die Waldvernichtung sind ein zunehmender Flächenbedarf für Ackerbau und Weide, ein rasant steigender Bedarf an Holzkohle und der kommerzielle Einschlag von Nutzholz. Die Entwaldung verschärft die klimatischen Risiken des Ackerbaus, verschlechtert Grundwasser, Quellen und Wasserführung der Flüsse und führt zu gigantischen Erosionsschäden. Die Menschen, die von der Landwirtschaft leben, werden immer mehr marginalisiert, verarmen und wandern aus dem Hochland ab.

Die madagassische Regierung hat eine Strategie der Armutsbekämpfung entwickelt, bei der Ressourcenschutz und der landwirtschaftliche Sektor im Zentrum der Bemühungen stehen. Es wurden verschiedene komplementäre Sektorpläne für Naturschutz, nachhaltige ländliche Entwicklung und Umweltbildung entwickelt. Zusammen mit der Weltbank, der GEF und internationalen NRO wie dem WWF unterstützt die deutsche EZ die Umsetzung dieser Entwicklungspläne.

In Nationalparkprojekten werden beispielsweise gemeinsam mit dem WWF Maßnahmen für Rechtssicherheit und gesicherten Landbesitz gefördert. In biologischen Korridoren und in den erweiterten Trägerzonen von Nationalparks kooperieren FZ und TZ im Bereich der partizipativen Dorfwaldentwicklung. Ziel ist es, das Umfeld der Nationalparks zu stabilisieren und die Lebensgrundlage marginalisierter Bevölkerungsgruppen zu sichern und damit den Druck auf die Biodiversität zu senken.

Um die Betriebskosten in den 40 Nationalparks des Landes zu decken, sollen verschiedene Maßnahmen mithilfe des Privatsektors ökologisch verträglichen Tourismus vranbringen. Die Bundesregierung hat die Basis zur Gründung einer Naturschutzstiftung geschaffen, indem sie der madagassischen Regierung Altschulden aus der finanziellen Zusammenarbeit erließ. Gegenwertmittel in Höhe von rund 11 Mio. Euro fließen in die Stiftung ein.

Um dem geringen Bildungsgrad der madagassischen Bevölkerung und dem daraus resultierenden mangelnden Verständnis für Ursache-Wirkungszusammenhänge von Umweltproblemen zu begegnen, wurden gemeinsam mit dem WWF flächendeckend Umweltfibeln für den Primarschulunterricht sowie ein Umweltmagazin für Studenten und politische Entscheidungsträger produziert. Daraus entstanden ermutigende Initiativen an Schulen und Universitäten (Umweltradio, Umwelttheater, dörfliche Aufforstungen), die später zum Erhalt der Waldbestände auf Madagaskar beitragen werden.

Ein Regierungsberater dokumentiert die gewonnenen Erkenntnisse im Umwelt- und Forstministerium und speist sie in die Debatte um nötige Veränderungen wie die An-

passung von Gesetzen und Aktionsprogrammen ein. Darüber hinaus unterstützt die deutsche EZ auf Wunsch des madagassischen Präsidenten eine enge Zusammenarbeit des Regierungsberaters für Umweltfragen mit der Regierungsberatung im Finanzsektor. Durch das derzeitige große Engagement der amtierenden madagassischen Regierung ist es möglich, die Aktivitäten der internationalen Geber im Umweltbereich gut aufeinander abzustimmen und zielgerichtet mit den madagassischen Partnern zusammenzuarbeiten.

5.1.2.5 Tansania: Waldpolitikberatung

Ein langfristiger Erhalt der natürlichen Ressourcen ist der Schlüssel zur nachhaltigen und armutsorientierten Entwicklung Tansanias. Gegenwärtig ist der Erhalt dieser Ressourcen durch Übernutzung sowie Nutzungsformen, die die natürlichen Ressourcen zerstören oder ihre Regeneration verhindern, stark gefährdet. In der Folge sind Bodenerosion und Verlust landwirtschaftlicher Produktivität weit verbreitet. Mittelfristig ist dadurch mit einer Gefährdung der Wasserversorgung zu rechnen. Verantwortlich dafür ist ein extrem hoher Nutzungsdruck durch Armut der Landbevölkerung, durch Bevölkerungswachstum und durch viel zu extensive Landwirtschaft. Fehlen effizienter Managementsysteme, geringe Wertschöpfung aus dem vorhandenen Ressourcenpotenzial und verbreitete Rechtsunsicherheit verschärfen das Problem.

Die deutsche EZ versucht, Lösungsansätze für diese Probleme zu erarbeiten. Sie verstehen sich als integraler Teil einer Förderstrategie, die Ressourcenschutz für nachhaltige Entwicklung mit der Stärkung von Kommunen und dezentralen staatlichen Strukturen verbindet. Hierzu werden das zentrale Ministerium und öffentliche Stellen der Distrikte bei ihrer Politik beraten; die Verwirklichung von Projekten auf Gemeinde- und Distriktebene, in Staatswäldern und Forstreservaten begleitet; bürgerorientierte Managementvereinbarungen für Schutz und Nutzung der natürlichen Ressourcen (Waldmanagement/Randzonenentwicklung) gefördert sowie Fortbildungs- und Trainingsmaßnahmen für die verschiedenen Akteure durchgeführt.

Der Ansatz, die Bevölkerung konsequent an Entscheidungsprozessen über das Management der Wälder und Randzonen zu beteiligen, wurde erfolgreich als Best practice in die tansanische Politikentwicklung und in Projekte und Programme anderer Geber eingebaut. Dabei ist die Aus- und Fortbildung der Nutzergruppen und Anrainer besonders wichtig. Auch die rechtlichen Grundlagen für eine Beteiligung der Bevölkerung an der Waldbewirtschaftung sollen dadurch verbessert und klare Regelungen für das Miteinander zwischen zentraler und lokaler Verwaltung getroffen werden. Eine Bürgerbeteiligung ist denkbar in Staats-, Gemeindegewäldern und Forstreservaten, in Form von direkter Nutzung (Brennholz, Medizinpflanzen, Früchte) für die Subsistenz, aber auch die lokale Vermarktung der Produkte. Die Anrainer können dadurch zu mehr Eigenverantwortung für Ressourcenschutz bewegt werden. Die Begleitung der Nutzergruppen bei der Ausgestaltung verschiedener Formen von Nut-

zungsbeteiligung ist ein weiteres wichtiges Beratungsfeld der TZ. Die Umsetzungserfahrungen aus den Feldprojekten liefern wichtige Argumente für die Politikberatung, u. a. zur Umsetzung des tansanischen Nationalen Waldprogramms.

5.1.2.6 Entwicklungsgemeinschaft im Südlichen Afrika (SADC): Forstvorhaben SADC

Das Projekt zur Beratung des SADC-Direktorats für Ernährung, Landwirtschaft und natürliche Ressourcen und seiner Programme betrachtet Armut und Ressourcenvergeudung (bzw. -zerstörung) in ihrer funktionalen Verknüpfung. Die Waldressourcen in der SADC-Region nachhaltig zu sichern, wird nicht durch mehr staatliche Kontrolle und Reglementierungen gelingen, sondern nur, indem die ländliche Bevölkerung gezielt an der Bewirtschaftung der indigenen Trockenwälder beteiligt wird. Ziel ist es deshalb, einerseits angepasste, nachhaltige, partizipative und gemeinschaftliche Waldbewirtschaftungstechniken umzusetzen, andererseits alternative Einkommensquellen zu erschließen, die den Nutzungsdruck auf die Waldressourcen verringern. Getragen von lokalen Institutionen, sollen die Maßnahmen weitgehend selbstverantwortlich organisiert und gesteuert werden.

So trägt die deutschen EZ dazu bei, durch verschiedene Vermarktungstechniken für Nichtholzprodukte aus kommunalen Trockenwäldern den Anrainern nationale und internationale Märkte zu erschließen. In dieser Form werden in mehreren ausgewählten SADC-Ländern Vorhaben zur verbesserten Bewirtschaftung bzw. zum nachhaltigen Schutz der Naturwälder beispielhaft konzipiert und durchgeführt.

Auf der Ebene regionaler Politik und Strategie bündelt das Projekt Erfahrungen aus vier Ländervorhaben (in Malawi, Botswana, Namibia, Mosambik), die eine konzeptionelle Strategie für kommunale Trockenwaldbewirtschaftung erarbeiten halfen, und verbreitet sie SADC-weit. Mit etlichen Projekten anderer Geber sind bereits enge Arbeitskontakte in Gang gekommen. USAID und EU haben Interesse an einer Übernahme von Ergebnissen des Projekts bekundet. Die Erfahrungen des Projekts und seine bisher erarbeiteten Bausteine für kommunale Naturwaldbewirtschaftung könnten als Modell dienen, um im grenzüberschreitenden Nationalpark Great Limpopo (der sich nach Mosambik, Simbabwe und in die Republik Südafrika hinein erstreckt) eine nachhaltige Randzonenbewirtschaftung und eine Entflechtung und Entschärfung von Nutzungskonflikten in die Wege zu leiten. Dies wird durch die deutsche FZ, im Rahmen der EZ mit der SADC, unterstützt.

Das Projekt konnte zeigen, dass der Nutzen, den die Waldanrainer aus der Waldbewirtschaftung ziehen, umso größer ausfiel, je stärker sie in Entscheidungsprozesse eingebunden waren. Entsprechend wuchs auch das Bewusstsein der Zielgruppe für die Bedeutung des Ressourcenschutzes und die Wichtigkeit einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Trockenwälder in der Region.

5.1.2.7 Benin: Beratung des Landwirtschaftsministeriums und nachhaltige Bewirtschaftung von Teakwäldern

Der 1954 als Tierreservat unter Schutz gestellte Nationalpark Redjari (PNP) ist Teil eines ca. 28 600 Quadratkilometer großen Komplexes geschützter Zonen im Grenzgebiet der Länder Benin, Burkina Faso und Niger. Mit den beiden Jagdzonen Pendjari und Atakora umfasst der Pendjarikomplex ca. 5 800 Quadratkilometer. Seit 1986 ist der gesamte Komplex als Biosphärenreservat der UNESCO anerkannt, um die Savanne und Naturwälder und die hier noch vorhandenen zahlreichen Tierarten wie Antilopen, Büffel, Löwen, Leoparden, Elefanten sowie ca. 400 seltene Vogelarten wie Komorane, Geier, Kuckucke, Rohrsänger, Würger und Nektarvögel unter Schutz zu stellen. Die lokale Bevölkerung sowohl in der direkten Anrainerzone (mit ca. 30 000 Einwohnern) aber auch entfernterer Gebiete (Hinterland) üben einen konstanten Druck auf die Ressourcen der Jagdzone aus. Vor Beginn der deutschen Beratung verursachten illegale Nutzung der natürlichen Ressourcen, unzulängliche Überwachungs- und Managementsysteme, mangelnde Einbeziehung der lokalen Bevölkerung sowie institutionelle und materielle Schwächen der zuständigen Verwaltung fortschreitende Degradation, Übernutzung und Besiedlung des Pendjarikomplexes und bedrohten langfristig dessen Schutz.

Durch Einbeziehung der Bevölkerung wird nun die Wilderei durch die Reorganisation des Überwachungssystems zurückgedrängt. Pendjari beherbergt inzwischen mehr Wildtiere als alle Nachbargebiete zusammen. Die Bevölkerung nimmt zunehmend an gemeinsamen Aktivitäten teil. Vereinbarungen für die nachhaltige Nutzung der Ressourcen der Jagdzone befinden sich in der Umsetzung.

In Benin stehen bei Maßnahmen der deutschen EZ die Weiterentwicklung der gesellschaftspolitischen und sektorspezifischen Rahmenbedingungen, die Beratung zu volks- und betriebswirtschaftlichen Aspekten der Waldbewirtschaftung, und die Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensbedingungen der Bevölkerung im Vordergrund.

Weitere Aufgaben umfassen die Unterstützung einer halbstaatlichen Gesellschaft bei der nachhaltigen Bewirtschaftung von Teakwäldern, die Unterstützung der Anrainer-Bevölkerung zur Beteiligung an Pflege und Schutz der Waldbestände und der Koordinierung von Prävention und Ahndung von Forstdelikten zusammen mit den örtlichen Sicherheits- und Justizbehörden. 14 000 Hektar Teak-Aufforstungen werden professionell bewirtschaftet. In einer Lehrschreinerei wurden insgesamt 380 Fachleute ausgebildet, die zu einer Erhöhung der Verarbeitungsqualität, der Holzausbeute und zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze im Holzhandwerk und -handel beigetragen haben.

Im Raum Bassila konnte zusammen mit der Forstverwaltung und der örtlichen Bevölkerung ein Modell der Bewirtschaftung von Staatswäldern durch Dorfgruppen entwickelt und erfolgreich umgesetzt werden. Neben den

direkten Erträgen, die der Bevölkerung zunächst aus den Nichtholzprodukten und nach einer Aufbauphase auch aus der Holzernte zufließen, wird der erzielte Erfolg vor allem von der Sicherheit langfristiger und eindeutig geregelter Zugangs- und Nutzungsrechte getragen. Feuer und illegale Holzentnahme sind in den betroffenen Waldgebieten stark zurückgegangen.

5.2 Lateinamerika

5.2.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale

In Lateinamerika ist Wald auch heute noch eines der wichtigsten Landnutzungspotenziale. Wald ist makro- und mikroökonomischer Wirtschaftsfaktor, traditionelles Lebensumfeld indigener Völker und global bedeutsames biogenetisches Reservoir. In jedem dieser drei Funktionszusammenhänge wurden bereits nationale und internationale Anstrengungen unternommen, um die starke Entwaldung (stellenweise bis zu 50 Prozent Waldverlust in 50 Jahren), aber auch die fortschreitende Zerschneidung und Degradation der verbleibenden Waldökosysteme zu bremsen. Mit verursacht durch die Armut der ländlichen Bevölkerung, führt die Verknappung der natürlichen Waldressourcen zu immer größeren Umweltproblemen – und zu einer weiteren, fortschreitenden Verarmung der Menschen.

Typische Herausforderungen in Lateinamerika sind:

- Konkurrierende Nutzungen wie großflächige extensive Viehwirtschaft, Ausweitung der Agrarindustrie (Soja, Garnelen, Krabben, Ölpalmen, Bananen) und Bergbau;
- armutsbedingte Ausweitung der Nutzflächen infolge nicht angepasster Produktionsmethoden, rückständiger Technologien, eingeschränkter Vermarktungsmöglichkeiten, aber auch mangelnder Rechtsicherheit bei Landbesitz und -eigentum oder fehlender Landrechte für Frauen;
- illegale Landnahme (z. B. infolge widerrechtlicher Landzuweisung durch staatliche Stellen; eigenmächtige Landnahme durch private Nutzer und nachträgliche Scheinlegalisierung; Nutzung der Wälder als Landreserve für migrierende Bevölkerungen);
- staatliche Umsiedlungsvorhaben (z. B. in Amazonien) und Erschließungsprojekte, in deren Folge es regelmäßig zu großflächigen Waldbränden kommt;
- illegaler Holzeinschlag und mangelnde Umsetzung von Forst- und Umweltgesetzen zum Erhalt bestehender Naturräume und zur Kontrolle der Waldbewirtschaftung – z. B. infolge ausgeprägter Partikularinteressen örtlicher bzw. nationaler Eliten;
- unzureichende sektorübergreifende, interministerielle Koordinierung zur Bewältigung der Umweltprobleme;
- gering ausgeprägtes Umweltbewusstsein bei politischen Entscheidungsträgern, Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Bevölkerung.

5.2.2 Fachliche Schwerpunkte und Umsetzungsbeispiele

Um den genannten Herausforderungen zu begegnen, hat die deutsche EZ folgende fachliche und geographische Schwerpunkte gesetzt, die sich in die jeweiligen nationalen Waldprogramme einordnen und die Stärken der deutschen EZ im Konzert mit anderen bi- und multilateralen Gebern besonders zum Ausdruck bringen sollen.

Im Amazonasraum werden Projekte und Programme auf Länderebene – Bolivien, Brasilien, Ecuador, Kolumbien, Peru – mit einem Regionalprogramm „Tropenwalderhaltung Amazonien“ kombiniert. In Mittelamerika findet sich ein ähnlicher Ansatz: Die deutsche EZ unterstützt Projekte und Programme in Costa Rica, Guatemala, Honduras, Mexiko, Nicaragua und Panama und verstärkt diese Unterstützung durch eine Förderung der Zentralamerikanischen Kommission für Umwelt und Entwicklung (CCAD) zur Konsolidierung des mittelamerikanischen Biokorridors. Das südliche Lateinamerika ist kein regionaler Schwerpunkt für Tropenwalderhalt, wird aber durch Projekte in Chile und Paraguay gefördert.

Für die Großregion gilt, dass sich die Kontrolle der dichten und großflächigen Naturschutzgebiete durch zuständige oder neu eingerichtete Ministerien allein bisher nicht gewährleisten lässt. Der deutsche Ansatz besteht daher generell darin, Verwaltung und Kontrolle von Schutzgebieten zumindest teilweise nachgeordneten Gebietskörperschaften oder NRO zu übertragen.

Im wirtschaftlichen Bereich konzentrierten sich die entwicklungspolitischen Bemühungen darauf, Fehlentwicklungen staatlicher Förderung der Holzwirtschaft zugunsten armer Bevölkerungsschichten zu korrigieren, Naturwälder in Wert zu setzen und die nationalen Holzproduktionen auf eine nachhaltige Basis umzustellen. Impulse dazu geben oft jüngere regionale Integrationsbestrebungen sowie die Unterzeichnung von Handelsabkommen mit den USA und Europa, einschließlich der Anpassung relevanter Exportbestimmungen. Gegenüber den neuen Handelspartnern sehen sich Forstbetriebe häufig veranlasst, sich zertifizieren zu lassen. Die somit erwiesenermaßen nachhaltige Nutzung bestehender Wälder bzw. standortgemäßer (Wieder-)Aufforstungen verschafft lateinamerikanischen Produzenten neue Chancen am Markt. Wegen des langfristigen Charakters der damit verbundenen Investitionen müssen zuvor jedoch Zugangs-, Nutzungs- und Eigentumsrechte geregelt werden.

In Lateinamerika gibt es relativ viel kleinbäuerlichen Waldbesitz. Da dieser vor allem in strukturschwachen ländlichen Gebieten liegt, bieten sich hervorragende Chancen zur Armutsbekämpfung. Wo die Degradierung von Naturwald strukturell bekämpft wird, trägt nachhaltige Bewirtschaftung konkret, kostengünstig und hoch wirksam zur Armutsminderung bei. Besondere Förderung kommt schließlich den indigenen Bevölkerungen zu, die für die nachhaltige Waldbewirtschaftung in Lateinamerika eine ganz besonders wichtige Rolle spielen.

Zur Unterstützung der Arbeit in diesen fachlichen Schwerpunkten, fördert die deutsche EZ den nationalen und regionalen Politikdialog. Neben entsprechenden Pro-

grammen und Projekten unterstützte die deutsche EZ über das GTZ-Sektorvorhaben „Internationale Waldpolitik – IWP“ im Januar 2002 gemeinsam mit Ecuador und den Niederlanden die 3-Länder-Initiative „Puembo“ zur „Umsetzung internationaler walddrelevanter Beschlüsse durch nationale Waldprogramme“. 60 Teilnehmer kamen aus 8 Ländern in LAK. Die Ergebnisse wurden bei der 6ten Vertragsstaatenkonferenz der CBD (April 2002), bei der lateinamerikanischen Waldkonferenz CONFLAT (Guatemala 2003) und der Regionalkonferenz der FAO COFLAC (Peru 2003) vorgestellt. Als wesentliche zukünftig verstärkt zu bearbeitende Elemente wurden in diesem Prozess identifiziert: Governance (inklusive Partizipation, Transparenz, Capacity Building), Finanzierung, Intersektorialität und Verknüpfung internationaler Prozesse mit nationaler Umsetzung. Dieser Dialogprozess soll in den nächsten Jahren lateinamerika-weit fortgeführt werden.

Seit fünf Jahren fördert InWent Gesprächsforen und Trainingskurse zu „Planungsinstrumenten und Managementkonzepten für nachhaltige Waldressourcennutzung“. Rund 700 Fach- und Führungskräfte hauptsächlich aus Bolivien, Chile, Ecuador, Peru, Costa Rica, Nicaragua, Honduras und Guatemala nahmen an walddpolitisch ausgerichteten Seminaren oder an technisch-waldbaulich orientierten Trainingskursen teil. In den Veranstaltungen bauen nicht nur die Teilnehmer ihre persönlichen Fähigkeiten und Kompetenzen aus: Zwischen einzelnen Ländern ist durch die Maßnahmen ein reger Erfahrungsaustausch, z. B. zum Thema Zertifizierung, zustande gekommen.

5.2.2.1 Regionalvorhaben „Tropenwalderhaltung Amazonien“

Der Amazonas ist der größte zusammenhängende tropische Regenwald der Erde, beherbergt ca. 30 Prozent der terrestrischen biologischen Vielfalt und ist Lebensraum mehrerer 100 indigener Völker. Das Flussgebiet enthält etwa ein Fünftel der Frischwasserreserven der Erde und hat eine klimastabilisierende Wirkung regionaler und globaler Bedeutung. Trotzdem belaufen sich die Waldverluste im Amazonas auf 25 000 bis 50 000 km² pro Jahr.

Das Regionalvorhaben „Tropenwalderhaltung Amazonien“ hat somit zum Ziel, die Voraussetzungen für eine ressourcenerhaltende regionale Entwicklungspolitik des Amazonasraums zu verbessern. Dies soll durch Erfahrungsaustausch, Stärkung wesentlicher Organisationen und wirksamere nationale und regionale Koordination geschehen. Das Vorhaben mit derzeitigem Sitz in Ecuador arbeitet in sieben Amazonas-Staaten: Bolivien, Brasilien, Ecuador, Guyana, Kolumbien, Peru und Venezuela. Hauptpartner des Vorhabens wird die Organisation des Amazonaspaktes mit Sitz in Brasilia sein. Außerdem hat das Vorhaben mit wichtigen regionalen und überregionalen Organisationen – u. a. Vertretungen indigener Gruppen, Naturschutzverbänden – ein Politiknetzwerk aufgebaut, das eine solide Grundlage darstellt, um erste verbindliche regionale umwelt- und entwicklungspolitische relevante Vereinbarungen zu treffen. Fortbildungen und Gesprächsforen zu Themen wie Zertifizierung oder zur finanziellen Bewertung von Umweltleistungen, Biodiversität und forstlichen Nichtholzprodukten vermittelten den

Organisationen Kenntnisse und Argumentationshilfen und stärkten dadurch ihre Verhandlungsfähigkeit. Konkrete Erfahrungen werden in länderübergreifenden Pilotprojekten gewonnen.

Eine regionale Waldpolitik kann nur auf Basis der Bedarfe der Länder und als Ergänzung zur nationalen Politik gestaltet werden. Die jeweilige Rahmenpolitik zur Erreichung nachhaltiger Waldwirtschaft und zur Umsetzung internationaler Beschlüsse und Empfehlungen wird durch nationale Waldprogramme gestaltet. Um diese besser unterstützen zu können und den Bedarf für regionale Politikgestaltung kennen zu lernen, werden derzeit in den sieben Ländern die Prozesse nationaler Waldprogramme analysiert. Wesentliche Fragestellungen ranken sich dabei um die Themen, Governance, Finanzierung und Bewertung, intersektorielle Integration, sowie Verknüpfung mit internationalen Prozessen. Bei dieser Analyse und bei weiteren Fragen zu internationaler Waldpolitik wird das Vorhaben vom GTZ-Sektorvorhaben „Internationale Waldpolitik – IWP“, der niederländischen EZ und der Regionalkommission der FAO unterstützt.

Noch steht das Vorhaben am Anfang. Doch eine gemeinsame regionale Vision vom Erhalt und der nachhaltigen Bewirtschaftung des amazonischen Tropenwaldes wird immer klarer. Die Bildung dieser Vision wird auch durch die Aktivitäten des DED unterstützt, der in Bolivien, Brasilien, Ecuador und Peru tätig ist und die konkrete Anwendung innovativer Techniken, z. B. in der Agroforstwirtschaft, oder die Vermarktung und Verarbeitung von Holz und anderen Waldprodukten fördert.

5.2.2.2 Brasilien: Internationales Pilotprogramm zum Schutz der Brasilianischen Tropenwälder (PPG7)

Das Amazonasbecken nimmt über die Hälfte des Staatsgebiets Brasiliens ein. Jährlich gehen Waldflächen von der Größe Brandenburgs verloren. Von Brasiliens Küstenwäldern (Mata Atlântica) existieren nur noch rund 7 Prozent. Brasilien hat großes wirtschaftliches Interesse an der Nutzung seiner Regenwälder; doch 20 Jahre infrastrukturelle Erschließung des Amazonasbeckens und seine Besiedlung haben die ökologische und soziale Tragfähigkeit erschöpft.

Auf dem G-7-Gipfel von Houston 1990 regte die deutsche Bundesregierung ein internationales Hilfsprogramm an. Brasilien erarbeitete daraufhin mit Unterstützung der amazonischen Bundesländer, örtlicher NRO, der Weltbank und der deutschen EZ das „Pilotprogramm zur Bewahrung der tropischen Regenwälder Brasiliens“. Es respektiert die brasilianischen Interessen an einer Entwicklung der Tropenwaldregionen; es versucht jedoch, die Entwicklungsaktivitäten mit dem Fortbestand der riesigen Regenwaldgebiete des Landes in Einklang zu bringen und die Zunahme der Waldzerstörung zu stoppen.

Das Pilotprogramm (PP) hat sich zu einem international unterstützten programmorientierten Ansatz („programme based approach“) entwickelt, der bisherige deutsche Beitrag beläuft sich auf ca. 300 Mio. Euro und damit auf ca. 45 Prozent der Gesamtkosten. KfW und GTZ arbeiten

dabei in ihrem weltweit größten und erfolgreichsten Kooperationsvorhaben zusammen. Beteiligt sind auch der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und mehrere Wissenschaftsprogramme. Wesentliche Zielsetzungen des PP sind:

- Verbindung ökologischer und ökonomischer Ziele durch Schutz und nachhaltige Nutzung;
- globaler Klimaschutz durch den Erhalt großer Waldflächen;
- Bewahrung der immensen genetischen Ressourcen;
- Lösung eines drängenden globalen Umweltproblems durch internationale Zusammenarbeit.

Seit Beginn der Projektarbeit 1994 wurden unter anderem rund 90 Wald- und Indianerschutzgebiete (Gesamtfläche: 406 000 km²) eingerichtet und gefördert und 180 Kleinprojekte unterstützt, von denen viele Modellcharakter haben. Sammlerreservate wurden geschaffen, Gemeinden im Waldbrandschutz ausgebildet, Personal der Landesumweltbehörden und ihrer Partner fortgebildet. Herausragend ist die Beteiligung Deutschlands an der Unterschutzstellung von bisher rund 12 Prozent des Amazonaswaldgebietes.

Die starke Einbindung der Zivilgesellschaft hat das Umweltbewusstsein und die Akzeptanz des Prinzips Nachhaltigkeit in Politik und Öffentlichkeit wachsen lassen. Das Umweltministerium hat das Pilotprogramm zur Basis für eine eigene Amazonien-Politik, niedergelegt in dem „Programm für ein nachhaltiges Amazonien“ und dem „Aktionsplan gegen die Entwaldung“, gemacht. Die Bundesstaaten haben sich das Konzept einer integrierten Landesumweltpolitik angeeignet und schließen neue Koalitionen, besonders mit der Zivilgesellschaft. Auch die bisherigen PPP-Maßnahmen zur Umsetzung nachhaltiger Waldbewirtschaftung z. B. im Rahmen zertifizierter Holzernte verliefen positiv: Strategien der Umsetzung werden direkt mit dem Privatsektor entwickelt; die Teilfinanzierung durch den Privatsektor unterstützt die Identifizierung mit den Vorhaben und auch die Erfolgsbereitschaft.

In der Zukunft sollen neben dem Umweltministerium weitere wichtige föderale und bundesstaatliche Akteure einbezogen werden (z. B. Ministerien für Integration, Infrastruktur, Ländliche Entwicklung, sowie regionale Entwicklungsbanken, u. a.) und die Gruppe der Geber (Regional Aid Group für Amazonien) neu strukturiert werden. Zukünftig würden damit die Geberbeiträge zum brasilianischen Programm für nachhaltige Entwicklung des Amazonasraums (Programa Amazônia Sustentável PAS) auf politischer Ebene koordiniert werden. Weiterhin bestünde eine wesentliche Aufgabe darin, erfolgreiche Piloterfahrungen in die Politikgestaltung einzubringen bzw. breitenwirksam zu unterstützen und auch weiterhin innovative Ansätze im Tropenwaldschutz zu entwickeln.

Die in der ersten Phase des PPG7 erarbeiteten und erprobten Ansätze zur Reduzierung der Entwaldung sollen weiter entwickelt werden. Ein neues Element wird die Aufgabe sein, Kohärenz mit anderen Politikbereichen herzustellen und Umweltschutz als Querschnittsaufgabe

zu verankern. Aufbauend auf den bisherigen thematischen Schwerpunkten und Kompetenzen der EZ werden in der Zukunft die folgenden fünf Handlungsfelder besondere Bedeutung haben: Integrierter Naturschutz, Förderung des nationalen Waldprogramms und Management natürlicher Ressourcen mit Schwerpunkt auf Waldressourcen, Unterstützung der indianischen Völker Amazoniens, Raumordnung und -planung, sowie die Beratung des Umweltministeriums zur Umsetzung der Amazonaspolitik.

5.2.2.3 Kolumbien: Umweltprogramm und Forstentwicklung Rio-Magdalena-Tal

Die Maßnahmen der deutsche EZ in Kolumbien nehmen alle Bezug auf die gesellschaftspolitische interne Konfliktsituation. Auch die walddrelevanten Vorhaben in Kolumbien haben das Anliegen, schwach strukturierte ländliche Räume wirtschaftlich zu stabilisieren und eine politische Kultur zu fördern, die hilft, Konflikte um natürliche Ressourcen gütlich beizulegen.

Den Rahmen für die Maßnahmen bildet das Umweltprogramm mit seinem Auftrag zur Umsetzung der relevanten internationalen Umweltregime und -konventionen: Wald, Biodiversität, Klimawandel und Wüstenbildung, und zur Weiterentwicklung des Nationalen Waldprogramms beizutragen. Es ist eng mit anderen deutschen EZ-Programmen (Forstentwicklung Rio Magdalena, Tropenwalderhaltung Amazonien; Bewirtschaftung andiner Wassereinzugsgebiete Peru) und anderen bi- und multilateralen Gebern (z. B. der Niederlande, FAO; BID) vernetzt.

Wesentliche Ansatzpunkte auf gesellschaftspolitischer Ebene sind die folgenden: Ein neues Waldgesetz soll erarbeitet werden, Mittelbehörden werden beim Umsetzen von Richtlinien in Waldwirtschaft und Naturschutz gefördert, andere Ministerien beim Erstellen von Richtlinien für kommerzielle Aufforstungen begleitet. Versucht wird auch, die Umweltleistungen von Wald in ökonomische Bewertungen einzubeziehen und auf einen fairen Interessenausgleich in der Waldwirtschaft hinzuwirken.

Kolumbien, ein Land mit besonders hoher Biodiversität, hat bereits mehr als 30 Prozent seiner Naturwälder verloren. In Wassereinzugsgebieten wie dem oberen und mittleren Rio Magdalena – Kaffeeanbaugebieten von nationaler Bedeutung – führt dies, in Verbindung mit unangepasster Bodennutzung, zu starker Bodenerosion und damit zu gravierenden Veränderungen der Wasserhaushalte, einem Verlust an Ackerfläche und zu Einkommenseinbußen der Kaffeebauern. Dies in einer Situation, in der die ehemals als wirtschaftliches Rückgrat und sozialer Stabilisator des Landes bekannte Kaffee-Anbauzone durch den Fall des Kaffeepreises auf dem Weltmarkt bereits in einer schweren wirtschaftlichen und sozialen Krise steckt.

Es geht darum, die ökonomischen und sozialen Bedingungen bäuerlicher Gruppen im Bereich der Kaffezone zu stabilisieren, in welchem durch gewaltsame Austragung von Konflikten und dem Anbau illegaler Produkte zivile Strukturen zunehmend von Zersetzung bedroht werden. Die Kleinbauern und -bäuerinnen werden mit

Methoden und Organisation nachhaltiger Waldwirtschaft vertraut gemacht. Die Vermarktung von Waldprodukten wird gestärkt und die forstliche Zertifizierung gemeinsam mit einer nationalen Arbeitsgruppe, Gremien und der Zivilgesellschaft gefördert (z. B. Erarbeitung von Standards). Neben der Überführung marginalen Weide- und Ackerlands sowie degradierter Waldflächen in ökologisch angepasste, nachhaltige Waldbausysteme geht es also vor allem darum, nachhaltige alternative und umweltschonende Beschäftigungs- und Einkommensquellen für kleine und mittlere Familienbetriebe zu schaffen, zumal an marginalen Kaffeeanbaustandorten. Die erreichten Wirkungen können sich sehen lassen: Die Aufforstungen führen zu einer Stabilisierung des Wasserhaushalts und zum Eindämmen der Bodenerosion in insgesamt 65 kleinen Einzugsgebieten von Nebenflüssen. Vorrat und Qualität des Wassers werden dabei verbessert.

Das Vorhaben ist eingebunden in den kolumbianischen Waldaktionsplan und in die kolumbianische Waldpolitik und wird vom nationalen Kaffeebauernverband getragen. Mittelfristig ist geplant, größere zusammenhängende, rentabel zu bewirtschaftende Waldflächen zu schaffen. Die beteiligten Betriebe und Gemeinden werden bei der Planung und Startphase der betrieblichen Investitionen von der deutschen EZ unterstützt. Die umweltbezogenen und konfliktpräventiven Aspekte des Vorhabens werden zu einer zentralen Arbeitskomponente. Auch eine Einbeziehung des Privatsektors in Form von Public-private partnerships wird in Betracht gezogen.

5.2.2.4 Ecuador: Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen (NAMARES)

Wesentlicher Ansatzpunkt des deutschen Umweltprogramms in Ecuador ist die ökonomische Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen, die zu einer gerechten und umwelterhaltenden Nutzung führen soll. Dabei spielt Konfliktberatung auf allen Ebenen eine tragende Rolle: Die deutsche EZ bildet gemeinsam mit anderen Organisationen Mediatoren aus und fördert nationale Foren zur Konfliktlösung.

Politikberatung soll dazu beitragen, dass Prozesse, Normen und Gesetze die Interessen aller wichtigen Akteure wiedergeben und dazu führen, dass staatliche Verwaltungen ihre Leistungen zielgruppenorientiert und effizient erbringen. Dies hatte im Wesentlichen Erfolg: Die Belange von Privatwirtschaft, NRO, sozialen Verbänden und Kommunen finden sich in den aktuellen Politiken und Normen wieder, im Umweltministerium ist der Prozess der Dezentralisierung und Dekonzentration weit fortgeschritten. Personal des Ministeriums wurde fortgebildet, innovative Themen wie eine Zahlung für Umweltleistungen eingeführt.

In der Amazonasregion und der Provinz Esmeraldas, die 80 Prozent des nationalen Holzaufkommens stellt, werden Waldwirtschaft und Schutzgebietsmanagement gefördert. Siedler und indigene Gruppen werden bei der nachhaltigen Bewirtschaftung und Erhaltung der Waldökosysteme unterstützt. Zwischen einer indigenen Gemeinde in der Provinz Esmeraldas und einer Holzfirma wurde eine Kooperation zur forstlichen Zertifizierung angebahnt.

Gemeinsam mit einer internationalen NRO wurde ein Projekt begonnen, das für die Nichtnutzung eines Waldgebietes Ausgleichszahlungen aus einem Treuhandfonds vorsieht.

In einem Kooperationsvorhaben der GTZ, der KfW des DED und des Umweltministeriums der Amazonasprovinz Napo fördert die Bundesregierung die nachhaltige Bewirtschaftung des Biosphärenreservats Gran Sumaco: In dessen Pufferzonen wird die forstliche und agroforstliche Bewirtschaftung unterstützt, beim Management des Reservats sollen alle Betroffenen ein Mitspracherecht haben.

In der Amazonasregion wird der Aufbau einer Stiftung unterstützt, die kleine Waldbesitzer beim Bewirtschaften und Vermarkten ihrer forstlichen Holz- und Nichtholzprodukte berät. Ihr Service hat einen Gesinnungswandel bewirkt: Waldbesitzer schätzen die Beratungsleistungen und sind bereit, dafür zu zahlen. Die Stiftung unterstützt auch die Forstdirektion beim Überprüfen der bestehenden forstlichen Normen, der Ausbildung von technischem Personal und der Kontrolle des Holzeinschlags.

Als Gründungsmitglied der nationalen FSC-Arbeitsgruppe Ecuadors hat das deutsche EZ-Projekt entscheidend an der Entwicklung von nationalen Standards für eine nachhaltige Bewirtschaftung von tropischen Tieflandfeuchtwäldern, forstlichen Plantagen und Wäldern des Hochlandes mitgewirkt. Insgesamt hat der deutsche Beitrag dazu geführt, dass Umweltorganisationen heute bereit sind, mit Holzfirmen über Waldbewirtschaftung zu sprechen – und Holzfirmen mit Umweltorganisationen über den Schutz von Wäldern: Grundlage für einen fruchtbaren und notwendigen Dialog.

5.2.2.5 Peru: Stärkung des nationalen Naturschutzgebietssystems von Peru

Peru zählt weltweit zu den Ländern mit der höchsten Biodiversität. Perus bisher 56 Naturschutzgebiete gehören fast alle zu einem nationalen Schutzgebietssystem, sind aber in der Regel nicht in eine abgestimmte regionale Landnutzungs- und Raumordnungsplanung integriert, und kaum ein Gebiet hat einen eigenen Managementplan. Nutzungseinschränkungen, wie sie gesetzlich verankert sind, stehen im Konflikt mit ebenfalls gesetzlich festgelegten Nutzungsrechten anderer Interessenten: Bergbau, Energie, Straßenverkehr, Tourismus. Der Nutzungsdruck in und um die Gebiete nimmt ständig zu. Seit 1993 unterstützt die deutsche EZ Peru bei der Konsolidierung des nationalen Naturschutzgebietssystems.

Trotz eindeutiger Rechtslage gelingt es der Naturschutzbehörde aufgrund ihrer Personal- und Finanzausstattung sowie mangels politischen Rückhalts nicht, die Gebiete ausreichend zu schützen und zu verwalten. Nur in der Hälfte der Gebiete ist sie überhaupt präsent. Während die TZ die Managementfähigkeiten der Naturschutzbehörde stärken und auf eine Verbesserung des Gesetzesrahmens hinwirken soll, zielt die FZ auf die Schaffung der Voraussetzungen ab, dass Fortschritte im Schutzgebietsmanagement, die auf zentraler Ebene erreicht werden, auch vor Ort nachhaltig umgesetzt werden können.

Das FZ-Programm hat seine Arbeit in fünf Schutzgebieten aufgenommen: Durch Investitionen in die Infrastruktur für Schutz und Verwaltung der Gebiete soll das Management der Reservate mittelfristig verbessert werden. Die Zuschüsse werden über einen privaten Naturschutzfonds abgewickelt, der auch Träger des FZ-Vorhabens ist. Der Fonds begann mit einem Startkapital von 5 Mio. US-Dollar aus einem Treuhandfonds der Weltbank. Heute verwaltet er rund 76 Mio. US-Dollar für das Schutzgebietsmanagement. Rund ein Drittel der Summe wurde durch die deutsche finanzielle Zusammenarbeit mobilisiert, u. a. durch Schuldentausch (Debt-for-nature swaps).

Die Schutzgebiete werden durch Erstellung von Management- und Finanzierungsplänen, Ausbau von Verwaltungsgebäuden, Informationszentren und Wachposten sowie Beschaffung von Fahrzeugen und Kommunikationseinrichtungen modernisiert. Die peruanische Seite beteiligt sich nicht an den Investitionskosten: Die knappen inländischen Mittel werden zur Finanzierung der Betriebskosten eingesetzt. Dafür stehen Mittel aus einer 1996 vereinbarten Schuldenumwandlung (4,6 Mio. Euro) bereit. Mit 1 Mio. Euro aus einer zweiten Schuldenumwandlung werden zusätzliche Spezialisten bei der Naturschutzbehörde und dem Fonds finanziert.

Die kontinuierliche Arbeit in Peru trägt heute bereits Früchte: So nahm z. B. die unter Schutz gestellte Fläche in nur vier Jahren von 7 Prozent der Landesfläche auf 13 Prozent zu. Inzwischen werden die Schutzgebiete als sinnvoll und effektiv für eine nachhaltige Nutzung der Biodiversität anerkannt. Im gesellschaftlichen Bewusstsein kann Biodiversitätsschutz heute selbst unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten mit Produktionsbereichen wie Bergbau oder Erdölförderung konkurrieren. Zudem wird mit der Einrichtung von Schutzgebieten auch der Sicherung der traditionellen Lebensräume indigener Völker mehr Gewicht beigemessen.

Ein funktionierendes, konfliktfreies Ressourcenmanagement, besonders in der Waldwirtschaft, braucht jedoch staatliche Planung und gesellschaftlichen Konsens in Form von Raumordnungsvorgaben. Da das Vorhaben hier bisher mit einem alarmierenden Planungsdefizit konfrontiert war, wird es sich in nächster Zeit v. a. mit der Entwicklung von Raumordnungs- und Landnutzungsprozessen auf regionaler und lokaler Ebene befassen. Es firmiert dabei als Teil des Programms „Nachhaltige Ländliche Entwicklung“. Eine 2003 begonnene Dezentralisierung verschafft den Gebietskörperschaften erweiterte Befugnisse, die lokalen und regionalen Entwicklungsprozesse zu gestalten und zu steuern.

Innerhalb des Schutzgebietssystems müssen nun Konzepte für Vernetzungen und Biokorridore, im Amazonasgebiet auch ethnische/kulturelle Korridoransätze entwickelt werden. Die Bevölkerung von Schutzgebieten und Randzonen wird in den Managementprozess der natürlichen Ressourcen integriert und lernt über den Erfahrungsaustausch und über Beratung gleichzeitig Möglichkeiten zur Verbesserung ihres Einkommens kennen. Damit entsteht eine neue Qualität der Zusammenarbeit

zwischen den zentralstaatlichen Behörden, den lokalen Verwaltungen und der Bevölkerung im Sinne eines Erhalts der natürlichen Ressourcen und der biologischen Vielfalt. Eine zweite Phase des Vorhabens, mit der Maßnahmen in acht weiteren Schutzgebieten finanziert werden sollen, ist in Vorbereitung.

5.2.2.6 Paraguay: Eine Nationale Strategie für den Schutz der natürlichen Ressourcen (ENAPRENA)

Im August 2003 trat der demokratisch gewählte neue paraguayische Präsident mit einem wirtschafts- und finanzpolitischen Reformprogramm zur Bekämpfung von Korruption, Rezession und Armut an, Faktoren, die gemeinsam mit politischer Instabilität Paraguay in den letzten Jahren geprägt haben. Erste ermutigende Erfolge unter Einbeziehung der politischen Opposition lassen die Bevölkerung auf weitergehende, positive Veränderung, auch im Umweltbereich, hoffen. Im Waldsektor sieht es nicht gut aus. Die Entwaldungsrate ist alarmierend. Die temperaten Wälder im Südosten des Landes wurden von ehemals 50 Prozent Landesbedeckung auf 15 Prozent reduziert. Die Trockenwaldvegetation im Nordwesten des Chocó bedeckt zwar noch 66 Prozent des Landes, ist jedoch stark in ihrem Bestand bedroht.

Dafür verantwortlich sind sich ausweitende Landwirtschaft und die Umwandlung von Wald in Viehfarmen aufgrund zunehmenden Bevölkerungsdrucks. Der Druck auf die bestehenden Wälder wird auch dadurch verstärkt, dass Land sehr ungleichmäßig auf die ländliche Bevölkerung verteilt ist: während 10 Prozent der ländlichen Bevölkerung 66 Prozent des Landes unter sich aufteilen, besitzen 30 Prozent überhaupt kein Land. Die staatlichen Stellen können die Ausbeutung und Umwandlung nicht kontrollieren und regulieren, und die vom Wald abhängige Bevölkerung wird in Planungs- und Managemententscheidungen nicht einbezogen. Bestehende Forstgesetze werden entweder nicht umgesetzt oder sie sind ineffektiv wie z. B. das für ökonomische Anreize für Wiederaufforstung.

Das deutsche EZ-Projekt ENAPRENA unterstützt seit Anfang der 90er-Jahre die Regierung Paraguays bei der besseren Koordinierung des Schutzes der natürlichen Ressourcen des Landes. Neue Umweltinstitutionen wie z. B. das nationale Umweltsystem (SISNAM), das Umweltsekretariat (SEAM) und der Nationale Umweltrat (CONAM) wurden eingerichtet. Allerdings blieb das Ergebnis dieser Einrichtungen hinter den Erwartungen zurück. Der Grund hierfür ist hauptsächlich der Mangel an politischem Willen. Zum einen wurde die Umweltstrategie, auf deren Grundlage die neuen Umweltinstitutionen gegründet worden waren, nie umgesetzt und zum anderen wurden die finanziellen Mittel für diese Institutionen nicht bereitgestellt. Ein neues Waldgesetz, das mit Unterstützung der deutschen EZ auf den Weg der Verabschiedung gebracht wurde, gibt seit kurzem Anlass zu Hoffnung. Durch dieses Gesetz soll dem National Forest Service, der zuständig für die Waldangelegenheiten in Paraguay ist, Semi-Autonomie zugestanden und eine breite

Mitwirkung der Bevölkerung bei Entscheidungen gewährleistet werden.

Inmitten dieses politischen Vakuums gibt es auch positive Zeichen für den Wald in Paraguay. Mit deutscher Unterstützung wurde ein runder Tisch für Wald (Mesa Forestal) eingerichtet, der als interinstitutionelle und sektorübergreifende Einrichtung alle Betroffenen und Beteiligten aus dem Waldsektor versammelt. Als ein partizipatives Dialogforum hilft er dabei, die Bemühungen der öffentlichen Einrichtungen, der Zivilgesellschaft und der Gebergemeinschaft aufeinander abzustimmen und kompensiert somit ein wenig die Unzulänglichkeiten der Sektorverwaltung. Der runde Tisch war verantwortlich für die Erarbeitung des neuen Waldgesetzes, für die Entwicklung nationaler Kriterien und Indikatoren für nachhaltige Waldwirtschaft, am runden Tisch wurden die Finanzierung des Sektors diskutiert und Instrumente hierfür entwickelt und es wurde die Waldfläche des Landes konsolidiert samt einer Überprüfung nationaler Managementpläne.

Hindernisse sind allerdings nicht zu leugnen: mangelndes politisches Interesse und mangelnder Wille, über vorgeschlagenen Reformen zu beschließen, unzureichende technische und personelle Kapazitäten für die Umsetzung und Kontrolle sowie das Fehlen von finanziellen Mitteln und eines eindeutigen politischen Klimas bedrohen immer noch die Erfolge der Sektorreform. Jedoch wurde durch die Arbeit des runden Tisches ein großer Teil der Zivilgesellschaft Paraguays für die prekäre Zukunft des Waldes sensibilisiert und eine Reihe von politischen und regierungsunabhängigen Institutionen haben durch ihren engagierten Einsatz dafür gesorgt, dass nachhaltige Waldnutzung und Waldschutz inzwischen ein breit diskutiertes Thema in der Bevölkerung ist. Deutschland wurde vonseiten der Beteiligten und der internationalen Gebergemeinschaft eine treibende und förderliche Rolle bei diesem Prozess bescheinigt. Eine Reform des Waldsektors, die zwar von unten gestützt wird, bei der jedoch in der Vergangenheit kein politischer Wille und Führerschaft durch eine Regierung dahinter stand, bleibt ein langwieriger und langsamer Prozess. In der Zukunft wird es daher auch mit einer neuen paraguayischen Regierung weiterhin Aufgabe der deutschen EZ sein, den Boden für politischen Willen in Paraguay zu bereiten.

5.2.2.7 Chile: Nachhaltige Naturwaldbewirtschaftung

Schnell wachsende Erntebäume – schneller wirtschaftlicher Erfolg: Nach dieser Devise führte in Chile in den 70er-Jahren eine staatlich geförderte Aufforstung dazu, dass heute 2 Mio. Hektar Naturwald (der durch Übernutzung, Viehverbiss und Brände vielfach bereits degradiert war), mit schnellwüchsigen exotischen Baumarten bestockt sind. Die Eukalyptus- und Kiefernplantagen haben die Forst- und Holzwirtschaft zur zweitwichtigsten Exportbranche mit jährlichen Steuereinnahmen von 100 Mio. US-Dollar gemacht. Damit wurde der verbleibende Naturwald immer wertloser: Brachte 1 Hektar nicht bewirtschafteter Naturwald rund 400 US-Dollar ein,

erzielte eine frisch gerodete Naturwaldfläche leicht das Doppelte.

Während die Großkonzerne von der staatlichen Förderung der Plantagen profitierten, hatten die Kleinbauern, die den Naturwald bewirtschaftet hatten, das Nachsehen: Ihre Entwicklungschancen sanken mit dem Siegeszug der industriellen Forstplantagen. In den ländlichen Gebieten verschärfte sich die Armut. Nun soll eine Politik zur Förderung kleinbäuerlichen Waldbesitzes den wirtschaftlichen Aufschwung auch für die kleinbäuerliche Naturwaldbewirtschaftung nachholen.

Die Politikberatung der deutschen EZ konzentriert sich vor allem auf strategisch-institutionelle Veränderungsprozesse sowie die Formulierung und Umsetzung sektoraler und sektorübergreifender Politiken und Strategien. Wesentlich ist dabei auch die Qualifizierung der Forstbehörden für Beratungsmaßnahmen der Bevölkerung und zur Gestaltung eines geeigneten Gesetzeswesens samt Durchführungsverordnungen.

Zur Förderung der Umsetzung auf lokaler bis regionaler Ebene arbeitet der DED in fünf naturwaldreichen Regionen im Süden Chiles zusammen mit den chilenischen Beratungsdiensten. Bevölkerung und Waldbesitzer werden zur ökonomischen Bedeutung der Naturwälder beraten und aufgeklärt, wie sich durch angepasste, schonende Waldbewirtschaftungsmethoden das wirtschaftliche Kapital der Naturwälder erschließen und höhere Einkommen erzielen lassen.

Das mithilfe der deutschen EZ entwickelte Modell zur Förderung der Naturwaldbewirtschaftung wird nun vom Staat übernommen; ein entsprechendes Gesetz durchläuft derzeit die Verabschiedung im Parlament. Auch PPP-Maßnahmen wurden initiiert. In Zukunft liegt die Herausforderung im Aufbau eines geeigneten Vermarktungskonzepts für die Forstbehörde und der Verkettung aller beteiligten Akteure. Wichtige Aufgaben sind, die Waldbesitzer bei ihrer Organisation zu unterstützen, nationale Richtlinien zur Zertifizierung zu finden, Lücken zwischen Forschung und Praxis zu schließen sowie den Bereich erneuerbare Energien zu entwickeln.

5.2.2.8 Einrichtung eines Programms zur Konsolidierung des mesoamerikanischen Biokorridors (Corredor Biológico Mesoamericano/CBM)

Mit nur 0,5 Prozent der Landoberfläche der Erde verfügt Mittelamerika über 7 Prozent der bekannten Tier- und Pflanzenarten in unterschiedlichsten Lebensräumen. Diese Biodiversität ist eines der wichtigsten Entwicklungspotenziale der Region. Bedingt durch weit verbreitete Armut, hohes Bevölkerungswachstum und nicht nachhaltige Bewirtschaftungsformen sind die Naturräume jedoch stark fragmentiert und von der Vernichtung bedroht.

Seit 1997 verfügt die Region (Mexiko bis Panama) über eine gemeinsame Strategie, dieser Fragmentierung zu begegnen: Die noch bestehenden Naturräume sollen durch Korridore miteinander in Verbindung gebracht werden, die einerseits den genetischen Austausch von Populatio-

nen der Flora und Fauna ermöglichen, gleichzeitig aber auch mit nachhaltigen Bewirtschaftungsformen nutzbar sind und so zu Armutsbekämpfung, Schutz der Wassereinzugsgebiete und Katastrophenvorsorge beitragen.

Ziel des Programms ist es, die Zentralamerikanische Kommission für Umwelt und Entwicklung (CCAD) und die beteiligten Länder zu unterstützen, diese Strategie eines Biokorridors in Zentralamerika umzusetzen und zu konsolidieren. Es wird durch ein mit dem United Nations Development Programme (UNDP) gemeinsam aufgebautes Team, Personal des Exekutivsekretariats der CCAD und der Umweltministerien der acht beteiligten Länder durchgeführt. Von zentraler Stelle im Kontext der regionalen Initiative CBM aus kooperiert das Programm mit einer Reihe wichtiger Akteure wie Weltbank, United Nations Environment Program, International Union for the Conservation of Nature (IUCN) und Projekten der deutschen EZ.

Das von UNDP und GTZ gemeinsam gebildete Programmteam unterstützt die Zentralamerikanische Kommission für Umwelt und Entwicklung und die Umweltministerien der acht betroffenen Länder bei der Erarbeitung von Strategien und der Organisation von Strukturen, die staatliche Institutionen und NRO in die Lage versetzen, gemeinsam die Initiative CBM umzusetzen. Der Schwerpunkt der Beratung liegt auf der regionalen Ebene, die nationale und lokale Ebene wird dann mit einbezogen, wenn dies für das Erreichen von Zielen auf regionaler Ebene notwendig ist.

5.2.2.9 Honduras: Programm Soziale Forstwirtschaft in Honduras PSF

Das Programm „Soziale Forstwirtschaft in Honduras“ umfasst politische Beratung zur Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen nachhaltiger Waldwirtschaft, Beratung bei deren praktischer Umsetzung in der walddominanten Region Olancho, eine Förderung der kommunalen Waldwirtschaft sowie das Management des Nationalparks Montaña de Celaque und des Biosphärenreservats Río Plátano. Mit dem zukünftigen Programmdesign „Förderung nachhaltiger Ressourcennutzung und wirtschaftlicher Entwicklung“ wurde das Programm konzeptionell und inhaltlich erweitert.

Noch ist allerdings das gesetzliche, politische und institutionelle Umfeld ungünstig: Für die Verabschiedung eines neuen Forstgesetzes, das den Dorfgemeinschaften eindeutige Nutzungsrechte am Wald einräumen soll, fehlt bisher der politische Wille. Dem Waldsektor wurde noch nicht der politische Vorrang eingeräumt, der ihm für die Bekämpfung der ländlichen Armut zukommt. Dazu kommt das Problem des illegalen Holzeinschlags und -handels, der – je nach Baumart – zwischen 30 Prozent und 85 Prozent des gesamten Einschlags ausmacht. Dies hat dazu geführt, dass eine legale forst- und holzwirtschaftliche Arbeit inzwischen kaum mehr wettbewerbsfähig ist. Es wird Zeit brauchen, bis die Arbeit der deutschen EZ im Konzert mit anderen Gebern auf nationaler Ebene erkennbare Wirkungen auf Einkommen, Beschäftigung, Zahlungsbilanz und Staatshaushalt erzielt. Grund-

voraussetzung dazu ist eine stärkere politische Bereitschaft vonseiten des Partners, im Widerstreit der wirtschaftlichen Interessen, die mit dem Wald verbunden sind, entsprechende politische Prioritäten zu setzen.

Im Biosphärenreservat Río Plátano, dem größten Schutzgebiet Honduras', will die deutsche EZ dazu beitragen, dass die Anliegen der Menschen im Biosphärenreservat mit den Erfordernissen seines Erhalts in Einklang gebracht werden. In diesem von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärten Reservat ist die Landnutzung in der so genannten Kulturzone, in der ethnische Minderheiten leben, noch recht stabil. Dagegen ist das Schutzgebiet in seinen Pufferzonen durch Besiedlung, Brandrodung und unkontrollierten Holzeinschlag gefährdet. Die illegale Besiedlung der Kernzone soll sozialverträglich rückgängig gemacht, die Bodennutzung und die Lebenssituation der in den Randgebieten (Puffer- und Kulturzone) lebenden rund 40 000 Menschen nachhaltig stabilisiert bzw. verbessert werden. Daneben werden eine funktionsfähige Parkinfrastruktur aufgebaut und die Erarbeitung katasterrechtlicher Grundlagen für die Vergabe rechtsgültiger Landnutzungstitel der Siedler in der Puffer- und Kulturzone unterstützt.

Das Biosphärenreservat Río Plátano bildet zusammen mit dem Biosphärenreservat Bosawas auf nicaraguanischer Seite das „Herz des mesoamerikanischen Biokorridors“. Es beherbergt die größten noch zusammenhängenden natürlichen Waldgebiete Zentralamerikas. Hier berät der DED im Rahmen des Vorhabens „Mesoamerikanischer Biokorridor“ eine nicaraguanische Gemeindevertretung in Sachen Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, sowie bei der Raumordnungsplanung.

5.3 Ost-/Zentralasien

5.3.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale

Die Volksrepublik China als prägendes Land Ost- und Zentralasiens zeichnet sich durch außerordentliche naturräumliche, kulturelle und ethnische Vielfalt und eine große Entwicklungsdynamik aus. Wirtschaftswachstum, rascher Urbanisierung und signifikanten Wohlstandssteigerungen in den chinesischen Ostküstenprovinzen stehen dabei verbreitete ländliche Armut, Hunger und Unterentwicklung in Chinas Westen gegenüber. Die ländliche Armut wird durch häufige Naturkatastrophen z. T. krisenhaft verschärft, was nicht zuletzt mit dem Vorkommen und der Verteilung von Wald in China zusammenhängt.

Mit einem Waldanteil von rund 16 Prozent zählt China zu den waldarmen Ländern der Erde. Zudem konzentrieren sich die chinesischen Waldressourcen in wenigen Provinzen im Süden und Nordosten. Wegen der absoluten Größe des Landes ist China andererseits das Land mit der im globalen Vergleich fünfgrößten Waldfläche, und somit eines der weltweit wichtigsten Waldländer. China erstreckt sich über mehrere Klimazonen und verfügt somit über eine große Bandbreite an Waldtypen mit ausgepräg-

ter Biodiversität. 40 Prozent aller bekannten Holzgewächse, darunter 250 wirtschaftlich verwendbare Baumarten, kommen in China vor. Der Artenreichtum und die damit verbundene genetische Vielfalt der chinesischen Pflanzen- und Tierwelt ist aber auch für die Sicherung der Welternährung von eminenter Bedeutung. 15 bis 20 Prozent aller Arten sind als gefährdet einzustufen; viele davon sind an das Ökosystem Wald gebunden.

Jährlich sind etwa 500 000 Hektar unwiederbringliche natürliche Ressourcen, v. a. Primärwald und naturnah verbliebene Sekundärwälder, von Zerstörung bedroht. Dies äußert sich unter anderem in Erosion und Verlust der Bodenfruchtbarkeit bis hin zur Wüstenbildung, hoher Sedimentfracht der Flüsse, katastrophalen Flutkatastrophen sowie einer allgemeinen Verschlechterung der Umweltstabilität und -qualität. China verfolgt deshalb mit hoher Priorität das Ziel, Waldfläche und Qualität der Wälder deutlich zu erhöhen (Zielgröße: 23 Prozent Waldanteil bis zum Jahr 2020) und bis um die Mitte des 21. Jahrhunderts eine nachhaltige Waldbewirtschaftung flächendeckend umzusetzen.

Zu diesem Zweck hat China eine Reihe von nationalen Waldsektorprogrammen verabschiedet, die auch den Umsetzungsrahmen für die zahlreichen internationalen Verpflichtungen bilden, die China seit der VN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED, 1992) übernommen hat. Die Waldsektorprogramme sind allgemein mit erheblichen Finanzvolumina ausgestattet und werden als nationale Entwicklungsprioritäten vorangetrieben.

Zum Schutz des geringen Restbestandes an (primären und sekundären) Naturwäldern ist die chinesische Regierung bestrebt, Zahl und Fläche der Schutzgebiete erheblich zu erweitern. Gegenwärtig bestehen rund 800 Schutzgebiete mit einer Gesamtfläche von rund 68 Mio. Hektar. Die Ausweitung des chinesischen Schutzgebietssystems schafft z. T. erhebliche Probleme und Landnutzungskonflikte mit der lokalen Bevölkerung, deren Ressourcenzugang durch die Ausweisung von Schutzgebieten beschnitten wird.

Im zweiten wichtigen Land der Region, in der Mongolei, hat der 1989 eingeleitete Transformationsprozess tief greifende wirtschaftliche, politische und soziale Veränderungen in Gang gesetzt. Die erforderliche wirtschaftliche Entwicklung des Landes soll nun mit einer nachhaltigen Wertschöpfung aus den natürlichen Ressourcen (insbesondere Wald und Weide) verknüpft werden; der bedrohlichen Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen im ländlichen Raum ist entgegenzuwirken. Immer noch fallen jedes Jahr große Teile der mongolischen Wälder human induzierten Feuern zum Opfer. Bisher fehlt es sowohl aufseiten der ländlichen Ressourcennutzer als auch aufseiten von Staat, Zivilgesellschaft und privatem Sektor an umsetzungsfähigen Strategien, den aktuellen Strukturchwächen des Landes Rechnung zu tragen und den ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen gleichermaßen gerecht zu werden.

5.3.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele

5.3.2.1 China: Rehabilitierung und Schutz des Tropenwaldes in Hainan, Drei-Norden-Schutzwald-Programm, Schutzwaldgürtel Oberer und Mittlerer Yangtze-Fluss

Deutsche waldrelevante EZ verfolgt in China das Ziel, mit innovativen Modellvorhaben signifikant zum Schutz und Aufbau der Wälder sowie zur Nachhaltigkeit der Waldwirtschaft beizutragen. Damit sollen die landwirtschaftlichen Nutzflächen vor Erosion bewahrt und die Sedimentfracht großer Ströme gesenkt werden, um so langfristig auch die Wahrscheinlichkeit großer Flutkatastrophen zu vermindern. Die deutsche EZ kann dabei bereits beachtliche Erfolge vorweisen. Deutschland ist mittlerweile Chinas wichtigster bilateraler Partner für Waldsektorentwicklung.

Mehrere deutsche Vorhaben zum Schutzgebietsmanagement konzentrieren sich an Brennpunkten biologischer Vielfalt, z. B. in den Provinzen Yunnan, Sichuan und Hainan. Die Ausweisung und Bewirtschaftung von Schutzgebieten soll dort mit den Interessen derjenigen Menschen harmonisiert werden, deren Existenz unmittelbar oder mittelbar vom Wald, seinen Produkten, Schutzwirkungen abhängt. Partizipative Landnutzungsplanung, Beratung und Förderung von Einkommensalternativen für die lokale Bevölkerung sind ebenso Bestandteile wie Ausbildungsmaßnahmen in chinesischen Forstschulen, Öffentlichkeitsarbeit und breite Umweltbildung.

In der Provinz Hainan wird seit sechs Jahren erfolgreich, und mit hoher Akzeptanz seitens der chinesischen Partner, das Kooperationsvorhaben „Rehabilitierung und Schutz des Tropenwaldes in Hainan“ durchgeführt. Ein Schwerpunkt des Vorhabens ist die partizipative Landnutzungsplanung im Randbereich von Naturschutzgebieten. Ziel ist, die sozio-ökonomischen Nachteile zu mildern, die sich für die betroffene ländliche Bevölkerung aus dem Einschlagverbot und der Ausweitung der Schutzgebiete ergeben. Hierdurch konnte einerseits die Akzeptanz der Bevölkerung für den Waldschutz erhöht werden, andererseits wurden Landnutzungskonflikte vermindert und Landnutzungsrechte gesichert. Flankierend bemüht sich das Vorhaben, durch eine Intensivierung der Landwirtschaft der Bevölkerung höhere Einkommen auf geringerer Fläche zu ermöglichen. Inzwischen ist eine sichtbare Erholung der zuvor übernutzten Wälder zu verzeichnen.

Wo Einschlagverbote und Schutzgebietsausweisungen die Holznutzung beschränken, versucht die Provinzregierung, durch ein finanziell gut ausgestattetes Programm zur Förderung von Bambus und Rattan den Ressourcenmangel zu beheben. Deutsche EZ unterstützt die Einführung und Produktion marktgerechter Bambus- und Rattanarten durch die lokale Bevölkerung. Außerdem trägt die deutsche EZ durch projektintegrierte PPP-Maßnahmen und Trainingsmaßnahmen dazu bei, Verarbeitungskapazitäten für Bambus und Rattan zu stärken und die Wertschöpfung zu optimieren. Fünf lokale Unternehmen sind an PPP-Maßnahmen beteiligt. Weitere Unternehmen

vom Festland lassen sich bereits in Hainan nieder, um den Boom nicht zu verpassen.

Seit 1993 werden in den Provinzen Gansu, Hebei, Innere Mongolei, Liaoning, Shaanxi und Shanxi FZ-Vorhaben als Teil des „Drei-Norden-Schutzwald-Programms“ durchgeführt. Das 1978 ins Leben gerufene und auch von anderen Gebern wie z. B. der Weltbank unterstützte Programm versucht in insgesamt 13 Provinzen Boden- und Wassererosion zu stoppen und die Wüstenbildung zu bekämpfen. Durch Waldaufbau soll ein Beitrag zur Bindung von CO₂ und damit zum globalen Klimaschutz sowie zum Gewässer- und Grundwasserschutz geleistet werden. Ziele sind Schutz und Rehabilitation vorhandener Wälder sowie die Aufforstung von 35 Mio. Hektar bis 2050. Bislang wurden rund 13 Mio. Hektar Wald neu begründet oder regeneriert und so 11 Mio. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche geschützt. Auf rund 7 Mio. Hektar konnte akute Erosion unter Kontrolle gebracht werden. Die Sedimentfracht des Gelben Flusses nahm in der Folge am Unterlauf um 10 Prozent ab.

Zu den durchgeführten bzw. geförderten Maßnahmen zählen Aufforstung, Beratung bei der Anlage und Bewirtschaftung stabiler und standortgerechter Mischwälder, Förderung des privaten Sektors und der zivilgesellschaftlichen Beteiligung. Für die chinesischen Partnerbehörden ist mit der Abkehr von zentral koordinierten Massenaufforstungen ein Paradigmenwechsel und schwieriger Anpassungsprozess verbunden. Die lokale Bevölkerung muss ebenso vom Sinn der gewählten Strategie überzeugt werden, weil Holz und Gelderträge aus der nachhaltigen Waldwirtschaft erst nach längerer Zeit verfügbar sind, während Armut eine alltägliche Bedrohung darstellt und oft zur landwirtschaftlichen Nutzung von instabilen und erosionsgefährdeten Standorten zwingt. Bewirtschaftungsverträge zwischen der staatlichen Forstverwaltung und privaten Bewirtschaftern markieren einen bemerkenswerten Bewusstseinswandel und den Erfolg der geförderten Maßnahmen.

Die deutsche Bundesregierung unterstützt im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit das chinesische Aufforstungsprogramm „Schutzwaldgürtel Oberer und Mittlerer Yangtze-Fluss“. Jährlich bedrohen hier zur Zeit der Schneeschmelze im Himalaya Flutkatastrophen großflächig fruchtbares Ackerland und ziehen dramatische Sach- und Personenschäden nach sich. Die Situation wird durch den globalen Klimawandel, durch Übernutzung und Umwandlung von Wäldern am Oberlauf und im Einzugsgebiet des Yangtze sowie durch Deichbau, Landgewinnung und Besiedlung flutbedrohter Gebiete sowie der erosionsgefährdeten südchinesischen Gebirge verschärft. Aufforstung und Unterschutzstellung von jeweils ca. 30 000 Hektar Schutz- und Nutzwald sollen einen Beitrag zur nachhaltigen Verbesserung der lokalen Ökosysteme leisten und die Einkommenssituation der ärmsten Bevölkerung verbessern.

Angestrebte Wirkungen sind die Einführung einer modellhaft nachhaltigen Waldwirtschaft, die Anlage standortgerechter Mischwälder sowie die Förderung angepasster privatwirtschaftlicher Waldbewirtschaftungsmodelle.

Die Projekte setzen hierzu vielfältige Maßnahmen um. Im Rahmen der TZ- und FZ-Maßnahmen tritt in jüngster Zeit zunehmend auch direkte Politikberatung hinzu, zunächst auf Provinzebene und seit 2003 zusätzlich auf nationaler Ebene. Waldpolitikberatung verfolgt in China das Ziel, negative Nebeneffekte der nationalen Waldpolitiken und Programme zu erkennen und zu mildern. Hierzu zählen u. a. Massenerbeitslosigkeit, Landflucht, Verarmung und der Verlust traditionellen waldbezogenen Wissens durch Verbot traditioneller Wirtschaftsweisen. Politikberatung versucht deshalb, nationalen Entscheidungsträgern innovative Konzepte und Instrumente aufzuzeigen (z. B. Zertifizierung, Finanzierungsmodelle, Stärkung des privaten Sektors und der zivilgesellschaftlichen Beteiligung) als Alternative zu zentral geplanten und staatlich dominierten Programmen und Plänen.

Mit dem Konzept der nationalen Waldprogramme (nfp), an dessen Formulierung im internationalen walddpolitischen Dialog Deutschland intensiv beteiligt war, existiert ein geeigneter Referenzrahmen zur Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für die nachhaltige Waldsektorentwicklung, der von den chinesischen Partnern auch anerkannt wird.

5.3.2.2 Mongolei: Schutz und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen

Seit Oktober 2002 wird mit Unterstützung durch die deutsche EZ das Vorhaben „Schutz und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen“ in der Mongolei durchgeführt. Sein Ziel ist es, die lokale Bevölkerung so mit den zuständigen Behörden und dem privaten Sektor zusammenzuführen, dass eine handlungsfähige Partnerschaft zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in den Projektregionen entsteht. Hierbei stehen die umfassende Beteiligung nichtstaatlicher Akteure und eine nachhaltige Wertschöpfung aus der Nutzung der natürlichen Ressourcen im Vordergrund, weil nur so langfristig den Zielen des Naturschutzes und der Desertifikationsbekämpfung gedient werden kann. Zielgruppe sind deshalb die ländliche Bevölkerung und ausgewählte Privatunternehmer, die von der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen in den Projektregionen abhängen. Mittler sind Sektor- und Schutzgebietsverwaltungen und Gebietskörperschaften sowie lokale NRO.

Das Vorhaben strebt ein breites Spektrum von Ergebnissen an, darunter die modellhafte Entwicklung naturverträglicher und nachhaltiger Bewirtschaftungs- und Nutzungskonzepte, die eine dauerhaft größtmögliche Wertschöpfung für die Zielgruppe versprechen. In der Mongolei kommt der nachhaltigen Waldbewirtschaftung als Motor der sektorübergreifenden Entwicklung und als direktem Beitrag zur Armutsbekämpfung nicht zuletzt deshalb hohe Bedeutung zu, weil Industrie und Gewerbe kaum vorhanden sind, das Land aber großzügig mit Wald ausgestattet ist. Das Vorhaben fördert gezielt die Gewinnung, Verarbeitung und Vermarktung eines breiten, multifunktionalen Spektrums an Gütern und Dienstleistungen, darunter Holz, Jagdwirtschaft und Jagdtourismus. Der Waldschutz gegen Feuer und Schädlinge ist wichtige Teilaufgabe. In Zusammenarbeit mit anderen Gebern, be-

sonders der FAO, wird Feuermanagement im Vorhaben als Querschnittsaufgabe im Hinblick auf die Entwicklung eines schlüssigen Gesamtkonzeptes praktiziert.

Durch Stärkung der Kapazitäten für Kontrollaufgaben, Dienstleistungs- und Beratungsaufgaben soll erreicht werden, dass nach dem erfolgreichen Wiederaufbau einer funktionierenden Forstverwaltung Expertenwissen und Fachkompetenz wieder flächenhaft präsent sind. Eine Voraussetzung dazu sind Maßnahmen des Informations- und Wissensmanagements sowie Wirkungsbeobachtung und der Aufbau zweckmäßiger Monitoring-Systeme.

5.4 Südasien

5.4.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale

Die ursprünglich ausgedehnten Wälder des Indischen Subkontinents sind nach Jahrhunderten des Raubbaus auf großen Flächen verschwunden oder degradiert. Eine stark wachsende Bevölkerung, Missmanagement und Korruption, weit überhöhte Viehbestände und falsche Politik üben enormen Druck auf die natürlichen Ressourcen aus. Eine Ausnahme in der Region bildet Bhutan, dessen Wälder noch weitgehend intakt sind.

In Indien und Nepal machen sich in den letzten Jahren Trends bemerkbar, wonach die Waldflächen wieder zunehmen. Dies ist auf eine Öffnung der Regierungen in Richtung Dezentralisierung und partizipativer Waldbewirtschaftung zurückzuführen. Dennoch sind die Ansätze noch fragil. In Nepal stehen staatliche Forstbehörden entsprechenden Reformbestrebungen aus Furcht vor Machtverlust und ökonomischen Nachteilen skeptisch gegenüber. Daneben bedroht dort der schwelende politische Konflikt die Sicherheit der Waldnutzer. In Indien ist der Ansatz des Joint forest management umstritten. NRO sehen in ihm ein Mittel der Forstverwaltung, die lokale Bevölkerung zu billigen Arbeitskräften zu degradieren, ohne ihnen langfristige Nutzungsrechte am Wald einzuräumen.

Der Bereich „Umweltpolitik, Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen“ ist ein Schwerpunkt der bilateralen Zusammenarbeit in Indien. Mangels Bereitschaft der Forstbehörden zur konstruktiven Zusammenarbeit ist die deutsche EZ zurzeit jedoch nicht direkt im Forstsektor aktiv. Zusammengearbeitet wird in der Regel mit anderen Sektorbehörden aus Land- und Wasserwirtschaft. Der Fokus liegt auf der Sicherung und Rehabilitierung von Wassereinzugsgebieten (Watershed development). In den Vorhaben werden forstliche Komponenten eingesetzt, um die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu sichern. Auf den Hängen werden dabei i. d. R. Terrassierung und Bepflanzung gefördert, auf den Bergrücken dauerhafte Wald- bzw. Baumbestockung. Zugleich können Waldkomponenten zum Erwirtschaften von Einkommen beitragen.

In Nepal vollzieht sich die deutsche Zusammenarbeit im Waldbereich vor allem im Rahmen integrierter ländlicher Entwicklung und der Förderung kommunaler Waldwirtschaft. Ebenso wie in Indien setzt man dabei stark auf die Zusammenarbeit mit NRO und lokalen Nutzergruppen.

5.4.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele

5.4.2.1 Bhutan: Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in den Distrikten Punakha und Wangdue-Phodrang

Mit einer Waldfläche von 72 Prozent besitzt Bhutan das größte zusammenhängende Waldgebiet im Himalaya. Noch sind die Wälder weitgehend intakt, eine nachhaltige Bewirtschaftung ist jedoch noch nicht eingeleitet, und die Bevölkerung ist derzeit nicht ausreichend in die Waldbewirtschaftung eingebunden. Probleme liegen in einer Überalterung v. a. der Hochlagenwälder, die das langfristige Funktionieren der Wälder beeinträchtigt, sowie in einem starken Druck durch Beweidung. Auf einem Großteil der Flächen findet ungeplante und unkontrollierte Waldnutzung statt. Früher ging der überwiegende Teil des eingeschlagenen Holzes in den Export nach Indien, seit 1999 besteht jedoch ein Holzexportverbot. So ist auch die Nachfrage nach Holz gesunken.

Als im Jahr 2000 die Durchführungsrichtlinien für das neue Wald- und Naturschutzgesetz verabschiedet wurden, verbesserten sich die Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten im Bereich sozialer/kommunaler Waldwirtschaft. Nun kann auch Naturwald in die Planung einbezogen werden. Allerdings kommen konkrete Maßnahmen nur langsam zum Tragen, da die für die Umsetzung verantwortlichen Behörden (Forstabteilungen in den Distriktverwaltungen) noch nicht über ausreichend qualifiziertes Personal verfügen.

Das Vorhaben „Bewirtschaftung der natürlicher Ressourcen in den Distrikten Punakha und Wangdue-Phodrang“ unterstützt Bhutan in einer Kombination von Forstpolitikberatung und technischer Beratung in der Waldbewirtschaftung seit 1994 bei der Entwicklung von Strategien zur nachhaltigen Nutzung der Wälder und bei der Einführung einer sozialen Waldwirtschaft. Im Rahmen des Projektes werden außerdem die Dezentralisierungsbemühungen des Landes unterstützt.

Inzwischen hat die Regierung Ideen und Konzepte, die das Vorhaben entwickelte, in den Fünfjahresplan 2002 bis 2007 übernommen. Angesichts des relativ geringen Mitteleinsatzes für das TZ-Vorhaben bedeutet das einen hohen Wirkungsgrad. Das vom Projekt entwickelte forstliche Planungsverfahren schreibt die staatliche Forstverwaltung inzwischen landesweit vor. Auch andere Geberunterstützte Projekte haben es übernommen.

Bhutan ist seit der neuen Schwerpunktsetzung des BMZ kein Partnerland der bilateralen EZ mehr. Das Vorhaben setzt seine Maßnahmen noch bis 2005 fort und konsolidiert sie; v. a. die Dezentralisierungsbestrebungen werden intensiv gefördert.

5.4.2.2 Indien: Beratung und Unterstützung des Ministry of Agriculture im Bereich des integrierten Watershed Managements (IGBP-WSM)

Das Vorhaben will erreichen, dass Bevölkerung, staatliche Organisationen, NRO und der Privatsektor gemeinsam und effizient kleine Wassereinzugsgebiete bewirtschaften.

Das Projekt ist beim indischen Landwirtschaftsministerium angesiedelt, das Erosions- und Hochwasserschutz im Rahmen seiner Programme River Valley Projects (RVP) und Flood Prone Regions (FPR) finanziert.

Zum einen soll ein hydrologisches Messsystem entwickelt und eingesetzt werden, zum anderen sollen Ansätze, Methoden und Instrumente entwickelt werden, mit denen sich integrierte Maßnahmen des Watershed management durchführen und in einzelnen repräsentativen Einzugsgebieten unter aktiver Einbeziehung der Bevölkerung umsetzen lassen.

Die Maßnahmen werden in Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und NRO unter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet und durch die indischen Behörden genehmigt. Um die dörfliche Bevölkerung besser in die Implementierung einbinden zu können, sind der Durchführung von Erosionsschutzmaßnahmen ausgiebige Aufklärungskampagnen und Schulungen für die lokale Bevölkerung sowie die Bildung örtlicher Selbsthilfegruppen vorgeschaltet.

Das Vorhaben hat zahlreiche Aus- und Fortbildungsprogramme, Aufklärungsmaßnahmen, Trainings- und Weiterbildungskurse für Partnerfachkräfte sowie NRO-Vertreter und die lokale Bevölkerung durchgeführt. Dadurch hat es einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung und zum Aufbau qualifizierter Kapazitäten im Bereich Watershed management geleistet.

Das Projekt hat mittlerweile eine strategisch wichtige Rolle erlangt, weil das Landwirtschaftsministerium ein großes Programm für Capacity Building eingeleitet hat. Das Ministerium fragt hierfür deutsche Unterstützung in Form eines neuen Projekts nach. Das Ministerium erhält vermutlich die Federführung für alle indischen Watershed-Programme, was die Wirkungsmöglichkeiten der deutschen EZ in diesem Bereich noch einmal deutlich erhöht.

5.4.2.3 Indo-German Changar Eco-Development Projekt (IG-CEDP)

Das Vorhaben ist bestrebt, die nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen durch die Dorfbevölkerung zu ermöglichen, um auf diese Weise die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung des Changar-Gebietes im Distrikt Kangra im nordwestlichen Teil des indischen Bundesstaates Himachal Pradesh zu verbessern. Zu diesem Zweck bemüht sich das Vorhaben, staatliche Sektorbehörden und andere Organisationen einzubeziehen und ihre Kooperation zu verbessern. Das Projekt leistet so einen Beitrag zur ökologischen Stabilisierung der Region. Es trägt zum Erhalt der Waldbestände an den Südhängen des Himalaya bei und vermindert damit die Versandung eines Stausees im Unterlauf des Flusses Beas.

Die Komplexität der Probleme macht einen integrierten, intersektoralen Lösungsansatz erforderlich, der die Landnutzer/-innen in den Mittelpunkt stellt und sie befähigt, qualifizierte Entscheidungen in Bezug auf die Ressourcenbewirtschaftung zu treffen. Die Ressourcennutzer/-innen

werden befähigt, die Folgen und Wirkungen ihrer Entscheidungen sowohl in ihrer technischen, als auch in ihrer sozialen und ökonomischen Tragweite abzuschätzen. Alternative nachhaltige Bewirtschaftungsformen werden von der Zielgruppe, der armen ländlichen Bevölkerung, identifiziert, evaluiert und implementiert. Dies geschieht in Zusammenarbeit mit der Himachal Pradesh Eco-Development Society und anderen im Projektgebiet tätigen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen. Das Projekt fördert 593 Dörfer und bringt seine Erfahrungen im Mobilisieren von Akteuren und im Planen in den von der Regierung propagierten Dezentralisierungsprozess ein, der die Grundlage für ein eigenverantwortliches Handeln der Dorfbewohner/-innen ist.

In Zusammenarbeit mit anderen lokalen und internationalen Gebern (z. B. DFID) hat das Projekt federführend die Konferenz „Challenges and Options for the Sustainable Development of the Himalayas“ organisiert. Das Ergebnis der Konferenz, die so genannte Palampur Declaration für das „International Year of Mountains 2002“, wurde auf dem Global Mountain Summit im kirgisischen Bischkek präsentiert. Die Palampur Declaration trug dazu bei, dass der Staat Himachal Pradesh ein „Mountain States Forum of India“ vorgeschlagen hat. Dieses Forum soll in der Himalaja-Region eine Politik der ganzheitlichen Entwicklung anbahnen.

5.4.2.4 Nepal: Forstliche Entwicklung der Churia-Wälder

Nepals extreme geographische Verhältnisse machen seinen Wald unverzichtbar für eine intakte Umwelt: Die Hänge fallen steil ab, die meisten Flächen sind für die Landwirtschaft ungeeignet, Monsunregen und Erdbeben verursachen starke Bodenerosion. Die Waldfunktionen sind jedoch gefährdet durch einen immer größeren Bedarf an Waldprodukten seitens der wachsenden Bevölkerung, durch Ausbeutung der Wälder und einträglichen Holzschmuggel, unkontrollierte Beweidung und Landnahme für Besiedelung und Landwirtschaft. Die Übernutzung der Ressourcen beschleunigt die natürliche Degradierung; immer mehr Erdbeben und Sturzfluten vernichten den Boden und stürzen die Bevölkerung in tiefe Armut.

Seit 1992 arbeitet die deutsche EZ im Rahmen des nationalen Community-forestry-Programms im ökologisch gefährdeten Südosten von Nepal. Die Zielgruppen in Distrikten der Churia-Berge, einer dem Himalaya vorgelagerten Gebirgskette, werden befähigt, integrierte und nachhaltige Formen der Waldbewirtschaftung anzuwenden. Einkommenschaffende Maßnahmen, Agroforstwirtschaft sowie Erosionskontrolle tragen flankierend dazu bei, Arbeitsplätze zu schaffen, Erträge in der Landwirtschaft zu steigern und damit weiter steigender Armut vorzubeugen wie auch die Biodiversität zu schützen.

Gezielte Mobilisierung und Empowerment führten dazu, dass sich bisher 25 Prozent der 250 000 Haushalte in der Region in Waldnutzerguppen organisiert haben und 30 Prozent der Waldflächen (ca. 50 000 Hektar) unter effektives Management gebracht wurden. Die Waldnutzerguppen können nach wenigen Jahren gezielter Unterstüt-

zung selbstständig weiterbestehen und darüber hinaus horizontale Netzwerke und Dachorganisationen aufbauen. Die Berghänge der Churia Range, noch vor wenigen Jahren gezeichnet von gewaltiger Degradierung und Erosion, sind heute umgeben von einem Grüngürtel neuer Gemeindewaldflächen.

Diese Erfolge spiegeln eine landesweite Entwicklung wieder. Während der letzten 10 Jahre entstanden im Rahmen des Community-forestry-Programms 13 000 Waldnutzerguppen mit 1,3 Millionen Mitgliedern (33 Prozent der Bevölkerung), an die 1 Mio. Hektar Wald (20 Prozent der Gesamtwaldfläche) zur Bewirtschaftung übergeben wurden. Der nationale Dachverband FECOFUN der Waldnutzerguppen ist mit 10 000 Mitgliedern inzwischen die größte NRO des Landes mit beachtlichem Einfluss auf politische Entscheidungen.

Die wachsende politische Instabilität der letzten Jahre verhindert eine zügige Ausweitung der Konzepte. Dem Verlust demokratischer Strukturen versucht die deutsche EZ mit verstärkten Bemühungen auf politischer Ebene gemeinsam mit anderen Gebern entgegenzuwirken.

5.5 Südostasien

5.5.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale

Südostasiens Wälder bergen eine Artenvielfalt von globaler Bedeutung; noch heute werden neue Arten entdeckt. Gleichwohl sind die Wälder Südostasiens in den letzten Jahrzehnten in erschreckendem Ausmaß reduziert worden. Besonders betroffen sind die Wälder Vietnams und Kambodschas. Für Indonesien sagen seriöse Forstexperten voraus, dass dort in 10 bis 15 Jahren mit einer endgültigen Zerstörung der Ressource Wald zu rechnen sei. Besonders betroffen sind die Inseln Sumatra und Kalimantan. Auch Thailand verfügt kaum noch über Primärwald. Die in der Region vorhandenen Schutzgebiete und Biodiversitäts-Hotspots, werden mangels Finanzmitteln und geringer politischer Wertschätzung meist nicht ausreichend geschützt. Ebenso unzureichend schlägt sich bisher die Bedeutung der Wälder für den lokalen und regionalen Wasserhaushalt in entsprechenden Schutz- und Nutzungskonzepten nieder: Qualität, Quantität und zeitliche Verfügbarkeit von Wasser sind lebenswichtig für die Länder Südostasiens, teils weil sie überwiegend von Reisanbau leben, teils weil sie ihren Energiebedarf weitgehend durch Wasserkraft decken wollen. Angesichts der rapide wachsenden Bevölkerung wird die nachhaltige Verfügbarkeit von Wasser zu einem der zentralen Probleme der nächsten Zukunft, das auch vor Ländergrenzen nicht Halt macht. Im Einzugsgebiet des Mekong sind die grenzüberschreitenden Folgen einer nicht nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen bereits unübersehbar (Höchstwasserstände, Abnahme der Wasserqualität).

In Südostasien prägt der Wunsch nach größtmöglicher Ausbeute den Umgang mit dem Wald; große Flächen werden intensiv und weitgehend unkontrolliert eingeschlagen oder von ungeschulten Kleinbauern durch

Brandrodung in nur kurzzeitig nutzbare Ackerflächen umgewandelt. Zwar sind die Forstverwaltungen der Länder teilweise gut organisiert. Intern wird ihre Arbeit aber so stark durch international agierende Holzkonzessionäre beeinflusst, dass sie die Waldnutzung kaum planen oder kontrollieren können, wie es ihrer Aufgabe entspräche. Verwicklung politischer Entscheidungsträger in illegale Geschäfte von Konzessionären, intransparente Lizenzvergabe, mangelnde Ausstattung und Korruption haben großflächige Waldvernichtung und -degradation zur Folge. Eine immer größere Rolle spielen dabei Waldbrände. Waldumwandlung durch intensive Plantagenwirtschaft (Ölpalmen, Kautschuk), führt zu weiterer Waldvernichtung. Bei Wiederaufforstungen werden Naturwälder vielfach in Monokulturen aus schnell wachsenden Baumarten für die Papier- und Zellstoffindustrie umgewandelt.

Durch illegalen Holzeinschlag und -handel gehen den Volkswirtschaften der Region Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verloren, das Potenzial des Waldsektors zur Armutsbekämpfung sowie sein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung bleiben unausgeschöpft.

Es gibt jedoch auch gegenläufige Trends: Länder der Region stellen sich den Problemen und bekennen sich zunehmend zu nachhaltiger Waldwirtschaft. Vietnam weitet sein Netz von Schutzgebieten aus und verschärft Gesetze und Kontrollen gegen illegalen Einschlag, Wilderei und den Handel mit illegalen Waldprodukten. Indonesien hat ebenfalls erklärt, verstärkt gegen illegalen Holzeinschlag und Handel mit illegalem Holz vorzugehen.

Eine große Herausforderung besteht darin, die örtliche Bevölkerung in Ansätze nachhaltiger Waldbewirtschaftung einzubinden; die Länder gehen diese Aufgabe mit recht unterschiedlichen Mitteln an. Während Indonesien auf soziale Waldwirtschaft setzt, ohne dabei Landrechtsfragen berühren zu wollen, geht Vietnam mit der Übertragung von eigentumsähnlichen Nutzungsrechten an die Bevölkerung einen konsequenten Weg zur langfristigen Sicherung der Besitz- und Nutzungsverhältnisse an Wald. Auf den Philippinen und in Laos gibt es Ansätze, Naturwälder in kommunale Waldbewirtschaftung zu überführen.

Die regionale Initiative zu Forest Law Enforcement, Governance and Trade ist dabei, Maßnahmen zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und -handels zu ergreifen. Die EU und Großbritannien haben hier erste konkrete Vorhaben mit Indonesien begonnen. Malaysia gehört ebenfalls zur Gruppe der prioritären Partnerländer der EU. Parallel dazu hat Indonesien bilaterale Abkommen mit Großbritannien, China, Norwegen und Japan unterzeichnet, die sicherstellen sollen, dass nur noch Holz aus legaler Herkunft in den Handel kommt.

Die Asia Forest Partnership (AFP), durch Japan anlässlich des Weltgipfels in Johannesburg als Typ-II-Initiative ins Leben gerufen, ist konzipiert als regionales Forum der Zusammenarbeit zwischen Regierungen, NRO und dem Privatsektor. Mitglieder sind Indonesien, Kambodscha,

Malaysia und Südkorea sowie Frankreich, Finnland, Großbritannien, die Europäische Kommission und Japan, diverse NRO sowie die Forschungsorganisation CIFOR. Deutschland nimmt bisher als Beobachter teil. Die AFP befasst sich mit illegalem Holzeinschlag, Waldbrand oder der Rehabilitierung degradierter Waldflächen. Bisher sind die Aktivitäten noch wenig fokussiert und strukturiert. Die nächsten Treffen der AFP werden erweisen, ob die Initiative das Potenzial besitzt, die ihr zugeordneten Themen wirksam anzugehen.

Die Association of Southeast Asian Nations (ASEAN) bildet das Forum für eine Staatengemeinschaft, die auf Konsens und Nichteinmischung basiert. Trotz extremer Unterschiede zwischen den bisher zehn Mitgliedsländern – von agrarisch geprägten Gesellschaften wie Laos und Kambodscha über aufstrebende Volkswirtschaften wie Vietnam und Schwellenländer wie Malaysia und Thailand bis zu hoch entwickelten, wohlhabenden Ländern wie Singapur und Brunei – ist ASEAN geprägt vom Streben nach gemeinsamer Entwicklung und politischem Ausgleich.

Die ASEAN-Staaten haben wiederholt ihren Reformwillen in Richtung nachhaltiger Waldbewirtschaftung ausgedrückt und stellen die Bekämpfung der Entwaldung explizit in den Kontext von Armutsbekämpfung. Von sektorpolitischer Bedeutung ist auch das eindeutige Bekenntnis der ASEAN-Staaten zu pluralistischen Strukturen unter Einbezug aller gesellschaftlichen Kräfte (v. a. Frauen, Jugend und Landbevölkerung) sowie die Bekämpfung grenzüberschreitender Umweltprobleme. Die Erarbeitung und Einführung eines regionalen Zertifizierungssystems könnte eine der wichtigen Zukunftsaufgaben für den Sektor bei ASEAN werden. ASEAN erlangt damit für den Sektor eine wachsende Bedeutung.

Auf subregionaler Ebene haben Anrainerländer des Unteren Mekongbeckens die Probleme der fortgeschrittenen Degradierung ihrer Waldressourcen erkannt, u. a. durch die in den letzten Jahren immer häufigeren Hochwasser. Doch lassen sich die Probleme der Walddegradierung nicht durch Maßnahmen einzelner Anrainerstaaten allein beheben. Trotzdem wird das Management natürlicher Ressourcen immer noch sehr stark als nationale Angelegenheit betrachtet. So stehen die nationalen politischen Interessen und institutionellen Rahmenbedingungen der notwendigen regionalen Sichtweise entgegen. Die Mekong River Commission (MRC), 1995 nach langjährigen Bemühungen gegründet, soll diese Sichtweise herstellen. In allen Mitgliedsländern der MRC werden Ansätze zum Schutz und zur nachhaltigen Bewirtschaftung von Waldflächen diskutiert und unternommen, und mehrere Organisationen in der Region arbeiten an Teilaspekten der nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Mit ihrem 2000 formulierten integrierten „Agriculture, Irrigation and Forestry Programme“ setzt die MRC den Rahmen für ein kohärentes und breitenwirksames Erarbeiten von Strategien nachhaltiger Ressourcenbewirtschaftung und für ein koordiniertes Vorgehen bei ihrer Umsetzung, u. a. im Waldsektor (s. u.). ASEAN und MRC bereiten damit die politischen Grundlagen für ein EZ-Engagement im Sektor auch

auf regionaler Ebene, das die langjährige bilaterale Zusammenarbeit auf Ebene der Partnerländer sinnvoll ergänzt.

Im Folgenden werden regionale und Länderansätze für das deutsche Engagement im Waldsektor sowie einige Projekte beispielhaft dargestellt. Eine umfassende Liste der waldbezogenen Vorhaben findet sich im Anhang. Es bedarf jedoch auch gesamtpolitischer Anstrengungen im Kontext der Globalisierung (z. B. Kohärenz internationaler Finanzinstitutionen wie IWF, Weltbank und WTO), um einen Ausgleich zu schaffen zwischen der demographisch bedingten, rasanten Nachfragesteigerung nach Agrar- und Waldprodukten und ihrem Nachschub aus nachhaltiger Produktion.

5.5.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele

5.5.2.1 ASEAN: Regionales Waldprogramm Südostasien (ReFOP)

Für die Volkswirtschaften der meisten ASEAN-Mitgliedsländer sind deren Wälder unverzichtbar. Sie schaffen Arbeitsplätze, schützen Boden, Wasser und Klima und generieren Einkommen aus Holzeinschlag und Tourismus. Fehlende Politikkohärenz, fragmentierte Entscheidungsstrukturen, Unterbewertung der Umweltleistungen von Wäldern, Rechtsunsicherheit der Waldanrainer sowie illegale Nutzungs- und Handelspraktiken gefährden dieses Potenzial. Das Problemfeld illegaler Holzhandel zeigt, dass seine Ursachen weder sektoral noch national begrenzt sind und eine regionale, gesamtpolitische Zusammenarbeit erfordern.

Ziel des Vorhabens „Regionales Waldprogramm Südostasien“ – seine erste Phase läuft bis 2005 –, ist es, durch Verknüpfung der nationalen wie der regionalen Ebenen und relevanter Akteure aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft einen Rahmen für eine gemeinsame regionale Waldpolitik zu schaffen. Dazu sind drei Komponenten vorgesehen: internationale waldbezogene Vereinbarungen umsetzen, regelgestützte Formen regionaler Zusammenarbeit entwickeln sowie Wissens- und Informationsmanagement verbessern.

Den politischen Rahmen, um einen gesellschaftspolitischen Dialog rund um den Wald zu steuern, bildet der Strategische Waldaktionsplan der Staatengemeinschaft, den konzeptionellen Rahmen nationale Waldprogramme und Zertifizierung, und den operativen Rahmen bestehende regionale Fachgremien und Prozesse. Zum Berichtszeitpunkt war es noch nicht möglich, die Wirkungen des Vorhabens zu bewerten. Die laufende Diskussion im ASEAN-Sekretariat über die Gestaltung der Politikkomponente des Vorhabens zeigt, dass die Kluft zwischen politischem Träger (ASEAN-Mitgliedsländer) und Durchführungsorganisation (ASEAN-Sekretariat) schrittweise überwunden werden kann. Dabei könnte zukünftig die politische Identitätsfindung durch capacity development und Entwicklung einer regel- und verfahrensorientierten

Waldstrategie statt der bisherigen Fokussierung auf Themen bewirkt werden.

5.5.2.2 Mekong River Commission: Nachhaltige Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten im Unteren Mekongbecken

Vom insgesamt 6 600 Hektar großen Einzugsgebiet des Unteren Mekongbeckens mit 60 Millionen Einwohnern entfallen auf Kambodscha 27 Prozent (10 Millionen Einwohner), Laos 35 Prozent (5 Millionen), Thailand 28 Prozent (20 Millionen) und Vietnam 10 Prozent (20 Millionen). Etwa 85 Prozent der Bevölkerung leben direkt von den natürlichen Ressourcen der Region, und rund 300 Millionen Menschen beziehen von hier Grundnahrungsmittel. Ohne eine nachhaltige Bewirtschaftung der Wassereinzugsgebiete und ihrer Ressourcen setzen sich jedoch in allen vier Anrainerländern Bodenerosion, verringerte Bodenfruchtbarkeit und Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts fort. Darunter leiden Bewässerungsflächen, Wasserkraft- und Bewässerungsanlagen, Fischbestände und die einzigartige Biodiversität des Regenwaldes. Der Wettbewerb um die verbleibenden Wald- und Landwirtschaftsflächen und um Wasser nimmt mit wachsender Bevölkerung zu. Besonders betroffen sind die oberen Bereiche der Wassereinzugsgebiete in Bergregionen.

Die Mekong River Commission (MRC) ist eine internationale Organisation, in der sich die Anrainerstaaten des unteren Mekong, Kambodscha, Laos, Thailand und Vietnam zusammengeschlossen haben. Mandat der MRC ist die Förderung und Koordination der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen durch strategische Programme, Information und Politikberatung. Seit der Unterzeichnung des Agreement on Co-operation for the Sustainable Development of the Mekong River Basin 1995 sind Beschlüsse der MRC für die Mitgliedsländer verbindlich. Die MRC ist somit die einzige Organisation der Region mit einem politisch hochrangigen Mandat, Fragen, die das gesamte Untere Mekongbecken betreffen, zu bearbeiten, zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu unterstützen und potenzielle grenzüberschreitende Konflikte anzugehen.

Neben strategischen Aufgaben wie der Erstellung einer regionalen Entwicklungsplanung, der Festlegung von Regeln für die Wassernutzung und der Bearbeitung übergeordneter Umweltfragen werden vorrangig die Sektoren Landwirtschaft, Bewässerung und Waldwirtschaft sowie Fischerei, Navigation und Wassermanagement bearbeitet. Zwar hat die MRC erste Schritte für ein koordiniertes Vorgehen der Anrainerstaaten im Bereich des nachhaltigen Ressourcenmanagements beschlossen, ein gemeinsames Programm, um der Walddegradierung wirksam zu begegnen und Wege einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung einzuschlagen, lässt jedoch noch auf sich warten.

Das 2002 begonnene Vorhaben hat zum Ziel, die regionale Zusammenarbeit bezüglich Informations-, Daten- und Wissensaustausch sowie die Nutzung von ausgewählten Konzepten für die nachhaltige Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten zwischen Institutionen im Unteren Mekongbecken zu verbessern.

Als erste Schritte werden v. a. Fragen zum Ansatz des nachhaltigen Managements von Wassereinzugsgebieten, zu sozialer Waldwirtschaft, partizipativer Landnutzungsplanung sowie zu institutionellen und politischen Rahmenbedingungen erarbeitet und vergleichende Bewertungen zwischen den Anrainerländern erstellt. Nach einem Jahr waren bereits etliche nationale Arbeitsgruppen eingerichtet, die das Vorhaben begleiten werden und Themen bezüglich der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen von grenzüberschreitender Relevanz sowie Kriterien zur Identifikation kritischer Regionen festlegen sollen.

Wirkungen waren zum Berichtszeitpunkt noch nicht erfassbar. Deutlich wurde jedoch, dass neben der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit auch die Bereitschaft der staatlichen Sektorbehörden, miteinander zu kooperieren, eine Herausforderung darstellt.

5.5.2.3 Indonesien: Stärkung der Managementkapazitäten des Forstministeriums

Nach Brasilien verfügt Indonesien mit fast 10 Prozent über den drittgrößten Anteil aller verbliebenen tropischen Wälder der Erde. Eine enorme Artenvielfalt (allein 1 600 Vogelarten) und ein erhebliches wirtschaftliches Potenzial zeichnen Indonesiens Wälder aus. Doch sie werden bisher weder nachhaltig bewirtschaftet noch wirkungsvoll geschützt: Jährlich gehen über 1 Mio. Hektar Wald verloren – durch Übernutzung, Umwandlung in agroindustrielle Plantagen oder Siedlungsland sowie durch Waldbrände. Überkapazitäten der Holzverarbeitenden Industrie und die Verwicklung von staatlichen Stellen, Justiz- und Sicherheitskräften in den Raubbau am Wald leisten dem illegalen Holzeinschlag Vorschub. Auf nationaler wie auch auf Provinz- und Distriktebene fehlt es an verständlichen und umsetzbaren Konzepten und Strategien für den Schutz und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder.

Die Folgen: Verlust der Artenvielfalt und der ökologischen Ausgleichsfunktionen, volkswirtschaftliche Verluste in Milliardenhöhe und erhöhte Folgekosten für Waldrehabilitierung. Bevölkerungsgruppen, für die der Wald Lebensraum und Einkommensgrundlage ist, sind existenziell bedroht. Das Potenzial des Waldes für Armutsbekämpfung und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit Wirkung auf breite Bevölkerungsschichten geht verloren.

Gegenmaßnahmen wurden sowohl auf transnationaler Ebene als auch ansatzweise im Land selbst ergriffen: Indonesiens produktive Mitarbeit im Rahmen der FLEGT-Initiative (s. o.) führte zu bilateralen Vereinbarungen und Aktionsplänen sowie internen Vereinbarungen zur Bekämpfung von illegalem Holzeinschlag und -handel. In beiderseitigem Einvernehmen wurde ein Importverbot von Rund- und Schnittholz von Indonesien nach Malaysia erlassen. Nach Angaben von NRO sind all diese Abkommen ohne durchschlagende Wirkung, da nach wie vor grenzüberschreitender Rohholzhandel stattfindet. Die Regierung hat Moratorien für Naturwaldumwandlung und Neuvorgabe von Konzessionen verhängt; mit der jüngsten

Freigabe eines Teils der Waldnaturschutzgebiete für den Abbau von Bodenschätzen bleiben auch diese Regelungen weitgehend wirkungslos.

Die deutsche EZ, die seit den 70er-Jahren mit Projekten der walddpolitischen Beratung, Universitätsausbildung, nachhaltigen Waldbewirtschaftung, sozialen Waldwirtschaft und des integrierten Feuermanagements in Indonesien vertreten war, zog sich 2001 größtenteils aus dem Waldsektor zurück. Ausschlaggebend hierfür waren die mangelnde Strafverfolgung von Umweldelikten, die Bedrohung von Umweltaktivisten und Journalisten, eine Verletzung der Rechte indigener Waldanrainer und anderer Teile der Bevölkerung, mangelnde Zusammenarbeit mit den Ordnungskräften und die Involvierung der Sicherheitskräfte in der Waldnutzung.

Im Bewusstsein der dramatischen Situation leitete das Forstministerium 2001 anhand eines Prioritätenprogramms einen umfassenden Reformprozess im eigenen Haus sowie im Waldsektor allgemein ein. Dieser Prozess, der ein großes Maß an intersektoraler und institutionenübergreifender Zusammenarbeit erfordert, soll bis 2005 durch das Vorhaben „Stärkung der Managementkapazität des Forstministeriums“ unterstützt werden. Die Bundesregierung will damit dazu beitragen, dass die Reformagenda der indonesischen Regierung und der erklärte Paradigmenwechsel hin zu einer klaren, langfristigen und auf breiten Konsens angelegten Waldpolitik mit Aussicht auf Erfolg umgesetzt werden kann.

Das Reformprogramm krankt jedoch bis heute an mangelnder Akzeptanz und Eigenidentifikation bei den Akteuren der verschiedenen Ebenen, und es hat – aus unterschiedlichen Ursachen – in letzter Zeit an Dynamik verloren: Das Ministerium orientiert seine Prioritäten stark an kurzfristigen Notwendigkeiten, und steht mit seinem Ressourcenschutzprogramm anderen Interessen der Regierung konträr entgegen. Hinzu kommen ungelöste Interessenkonflikte und Kompetenzstreitigkeiten in der Umsetzung des Reformprogramms. Schleppender Erlass von Ausführungsbestimmungen und Streitigkeiten bezüglich der Zuständigkeit in der Waldbewirtschaftung lähmen bis heute den Reformprozess und den dazu nötigen institutionellen Dialog.

Unterdessen sind alte Kräfte wiedererstarkt (Sicherheitskräfte, Industrie, Oligarchien), während sich das Ministerium aus dem Gespräch mit den wichtigsten Interessensgruppen (kritische Umwelt-NROs und Industrie) sowie der Weiterverfolgung der Reformen zurückgezogen hat und sich auf bilaterale Abstimmung mit anderen Ministerien sowie technische und bürokratische Aktionen verlegt.

Unter den genannten Voraussetzungen fällt es schwer, die walddpolitische EZ mit Indonesien im Rahmen des laufenden Beratungsvorhabens fortzusetzen. Es sollte nach Wegen gesucht werden, wie in den kommenden Jahren durch eine konzertierte Unterstützung gemeinsam mit anderen Gebern zu einer wirkungsvolleren sektorübergreifenden transparenten Zusammenarbeit gefunden werden kann.

Die indonesische Regierung wird dafür selbst die Voraussetzungen schaffen können, indem sie nach den Wahlen 2004 die entsprechenden Prioritäten setzt und konkret verfolgt.

5.5.2.4 Kambodscha: Unterstützung des Wiederaufbaus der Forstverwaltung

In Kambodscha bedeckt Wald noch mehr als die Hälfte der Landfläche. Allerdings gibt es keine verlässlichen Daten zur Waldbedeckung. In den letzten 30 Jahren musste der Wald aufgrund von Umverteilungen der Bevölkerung durch die Khmer Rouge, durch einen starken Ausbau der Landwirtschaft und aufgrund hohen Bevölkerungswachstums immer mehr weichen. Man nimmt an, dass seit Mitte der 90er-Jahre die Entwaldungsrate sogar noch zugenommen hat, wobei diesmal der Export von Tropenholz, schätzungsweise 90 Prozent davon illegal geschlagen, der Grund für diese Zunahme ist. Hauptimporteure kambodschanischen Holzes sind Vietnam, Thailand und China. Circa 40 Prozent der Waldfläche, und damit der größte Teil der kambodschanischen Waldressourcen, steht unter der Kontrolle von 19 Holzkonzessionen, in denen häufig innerhalb von weniger als fünf Jahren sämtliche wertvollen Hölzer geschlagen werden und Kahlschlagflächen hinterlassen, auf denen sich Wald nur äußerst schwer wieder regenerieren kann.

Dabei hängt die sozio-ökonomische Entwicklung des ehemaligen Bürgerkriegslandes stark von seinen Waldressourcen ab. Die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Waldwirtschaft gelten international jedoch als sehr schwierig. Seit Beginn des Transformationsprozesses 1991 kennzeichnen typische Erscheinungsmuster des gesellschaftlichen Umbruchs auch die forstpolitische Allgemeinsituation. Mangelnde Rechtsstaatlichkeit, ungerechte Landverteilung, ungenügende Beteiligung der Zivilgesellschaft an forstpolitischen Entscheidungsprozessen und große Gewinnmargen in der Holzausbeutung haben ein Investorenprofil begünstigt, das nur auf schnellen Profit ausgerichtet ist.

Dieses vordem politisch fest verankerte System wandelt sich seit Beginn des neuen Jahrtausends. Ein Holzschlagsverbot, die durch öffentlichen Druck erzielte Auslegung aller Konzessionsbewirtschaftungspläne, Geberkonditionalitäten, aber auch eine kritisch-konstruktive technische Beratung unter Mitwirkung der deutschen EZ haben dazu geführt, dass immer mehr rein exploitative Forstkonzessionen geschlossen werden. Es steht zu erwarten, dass 2004 ein weiterer Anteil an Waldflächen aus den nicht nachhaltig bewirtschafteten Konzessionen herausfällt. Inwieweit diese Flächen künftig gemäß armuts- und entwicklungsorientierten Kriterien geschützt, forstlich bewirtschaftet oder auch kontrolliert in andere produktivere Landnutzungsformen umgewandelt werden, wird zurzeit gesellschaftlich ausgehandelt.

Das Projekt „Unterstützung des Wiederaufbaus der Forstverwaltung“ spielte dabei eine herausragende Rolle. Der Aushandlungsprozess als wesentliches Element der waldpolitischen Entwicklung stand im Mittelpunkt seiner Ak-

tivitäten. Dabei stützte sich das Projekt nicht nur auf Partnerberatung, sondern bezog auch andere Beteiligte (Geber, NRO, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft) in Entscheidungen über die weitere Entwicklung des Waldsektors ein. Das Vorhaben verantwortete die Einführung und Umsetzung eines nfp, das inzwischen den akzeptierten programmatischen Rahmen für die Entwicklung des Waldsektors in Kambodscha bildet. Als erster Schritt zu dessen Implementierung wurde eine Walderklärung ratifiziert, die mithilfe des Projekts erarbeitet worden war.

Einige Elemente und Grundprinzipien eines nfp sind bereits umgesetzt, und die Forstverwaltung rief eine nationale Arbeitsgruppe ins Leben, die das nfp auf der Basis des Waldsektorberichts ausformulieren soll. Doch vieles davon bleibt Absichtserklärung auf dem Papier und wird voraussichtlich nicht umgesetzt werden.

Trotz vereinzelter positiver Meldungen aus dem Waldsektor Kambodschas, ist die Situation insgesamt bedenklich, insbesondere da die Entwaldung unvermindert weitergeht. Der politische Wille der Regierung zu Reformen ist schwach ausgeprägt; in der Regel werden sie nur auf Druck der Geber hin eingeleitet, Korruption und Desinformation prägen das Bild des kambodschanischen Waldsektors. Da das von Deutschland unterstützte Forstvorhaben sein Ziel erreicht hat, die Qualifizierung kambodschanischen Fachpersonals zu erhöhen, wurde das Vorhaben kürzlich beendet. Einem darüber hinausgehenden Engagement Deutschlands im Waldsektor stehen die schlechten Rahmenbedingungen in Kambodscha entgegen.

5.5.2.5 Philippinen: Kommunale Waldbewirtschaftung Quirino

Mit einer Bevölkerung von 80 Millionen und über 2,3 Prozent Bevölkerungswachstum ist auf den Philippinen der Druck auf die natürlichen Ressourcen besonders hoch. Zwar sind mehr als 50 Prozent der Landesfläche als Waldland klassifiziert, die eigentliche Waldbedeckung macht aber nur noch 18 Prozent aus. Die Philippinen gelten als Biodiversitäts-Hotspot. Einige wichtige Gebiete sind durch Ausweisung von Nationalparks unter Schutz gestellt, doch noch immer gehen große Flächen samt ihrer Artenvielfalt verloren. Der Waldverlust ist mit jährlich 89 000 Hektar (1,4 Prozent) erschreckend hoch. Durch verstärkte Aufforstung sucht man dem Problem zu begegnen.

Die schrittweise Abkehr von einer reinen Ausbeutung der Wälder hin zu ihrer nachhaltigen Bewirtschaftung spiegelt sich darin, dass heute nur noch neun große Holzexploitationsabkommen existieren. Sie laufen 2011 aus oder werden durch Joint venture agreements ersetzt. Das philippinische Nationale Waldprogramm setzt dabei Maßstäbe in sektorübergreifender Politik, Planung und Umsetzung unter Beteiligung aller wichtigen Interessengruppen. Dialog, Partizipation und Teilhabe zwischen zentralen Regierungs- und lokalen Provinzinstitutionen, NRO, dörflichen Organisationen und Akteuren sollen in

Zukunft eine nachhaltige Waldbewirtschaftung gewährleisten.

Schwerpunkt der Forstpolitik ist dörfliche Waldbewirtschaftung; sie wird im Rahmen des nationalen Waldprogramms gefördert. Heute gibt es fast 5 000 Projekte (Gesamtfläche: 5,7 Mio. Hektar). 77 Prozent sind durch langfristige Pachtverträge abgesichert. Eine halbe Million Haushalte profitiert von diesem nationalen Schwerpunktprogramm.

Die deutsche EZ im Waldsektor unterstützt die Schwerpunkte Soziale Waldwirtschaft (Community-based forest management) und Bildung von Partnerschaften zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung. Das Querschnittsthema Gute Regierungsführung wird in allen Vorhaben bearbeitet. Auch das Neuvorhaben „Beratung des Ministeriums für Umwelt und natürliche Ressourcen (DENR)“ setzt besonders an diesem Thema an. Das deutsche EZ-Vorhaben „Kommunale Waldbewirtschaftung Quirino“ (Nordost-Luzon) besteht aus den Komponenten walddpolitische Beratung, integrierte kommunale Waldwirtschaft, und nachhaltige Waldbewirtschaftungsplanung. Es will eine nachhaltige dörfliche Waldbewirtschaftung v. a. über die Institutionalisierung einer sektorübergreifenden Zusammenarbeit aller wichtigen Akteure verwirklichen.

In einem Multi-Stakeholder-Memorandum of Agreement, das auch ein Koordinations- und Steuerungsgremium der Provinz beinhaltet, wurden die Rollen und Selbstverpflichtung der jeweiligen staatlichen, kommunalen/dörflichen und NRO-Akteure geklärt. Der Ansatz fand als ein viel versprechendes und praktikables Modell zur ganzheitlichen Umsetzung pluralistischer Strukturen breite Anerkennung. Unter dem Begriff Waldgovernance soll dies den Waldnutzern, den privaten sowie staatlichen Stellen außerhalb der Forstverwaltung, Mitspracherechte und Verpflichtungen bei Schutz und Nutzung von natürlichen Ressourcen auf staatlichem Waldland eröffnen. Über ein gemeinsames Memorandum von Forstbehörde, Innenministerium und lokalen Regierungen wurde eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit eingeleitet.

Im nördlichen Teil von Mindanao wird der pluralistische und Multi-Stakeholder-Ansatz seit zwei Jahren komplementär zu den Aktivitäten der TZ in Dialog- und Trainingsmaßnahmen von InWEnt umgesetzt. Durch mehrere Dialogveranstaltungen konnte vor allem Misstrauen, das überwiegend auf Unkenntnis der Funktionen und Vorstellungen des jeweils anderen begründet war, abgebaut werden. Durch Vermittlung von technisch-waldwirtschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten wurde Entscheidungs-, Planungs- und Managementkompetenz von Fachkräften gefördert. Eine Nachbetreuung des Projekts ist gesichert. Dadurch können die politikrelevanten Erkenntnisse optimal in die Politikberatung und den Erfahrungsaustausch mit anderen Vorhaben einbezogen werden und zur institutionellen Stabilisierung des auslaufenden Vorhabens beitragen. Im Rahmen des Vorhabens wurde u. a. ein Debt-for-nature swap erfolgreich abgeschlossen:

Debt-for-nature swap (DfN), Philippinen

Auf Basis des Umschuldungsabkommens vom 30. Juli 1992 wurden am 31. Oktober 1996 die Besonderen Vereinbarungen zwischen der KfW und der philippinischen Regierung unterzeichnet, die die Einzelheiten der Schuldenumwandlung regeln. Demzufolge verzichtet die Bundesregierung auf FZ-Darlehensforderungen in Höhe von rund 6,53 Mio. Euro, wenn die philippinische Regierung 30 Prozent dieses Betrages bis zum 31. Januar 2002 für Maßnahmen kommunaler Waldbewirtschaftung in Anlehnung an das laufende FZ/TZ-Vorhaben „Kommunale Waldbewirtschaftung Quirino“ (CFPQ) einsetzt.

Die DfN-Aktivitäten wurden neben dem bestehenden FZ/TZ-Kooperationsvorhaben in weiteren zehn Kommunen der Provinz Quirino durchgeführt. Sie konzentrierten sich auf forstliche und agroförstliche Bestandsbegründungsmaßnahmen und kleinere kommunale Infrastruktureinrichtungen zur Unterstützung der forstwirtschaftlichen Aktivitäten. Die philippinische Regierung hat inzwischen ihre Verpflichtungen aus der Schuldenumwandlung erfüllt; der Schuldenerlass wurde nach Zustimmung des BMZ im Februar 2002 vollzogen.

5.5.2.6 Vietnam: Aufforstung, Einkommenssicherung und Erhalt der Biodiversität

Noch Mitte des 20. Jahrhunderts war Vietnam ein waldreiches Land. Heute sind viele Provinzen nur noch zu 20 Prozent und weniger bewaldet: Jahrzehntelange kriegerische Auseinandersetzungen haben ihre Spuren auch in der Natur hinterlassen. Aber auch der Raubbau an den Naturwäldern zur Beschaffung von Brenn- und Bauholz sowie unangepasste Bewirtschaftungsmethoden trugen zur Zerstörung der Waldressourcen bei – besonders stark in den hügeligen Regionen im Norden des Landes und in weiten Teilen Zentralvietnams.

Um den Zerstörungsprozess aufzuhalten, hat die Regierung ein breit angelegtes Förderprogramm entworfen, mit dem die Wiederbewaldung erosionsgefährdeter Gebiete und somit der Schutz land- und forstwirtschaftlicher Ressourcen gefördert werden soll. Dabei wird interessierten Kleinbauern ausgewiesenes Forstland überlassen. Die Bauern verpflichten sich im Gegenzug zu Schutz und Rehabilitation des Waldes.

Das auf zwölf Jahre ausgelegte nationale Fünf-Millionen-Hektar-Aufforstungsprogramm wird seit 2001 von der internationalen Gebergemeinschaft im Rahmen des Forest Sector Support Programms (FSSP) unterstützt. Mehr als 20 Geber und NRO haben sich dabei mit der Regierung in einem Partnerschaftsansatz zu einem Sektorprogramm (SWAP) zusammengefunden, um die Verwirklichung des nationalen Waldprogramms zu unterstützen und durch Koordination die Wirksamkeit nationaler und internationaler Beiträge zur Entwicklung des Forstsektors zu steigern. Das Fünf-Millionen-Hektar-Aufforstungsprogramm und das FSSP werden dabei als Beitrag zur Umsetzung der nationalen Strategie zur Armutsbekämpfung gesehen.

Das FSSP-Programm zielt auf einen wirksameren Umweltschutz, verbesserte Lebensbedingungen der vom Wald abhängigen Bevölkerung sowie auf einen höheren gesamtwirtschaftlichen Beitrag des Forstsektors. Es ist in neun Aktionsfelder gegliedert, deren Förderung komplexer unter den Gebern aufgeteilt ist. Die Steuerung und Koordinierung der nationalen und geberfinanzierten Beiträge erfolgt über die FSSP Partnership Group und über ein technisches Komitee.

Deutschland unterstützt Vietnam dabei, beim Weiterentwickeln und Umsetzen seiner nationalen Strategien und Programme ökologische Aspekte zu berücksichtigen. Übergeordnetes Ziel ist die Reduzierung der Armut durch Sicherung und nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen. Der Erhalt der Artenvielfalt in Vietnams Naturwäldern ist ein weiterer Schwerpunkt der Zusammenarbeit.

Neben der derzeitigen Leitung der FSSP Partnership Group ist die deutsche EZ in mehreren strategisch wichtigen Aktionsfeldern engagiert. Dabei kommen alle Instrumente der bilateralen EZ in enger Abstimmung zum Einsatz. Konkrete Vorhaben im TZ-Bereich umfassen Forstpolitikberatung und Reform der Forstverwaltung, Förderung der sozialen Waldwirtschaft, Naturschutz und Pufferzonenmanagement. Seit 1995 werden mehrere überaus erfolgreiche Aufforstungsvorhaben unterstützt, die mit partizipativen Methoden und innovativen Finanzierungs- und Kontrollmechanismen Anreize für Wiederbewaldung und nachhaltige Waldbewirtschaftung setzen. Der DED ist in Vorhaben des Naturschutzes und des Pufferzonenmanagements eingebunden.

Die deutsche EZ im Waldsektor hat einen ausgezeichneten Ruf. Die Partner schätzen die komparativen Vorteile des deutschen Engagements, das sich durch Langfristigkeit sowie Prozess- und Qualitätsorientierung auszeichnet und alle Ebenen von der Feldarbeit bis zur Politikberatung umfasst.

Konkrete Beiträge zur Armutsbekämpfung und ländlichen Entwicklung leistet die deutsche forstliche EZ auf verschiedenen Ebenen. Durch die Aufforstungsvorhaben wurden bisher mehrere zehntausend Hektar erosionsgefährdeter Kahlfelder wiederbewaldet. Für Vietnam neu ist die mit den deutsch-vietnamesischen Forstprojekten entwickelte Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in die Planung der Aufforstungen. Durch die Kombination von partizipativen Planungsmethoden, Rechtssicherheit durch Landnutzungszertifikate, technisch soliden Lösungen, der finanziellen Unterstützung der beteiligten Haushalte in Form von Sparbüchern und einem System von Beratung und striktem M&E sind ökologische, aber auch ökonomische Fortschritte gelungen. In einigen Aufforstungsgebieten hat sich der Grundwasserhaushalt bereits stabilisiert. Statt einer Reisernte können die Bauern dort nun zweimal ernten. Viele verdienen sich ein Zubrot durch den Verkauf von Pflanzen aus ihren Baumschulen, sie investieren das Geld aus den Sparbüchern in produktive Maßnahmen wie Obstbau und Tierzucht, und schließlich fließend durch die Sparbucheinlagen bei den Banken dringend benötigte

Kreditmittel für Investitionen in ländliche Räume. Die Qualitätsstandards der durch die deutsche EZ finanzierten Aufforstungen werden zunehmend auch für das nationale Aufforstungsprogramm angewendet.

Das TZ-Vorhaben Schwarzer Fluss hat mit partizipativen Methoden der dörflichen Entwicklungsplanung Maßstäbe gesetzt, die gleichermaßen von nationalen Stellen und von Projekten anderer Geber übernommen werden. Es beteiligt sich mit seiner langjährigen praktischen Erfahrung im Rahmen der nationalen Community Forestry Working Group an der Politikdiskussion zum Thema. Wesentliche Fortschritte in der Politik zu dörflicher Waldbewirtschaftung und zur Teilhabe der Bevölkerung an dem Nutzen aus dem Wald sind mit auf das Engagement des Vorhabens zurückzuführen.

Das Forstpolitikvorhaben Reform der Forstverwaltung (REFAS) war wesentlich an der Entwicklung des FSSP und der Partnerschaft beteiligt. Es genießt großes Vertrauen bei den Partnern und den anderen Gebern. Neben verschiedenen Reformvorhaben zur Reorganisation der Forstverwaltung und der Staatsforstbetriebe wurde durch REFAS auch die Erarbeitung von dezentralen Forstentwicklungsstrategien auf Distrikt- und Provinzebene auf den Weg gebracht, die zur Umsetzung des nationalen Waldprogramms beitragen.

5.6 Ozeanien

5.6.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale

Die pazifischen Inselstaaten (Pacific Island Countries, PICs) – Regionalbezeichnung: Ozeanien gehören zu den „Kleinen Inselstaaten“ (Small Island Developing States, SIDS). Dieser Begriff lässt überregionale Gemeinsamkeiten vermuten; doch die Small Island Developing States, wie sie sich über die ganze Erde verteilt finden, gleichen einander oft nur in ihrer exponierten geografischen Randlage und der relativ kleinen Landfläche. Sie unterscheiden sich:

- in ihrer naturräumlichen Ausstattung: Neben kleinsten Atollstaaten mit 690 km² Landfläche (Föderierte Staaten von Mikronesien) stehen Inseln, die immerhin die Größe des deutschen Bundeslandes Hessen haben (Solomonen mit über 28 000 km² oder Fidschi mit 18 000 km²);
- in den Einwohnerzahlen: Von nur wenigen Tausend in Niue bis über 800 000 in Fidschi, auch die Bevölkerungsdichten schwanken von 8 Einwohner/km² (Niue) bis 166 Einwohner/km² (Mikronesien);
- in ihren kulturellen und sozialen Systemen: Auch innerhalb der drei großen Kulturräume Mikronesien, Melanesien, Polynesien gibt es unterschiedliche Subsysteme. Entsprechend variieren die Landrechte und die Nutzung der natürlichen Ressourcen. Hinzu kommen eine unterschiedliche koloniale Vergangenheit und heutige unterschiedliche Abhängigkeiten von Festlandstaaten;

- in ihren volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen: Die Bruttosozialprodukte reichen von rund 800 US-Dollar (Solomonen) bis zu 2 500 US-Dollar (Fidschi).

Die pazifischen Inselstaaten haben allerdings eine Reihe von ungünstigen Rahmenbedingungen gemeinsam:

- Ihr natürlicher Waldbestand ist durch Naturkatastrophen (Erdbeben, Tsunamis, Vulkanausbrüche, Taifune) bedroht. Die im Vergleich zu anderen melanesischen Ländern geringe Waldbedeckung Vanuatus etwa wird durch destruktive Taifune erklärt (Wiederkehrshäufigkeit unter fünf Jahre). Die Atollinseln sind klimatisch bedingten Meeresspiegelschwankungen direkt ausgesetzt.
- Große naturräumliche und sozio-ökonomische Empfindlichkeit: Der Inselcharakter begrenzt die Ausstattung an natürlichen Ressourcen und an Humankapital; der Trend zu einseitigen Produktionssystemen wird dadurch verstärkt. Traditionelle Präventivmaßnahmen gehen zunehmend verloren.
- Die Entfernung sowohl von den Weltmärkten als auch untereinander, häufig sogar zwischen den Inseln ein und desselben Staates, erschwert und verteuert die Vermarktung von Produkten. Die logistischen Probleme sind immens. Der eigene Binnenmarkt ist durch die relativ geringe Bevölkerungszahl begrenzt.

Die Region ist, mit Ausnahme von Tonga, erstaunlich dicht bewaldet. Wald macht zwischen 35 Prozent und 96 Prozent der Landesfläche aus (FAO, 2000). Selbst die Atolle Mikronesiens sind noch zu 22 Prozent bewaldet. In Kombination mit den in der Regel nicht sehr hohen Bevölkerungsdichten ergeben sich somit recht hohe Waldpro-Kopf-Flächen von 0,1 in Mikronesien, d. h. ähnlich wie in Deutschland, bis zu 5,9 Hektar pro Einwohner in den Solomonen.

Wälder und Waldwirtschaft erfüllen extrem wichtige Funktionen als regelmäßige Einkommensquelle und Devisenlieferant (Fidschi, Solomonen, Papua-Neuguinea, Vanuatu), aber auch durch ihre Bedeutung für den Tourismus. Wichtig sind die Wälder auch für die Fischereiwirtschaft, entweder direkt, als Brutstätte für wirtschaftlich wichtige Fischarten (Mangrovenwald) oder indirekt, indem Wald die Korallenriffe, die als Brutstätten dienen, vor Versandung schützt.

Ozeanien besitzt einen weltweit einmalig hohen Anteil endemischer Arten. Deshalb ist der pazifische Wald als Heimstatt vieler oft nur auf einer einzigen Insel vorkommender Tier- oder Pflanzenarten für den Schutz der Biodiversität auch global bedeutsam. Er schützt außerdem die Bevölkerung und ihre Landnutzungssysteme vor Naturkatastrophen (Verminderung des Oberflächenabflusses, Reduzierung der Windgeschwindigkeit etc.). Da sich Wald praktisch ausschließlich im kommunalen Eigentum von Familienclans befindet, hat er als solcher eine wichtige kultur- und identitätsstiftende Funktion.

Die typischen Herausforderungen der pazifischen Inselstaaten sind:

- Durch hohes Bevölkerungswachstum nehmen die Umwandlung von Wald in landwirtschaftlich genutzte Flächen, der Brandrodungsfeldbau, aber auch der Bau- und Brennholzbedarf stark zu. In den Trockenzonen wurden so aus ehemaligen Wäldern z. T. irreversibel degradierte Grasländer und Savannen (z. B. in Fidschi).
- Zerstörung von Mangroven durch unkoordinierte Siedlungen vor allem im Umfeld der Hauptstädte; dadurch verstärken sich die Schäden durch Tsunamis und Taifune.
- Eine aggressive Politik der Umwandlung von Naturwald in Plantagen mit meist nicht einheimischen Baumarten wie Kiefern (v. a. in Fidschi).
- Eine Waldbewirtschaftung durch Konzessionäre, die auf maximale kurzfristige Gewinne ausgerichtet ist, verschärft die schwierigen Lebensbedingungen der v. a. von der Subsistenzlandwirtschaft lebenden ländlichen Bevölkerung und trägt zu sozialen Konflikten und politischer Instabilität bei.
- Landbesitzkonflikte behindern eine nachhaltige Bewirtschaftung, sowohl bei der Naturwald- und Plantagenwirtschaft als auch bei der Festlegung von Schutzgebieten.
- Degradierung von Waldflächen (z. B. Ausbreitung von Kletterpflanzen) durch überhöhten Holzeinschlag, das Nichteinhalten von Umweltstandards und den geringen Ausbildungsstand der Waldarbeiter.
- Die v. a. in Vanuatu übliche Praxis, nur einige wirtschaftlich besonders wertvolle Baumarten auf steilen Hängen oder anderweitig schwer zugänglichen Waldflächen einzuschlagen, diese dafür aber besonders intensiv, droht diese Baumarten lokal auszurotten.
- Die traditionellen Märkte für Holz aus den pazifischen Inselstaaten liegen vor allem in Asien; diese gehören aber bislang nicht zu den „grünen“ Märkten, und fordern auch kaum die Einhaltung von gewissen Umweltstandards. Das Wissen um die Marktchancen für umwelt- und sozialfreundlich produziertes, zertifiziertes Holz ist im Pazifik bislang kaum vorhanden.
- Das Potenzial und die Vermarktungskanäle für Nichtholzprodukte, u. a. auch für Ökotourismus, sind nicht ausreichend ausgeschöpft.
- Waldflächenverluste durch eine aggressive Politik der Umwandlung von Naturwald in Plantagen (v. a. Fidschi) mit *Pinus caribea*, Mahagoni und Teak.

5.6.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele

5.6.2.1 Regionalvorhaben Waldwirtschaft in pazifischen Inselstaaten

Seit 1994 unterstützt die Bundesregierung das Regionalvorhaben Waldwirtschaft in pazifischen Inselstaaten (Pacific German Regional Forestry Project, PGRFP). In

Fidschi, Vanuatu, Samoa, den Cook Inseln und Niue führt die Bundesregierung das Projekt gemeinsam mit dem regionalen Träger Secretariat of the Pacific Community (SPC) und den Nationalen Forst- und Landnutzungsbehörden durch. Mitte 2003 kamen Maßnahmen in den Föderierten Staaten von Mikronesien, Tonga, den Solomonen und Papua Neuguinea hinzu. Der regionale Kooperationsansatz verbessert Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der deutschen EZ im Pazifik, indem Ressourcen gebündelt, die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Organisationen und Gebern koordiniert und unterschiedliche nationale Ziele harmonisiert werden. Außerdem will man im internationalen umwelt- und walddpolitischen Dialog gemeinsam Position beziehen.

Ziel des Projektes ist es, nachhaltige Landnutzungssysteme (Naturwaldbewirtschaftung, Landmanagement), die der jeweiligen Ländersituation angepasst sind, in nationalen und regionalen Strategien und Regelwerken zu verankern. Den Ressourcennutzern (Waldbesitzer, Konzessionäre und Bauern) sollen sie vermittelt und von diesen aus eigener Überzeugung angewendet werden. Die internationale Positionierung der Region im Kontext Schutz und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen wird gefördert.

Das Modell für nachhaltige Naturwaldbewirtschaftung, das das Projekt entwickelte, hat sich bislang v. a. in Fidschi bezahlt gemacht und die Anerkennung der internationalen Gebergemeinschaft im Pazifik gewonnen. Andere Geber wie die australische AusAid in Vanuatu haben die entwickelten Konzepte übernommen. Eines der Modellgebiete auf der Hauptinsel Fidschis, dessen Konzepte auf das Vorhaben zurückgehen, steht inzwischen auf der internationalen Bestenliste der FAO für vorbildliche Waldbewirtschaftung in Asien-Pazifik. Möglich wurde dieser Erfolg – abgesehen von einem innovativen waldbaulichen Konzept – durch eine dezidierte Beteiligung der einheimischen Bevölkerung an der Entscheidungsfindung und an der Durchführung der waldschaffenden, -erhaltenden und -verbessernden Maßnahmen. Jetzt sollen auch die Weiterverarbeitung des nachhaltig geernteten Holzes und die anschließende Vermarktung gefördert werden, um die Armut noch wirksamer in den Griff zu bekommen. Das Projekt unterstützt außerdem die Bildung von Land- und Waldbesitzervereinigungen in der Region, um sie gegenüber den oft ausländischen Holzkonzessionären zu stärken und sie zum Aufbau eigener kleiner gemeinschaftlicher Waldbewirtschaftungs- und Holzverarbeitungsunternehmen zu ermutigen.

Das Projekt fördert Zertifizierungsinitiativen für nachhaltige Waldwirtschaft und nachhaltig erzeugte Waldprodukte in Papua Neuguinea (PNG), den Solomonen, Vanuatu und Fidschi, indem es regionale runde Tische organisatorisch und finanziell unterstützt. Ein vergleichsweise neuer, aber schon recht erfolgreicher Arbeitsschwerpunkt des Regionalvorhabens ist es, die Anpassung nationaler Politiken und Regelwerke zu begleiten. Ein vom Projekt angeregter und geförderter runder Tisch zur nachhaltigen Waldwirtschaft und Landnut-

zung hat sich zu einem nationalen Forum für alle wichtigen Akteure der Regierung und der Zivilgesellschaft in Fidschi entwickelt. Zuletzt erhielt das Vorhaben das Mandat, die Neufassung des Nationalen Waldpolitik-Dokuments von 1950 einschließlich dazu notwendiger nationaler Foren vorzubereiten. Dann soll das Forstgesetz überarbeitet, und ein Nationaler Waldsektorplan erstellt werden.

In Vanuatu sind eine neue Waldpolitik und ein neues Waldgesetz bereits verabschiedet; ein Nationaler Waldsektorplan soll folgen. In Niue hat das Parlament ein mit Unterstützung des Projekts entwickeltes Nationales Waldpolitik-Dokument sowie Nationale Richtlinien zur Waldnutzung und Holzernte verabschiedet. In Fidschi steht außerdem ein gemeinsam mit dem Landwirtschaftsministerium entwickeltes Nationales Politikpapier zur Landnutzung kurz vor der Verabschiedung. Von diesen Erfahrungen soll auch die Weiterentwicklung der Nationalen Landnutzungs-Politik in Tonga profitieren.

Für die nachhaltige Entwicklung der Landressourcen sind vor allem die dörflichen Eigentumsgemeinschaften verantwortlich. In einem der Modellgebiete des Regionalvorhabens wurde mit ihnen eine partizipative Landnutzungsplanung durchgeführt. Mithilfe verschiedener Medien wird ein Bewusstsein bei den Zielgruppen aber auch der breiten Öffentlichkeit für Umweltthemen geschaffen (Fernsehen, Kino-Spots, Radio, Umwelt- und Baum-Wochen, Broschüren, Umwelthandbuch für Schullehrer, Bilderbuch für Kinder, etc.). Für Landbesitzer und Beratungsdienste der Land- und Forstwirtschaftsbehörden im Pazifik wurde ein Handbuch zur Agroforstwirtschaft herausgegeben.

Die vielfältigen Erfahrungen des Vorhabens gehen kontinuierlich in die Regionalen Strategien des Secretariat of the Pacific Community ein. Das Vorhaben initiierte und fördert die regelmäßigen Treffen der Leiter der Forst- und künftig Landwirtschaftsbehörden der 22 SPC-Mitgliedsländer. Es dient als Forum, um Konsens zu finden und regionale Strategien im internationalen Zusammenhang gemeinsam zu bewerten und anzupassen.

5.7 Ost- und Südosteuropa

5.7.1 Regionale Herausforderungen und Potenziale

Die Entwicklung des Waldsektors in der Region ist seit der politischen Systemwende um 1990 geprägt von tiefen politischen, legal-administrativen, institutionellen und sozio-ökonomischen Veränderungen. Dazu lassen sich die folgenden Prozesse rechnen:

- Überkommene Zentralverwaltungswirtschaften werden ersetzt durch moderne marktwirtschaftliche Systeme.
- Der Staat zieht sich zurück aus der direkten wirtschaftlichen Betätigung sowie aus der Ordnung und Verteilung von Eigentum (je nach Land in unterschiedlichem Maß und in unterschiedlicher Form).

- Eine rechtsstaatliche Ordnung wird wiederhergestellt, die Opfer des Sozialismus werden entschädigt, und – je nach Land in unterschiedlicher Ausprägung – (Wald-)Grundbesitz wird an Alteigentümer oder anspruchsberechtigte Erben rückübertragen. Alternativ wird Grundbesitz durch Veräußerung privatisiert.
- Es werden nach und nach prozedurale und administrativ-institutionelle Strukturen geschaffen und gestärkt, um die hoheitliche Eingriffsverwaltung in eine Dienstleistungsverwaltung umzuwandeln.
- Die Zivilgesellschaft wird entwickelt und gestärkt.
- Lebensstile und gesellschaftliche Mobilität vervielfältigen sich.

Diese kursorische Aufzählung gesellschaftlicher Wandlungsprozesse lässt die Komplexität des Strukturwandels erahnen. Davon betroffen ist auch der Waldsektor der als „Transformationsländer“ bezeichneten Länder Ost-/Südosteuropas.

Räumliche Nähe, schrittweise vollzogene bzw. angestrebte politische Integration in die europäischen Strukturen und die Wiederbelebung von Handelsbeziehungen mit den west-, süd- und mitteleuropäischen Nachbarstaaten beeinflussen die Waldnutzung und Holzwirtschaft vieler Transformationsländer – z. B. in Form einer spürbaren Exportbelebung für Rohholz, Holz-Halb- und -fertigwaren. Transformationsländer – insbesondere im nördlichen Osteuropa und im Baltikum – haben sich inzwischen als Holzexporteure in Konkurrenz zu skandinavischen Holzexportländern etablieren können. Verstärkte Exporte sind allerdings auch für andere Waldprodukte zu beobachten, so z. B. für Harze, ätherische Öle, Medizinalpflanzen und Kräuter, die einen beträchtlichen Anteil zu den Ausfuhren z. B. Albaniens beitragen. Mitunter können die Nutzwerte von Nichtholzprodukten den Wert der Holzproduktion deutlich übersteigen, wie am Beispiel des Jagdtourismus und der nachhaltigen Trophäenjagd in mehreren Ländern der Region deutlich wird (Ungarn, Slowakei, Bulgarien u. a.), sowie – in bestimmten Gebieten – auch für das allgemeine Tourismusgewerbe (z. B. hohe und mittlere Tatra). Für den ländlichen Raum ergeben sich hieraus nicht zu unterschätzende Einkommens-, Beschäftigungs- und infrastrukturelle Entwicklungspotenziale. Wo nachhaltige Wildbewirtschaftung im Rahmen von Jagd- und anderen ökotouristischen Modellen erfolgt, erwachsen v. a. in unzugänglichen und ökologisch sensiblen Regionen (z. B. Gebirgslagen) naturverträgliche Alternativen zu einer herkömmlich-kommerziellen Waldexploitation.

Gewinnung, Aufbereitung und Handel von Waldprodukten (Holz und Nichtholzprodukte) haben seit der Wende auch auf den nationalen, regionalen und lokalen Märkten an Bedeutung gewonnen und tragen im ländlichen Raum zu Beschäftigung und Einkommen bei. Das ist vor allem dort zu beobachten, wo nichtstaatliches Waldeigentum in wieder eingerichtete bäuerlich-familiäre Strukturen integriert ist.

Ein sektorübergreifendes Charakteristikum der Region ist das Bestreben zahlreicher Partnerländer zur politischen und wirtschaftlichen Integration in die Europäische Union und/oder zum Beitritt in die atlantische Sicherheitsstruktur der NATO. Der „Aquis Communautaire“ der Europäischen Union zeigt, wie umfassend die Veränderungen sind, die sich aus dem angestrebten Beitritt zur EU für viele Länder der Region besonders im Agrarsektor ergeben.

Wenngleich die Länder Ost-/Südosteuropas ein breites Spektrum von Waldökosystemen beherbergen – vom borealen Nadelwald, über gemäßigte Laub-Mischwälder bis hin zu mediterranen (Trocken-)Hartlaubwäldern – ist z. B. die biologische Vielfalt naturgemäß deutlich geringer als beispielsweise in Regionen mit tropischen Primärwäldern. Andererseits beheimaten die z. T. ausgedehnten, naturnahen Waldgebiete Ost-/Südosteuropas (z. B. in der Tatra, im Karpatenbogen und im Balkangebirge) als Lebens- und Rückzugsraum zahlreiche in den Ländern Mittel- und Westeuropas akut bedrohte bzw. längst verschwundene Arten, die gesamteuropäisch im Brennpunkt der Bemühungen des Arten- und Habitatschutzes stehen (z. B. Wolf, Luchs, Braunbär, Wisent, Elch, diverse Rauhfußhühner und Greifvögel).

Ein weiterer bedeutsamer Unterschied zur überwiegenden Mehrzahl der (tropischen) Partnerländer der deutschen EZ liegt darin, dass die Waldfläche in Ost-/Südosteuropa zunimmt. Dieser Trend dürfte sich mit dem erheblich beschleunigten landwirtschaftlichen Strukturwandel noch verstärken, den die europäische Integration vieler Länder mit sich bringt.

Den vergleichsweise hohen naturräumlich-standörtlichen und waldbaulichen Potenzialen stehen in der Region gewichtige Risiken und Herausforderungen für nachhaltige Waldwirtschaft und eine nachhaltige Waldsektorentwicklung gegenüber. Dazu zählen u. a.

- Kapazitätsengpässe und Schwächen bei Forstbehörden, Natur- und Umweltschutzverwaltungen und Landwirtschaftsbehörden. Unter anderem muss die Rolle von Verwaltungen innerhalb des Waldsektors sowie gegenüber den neuen/alten nichtstaatlichen Grund-(Wald-)Eigentümern und zivilgesellschaftlichen Akteuren ganz neu geklärt werden.
- Mangelnde Kapazitäten für das Registrieren, Klären und Entscheiden von Ansprüchen auf Waldeigentum und für die katastermäßige Erfassung und grundbuchliche Registrierung von Waldeigentum sowie unzulängliche Bewertungsverfahren zur Wert- bzw. Schadensermittlung führen dazu, dass die Waldrestitution bzw. Privatisierung nur schleppend vorankommt.
- Mangelhafte/veraltete Informationsgrundlagen.
- Gebietsweise beträchtlicher illegaler Holzeinschlag und illegaler Handel mit Holz und anderen Waldprodukten.

- Sozio-ökonomische Entfremdung vieler Alteigentümer/Anspruchsberechtigter von Waldeigentum und Waldbewirtschaftung, Fehlen von Kenntnissen und Fertigkeiten (und damit verbunden hoher Beratungs- und Betreuungsbedarf), fehlendes Investitionskapital. Dies bringt strukturelle Nachteile für kleinteilig fragmentierten nichtstaatlichen Waldbesitz mit sich, v. a. wenn keine Verbindung zu einem landwirtschaftlichen Betriebsteil in einem Mischbetrieb besteht.
- Unzureichende Walderschließung und Marktferne, tief greifender Strukturwandel in der Holzwirtschaft der Region.
- Landnutzungs- und Raumordnungskonflikte, denen nicht selten Nutzungsänderungen, Bebauungen oder Schutzgebietsausweisungen aus kommunistischer Zeit zugrunde liegen, teilweise verschärft durch
- mangelnde Organisation nichtstaatlicher walddpolitischer Akteure und deren relative Schwäche bei der Vertretung ihrer Interessen in der forstpolitischen Arena.
- Biotische und abiotische Waldschäden, teils infolge von Pflegerückständen, standortsfremder Bestockung oder aufgrund von Schadstofflagerung und Altlasten.
- Unausgeglichenes Vorrats- und Altersklassenverhältnis vieler Waldbestände, hoher Pflegeaufwand, beträchtliche ökologische und ökonomische Risiken (Schadinsekten, überhöhte Wildbestände, Sturm, Schnee etc.) infolge von Übernutzungen in kommunistischer Zeit, einförmiger Anlage von Reinbeständen, etc.

Anders als beispielsweise in Ländern des tropischen Afrikas spielen dagegen Phänomene wie armutsbedingte Waldzerstörung und Entwaldung, direkte Abhängigkeit der ländlichen Bevölkerung von Waldprodukten und Holzenergie zur Existenzsicherung, in Ost-/Südosteuropa keine Rolle. Die MOE-Länder blicken zudem allgemein auf eine lange, konsolidierte Entwicklung einer geregelten Forstwirtschaft auf wissenschaftlicher Grundlage zurück.

Die deutsche EZ interveniert in der Region in vielfältiger Weise. Typische Maßnahmen sind u. a.:

- Unterstützung von Forstorganisationsreformen (Wandel von hoheitlicher Eingriffsverwaltung zur Dienstleistungsverwaltung, Entflechtung von hoheitlicher und fiskalischer Funktion);
- Beratung bei der Wiederherstellung nichtstaatlichen Waldeigentums;
- Begleitung bei der Entwicklung privatwirtschaftlicher Strukturen der Forst- und Holzwirtschaft;
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Förderung breiter Partizipation in Fragen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung und Nutzung, des Waldschutzes

und Waldnaturschutzes (einschließlich Schutzgebietsausweisung und Management);

- Stärkung von Planungskapazitäten für eine integrierte Raumordnung/Landnutzungsplanung.

Die Belastungen für die Gemeinsame Agrar-Markttordnung der Europäischen Union, die sich aus dem Beitritt von Ländern mit starker landwirtschaftlicher Erzeugung (z. B. Polen) ergeben, haben dazu geführt, dass in den entsprechenden Beitrittsverhandlungen Produktionsabbau und Flächenstilllegungen vereinbart wurden. Dies lässt sich dauerhaft und nachprüfbar durch Erstaufforstung erreichen. Dort, wo landwirtschaftlicher Strukturwandel und Flächenstilllegungen zur Neuanlage von strukturell benachteiligtem, pflegeintensivem und kleinparzelliertem Nichtstaatswald führen (z. B. in Lettland), reagiert die deutsche EZ mit Unterstützungsmaßnahmen.

5.7.2 Partnerländer und fachliche Schwerpunkte, Umsetzungsbeispiele

5.7.2.1 Bulgarien: Unterstützung der Waldrestitution und Wirtschaftsberatung

Das 2001 begonnene GTZ-Vorhaben in Bulgarien will zum Demokratisierungsprozess in Bulgarien beitragen, indem es die Etablierung von subsidiären, pluralistischen Strukturen im Waldbesitz unterstützt. Dazu ist ein erstes Ziel, dass die nichtstaatlichen Waldbesitzer ihre Wälder naturnah und nachhaltig bewirtschaften.

Die Einzelmaßnahmen reichen dabei von Politikberatung (zur Unterstützung der eingeleiteten Rechtsreform und eines bulgarischen nfp-Prozesses), über partizipative, zielgruppenbezogene Ansätze (Unterstützung bei der Selbstorganisation und forstpolitischen Vertretung nichtstaatlicher Waldeigentümer), bis hin zur Stärkung von Managementkapazitäten (durch Beratung und Betreuung nichtstaatlicher Waldeigentümer, Unterstützung der Waldbewirtschaftungsplanung, Fortbildung von Forstpersonal, Aufbau eines Marktinformationssystems u. Ä.).

5.7.2.2 Albanien: Förderung der Restrukturierung der Landwirtschaftlichen Universität Tirana

In Albanien, in den Bereichen Wassermanagement, Energie und Wirtschaftsreform/KMU ein Schwerpunktland der deutschen EZ, hatte sich die deutsche EZ bis 2002 die Schwerpunkte Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft sowie Bildung, Ausbildung und Wissenschaft gesetzt. Mit dem Vorhaben reagierte die deutsche EZ seit 1993 auf schwerwiegend desolate Studien- und Forschungsbedingungen an der albanischen Hochschule. Der Verlust an Wissensbeständen und das Fehlen qualifizierten Fachpersonals hat nachhaltig negative Folgen auf die Entwicklung des ländlichen Raumes – gerade in einer Phase der tief greifenden Neustrukturierung der land- und forstwirtschaftlichen Produktion.

Über eine rein personelle oder curriculare Stärkung der Lehr- und Forschungstätigkeit hinaus setzte das deutsche Vorhaben auch an der Verbesserung der Rahmenbedingungen an. Zur Erreichung des Projektziels „Absolventen und wissenschaftliche Forschung an der LUT entsprechen den Anforderungen einer modernen albanischen Landwirtschaft“ befasste sich das Projekt mit a) Institutionalisierung der Hochschule, b) Curricula-Entwicklung, c) Fortbildung und Vorbereitung und d) Ausstattung der LUT. Als wichtiges Ergebnis bleibt festzuhalten, dass durch Maßnahmen des Projekts die albanische Partnerhochschule durch bi- und multilaterale Vernetzung in internationale Strukturen der Wissenschaftskooperation und des land-/forstwirtschaftlichen Versuchswesens eingebunden werden konnte. Wichtige Beiträge erbrachte das deutsche Vorhaben auch im Bereich der Geberkoordination, u. a. mit dem europäischen EU-TEMPUS-Programm und USAID.

Auf nationaler Ebene profitiert der land-/forstwirtschaftliche Sektor Albanien von dem Vorhaben durch Synergieeffekte, weit über das akademische Wissensmanagement und die Qualifizierung nationaler Experten hinaus. So konnte die Vernetzung der Hochschule mit Akteuren der öffentlichen Verwaltung (Agrarverwaltung, Forstdirektion, Tiergesundheitswesen), der albanischen Industrie- und Handelskammer, zivilgesellschaftlichen Organisationen und auch internationalen Organisationen institutionalisiert werden.

5.7.2.3 Bosnien-Herzegowina: Konzeption einer nationalen Waldressourceninventur

Im Schwerpunktland Bosnien-Herzegowina ist die deutsche EZ in den Bereichen Demokratie/Zivilgesellschaft, Infrastruktur (Wasser/Abwasser) und Wirtschaftsreform/KMU tätig. Im Waldsektor lief bis 2003 das Vorhaben „Konzeption einer nationalen Waldressourceninventur“. Es hatte zum Ziel, methodische Grundlagen für eine einheitliche, gesamtstaatliche Waldinventur in den weitgehend autonomen bosnisch-kroatischen und serbischen Teilstaaten zu schaffen.

Um eine möglichst moderne und angepasste Inventurmethode zu entwickeln, die auf einem effektiven und effizienten Stichprobenverfahren beruhte, wurde zunächst der Inventurzustand der Nachbarländer Bosnien-Herzegowinas, die früher zum einheitlichen Wirtschaftsraum Jugoslawiens gehörten, samt deren angewandter Methodik analysiert.

Das Inventurkonzept, das schließlich aus dem deutschen EZ-Projekt hervorging, wurde mithilfe von Handbüchern allgemein zugänglich gemacht und den bosnischen Landwirtschaftsministerien sowie der Weltbank zur Implementierung vorgeschlagen. Es sah u. a. vor, in den Planungsgrundlagen auch Querschnittsthemen wie dem Klimaschutz Rechnung zu tragen, z. B. indem in der Waldbewirtschaftung ein künftiger Handel mit CO₂-Zertifikaten einkalkuliert würde.

Trotz einer dezidierten Aufforderung, lokale Fachleute einzubeziehen, fand das Konzept jedoch bei den bosnischen Partnern weniger Rückhalt als erwartet. Auf gesellschaftlicher Ebene haben die gesamtstaatlich angelegten Maßnahmen dazu beigetragen, die fachlichen Beziehungen und die Zusammenarbeit zwischen Volksgruppen zu normalisieren, die einander noch immer misstrauisch gegenüberstehen.

6. Ausblick und Handlungsoptionen

Trotz internationaler Anstrengungen auf vielen Ebenen, zu denen Deutschland einen wesentlichen Beitrag geleistet hat, ist es bisher nur in Ansätzen gelungen, die (Tropen-)Waldzerstörung zu bremsen. Viele Erfolge wurden durch Bevölkerungswachstum und den damit steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln, Boden und Süßwasser wieder ausgeglichen. Naturkatastrophen nehmen zu, ebenso wie Kriege und Krisen. In vielen Tropenländern ist Holz immer noch einer der wichtigsten Devisenbringer. Entscheidungen, wie Wald bewirtschaftet wird, werden in vielen Ländern stärker durch die Rahmenbedingungen außerhalb des Sektors als durch die Sektorpolitik selbst beeinflusst – häufig nicht im Sinne transparenter, „guter Regierungsführung“.

Mit der Vielzahl der internationalen und regionalen Abstimmungs- und Vereinbarungsprozesse im Waldbereich ergeben sich neue Chancen für den Wald, aber auch neue Herausforderungen für alle Beteiligten. Die deutsche EZ steht damit auch vor der Aufgabe, die Akteure in den Partnerländern bei Informationsaustausch und nationaler Positionierung zu solchen internationalen Prozessen zu unterstützen, um die aktive Mitgestaltung und nationale Umsetzung des internationalen Waldregelwerks zu erleichtern.

Die Zusammenarbeit im Waldbereich kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn sie nicht durch inkohärente externe handelspolitische und außenwirtschaftliche Maßnahmen beeinträchtigt wird. Diese sind seitens der EZ nur bedingt beeinflussbar. Soweit sie jedoch im Einflussbereich der Bundespolitik stehen, wird das BMZ zur Gewährleistung von Politikkohärenz auf Zielkonflikte mit der Politik anderer Ressorts oder auf Ebene der EU, internationaler Gremien und Foren hinweisen. Im Rahmen entsprechender Konsultationen mit den zuständigen Institutionen wird das BMZ nachdrücklich auf Verbesserungen hinwirken.

6.1 Zusammenfassung der Erfahrungen und Ableitung von Handlungsempfehlungen

Maßnahmen zur Erhaltung und nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern haben einen hohen Stellenwert im Rahmen der deutschen EZ. Zum Berichtszeitpunkt 2003 fördert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung etwa 170 Waldvorhaben in über 50 Ländern. Darüber hinaus unterstützt es länderübergreifend regionale Programme, Forst- und Forschungsinstitutionen. Weitere wichtige Bereiche sind die

Förderung konzeptioneller Beiträge zum internationalen Walddialog und deren nationale Umsetzung.

Die Erfahrungen in der bilateralen Zusammenarbeit haben in den letzten Jahren zu konzeptionellen Neuausrichtungen geführt, die wie folgt zusammengefasst werden können:

- Die Unterstützung der Formulierung und Umsetzung nationaler Waldprogramme ist umso erfolgreicher je ernsthafter die Regierung des Partnerlandes ihre Verpflichtungen zur Umsetzung der vereinbarten Aktionsfelder des Nationalen Waldprogrammprozesses wahrnimmt, je gezielter die Strategien formuliert werden und wenn eine langfristige Zusage zur Unterstützung vonseiten der Gebergemeinschaft vorliegt. Bei enger Begleitung und mit weit reichender Unterstützung der fachlichen Kapazitäten durch die Administration sind Ansätze erfolgversprechend, die – entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip – die Entscheidungs- und Durchführungsverantwortung von zentralstaatlichen auf dezentrale Organisationen und Institutionen übertragen und auf eine starke Beteiligung von NRO, Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft sowie eine Stärkung der Position der ländlichen Bevölkerung und ihrer Institutionen hinarbeiten. Es hat sich bewährt, die konkrete Unterstützung auf der lokalen Ebene jeweils in enger Verknüpfung mit Politikberatungsvorhaben auf der nationalen und regionalen Ebene umzusetzen, um die häufig notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen voranzutreiben.
- Viele Gründe für die Zerstörung des Waldes liegen außerhalb des Sektors. Erfolg versprechende Arbeitsansätze müssen daher in multisektorielle Programme und Strategien integriert werden.
- Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Interessen im Waldbereich kann das Konfliktrisiko bei Waldvorhaben und damit der Bedarf an Konfliktlösung und Mediation phasenweise sehr hoch sein. Gleichzeitig sind gerade hier bereits wichtige Lernerfahrungen gewonnen worden, die für Reformprozesse in anderen gesellschaftlichen Bereichen interessant und hilfreich sind. Maßnahmen des Waldschutzes sind langfristig dann erfolgreich, wenn sie die existentiellen Interessen der Bevölkerung einbeziehen. In vielen Fällen bietet sich eine Verknüpfung ökologischer Schutzziele mit einer multifunktionalen, nachhaltigen Nutzung an. Die Ausweisung von Waldschutzgebieten, die für die Erhaltung biologischer Vielfalt besondere Bedeutung haben, ist dabei in ein Gesamtkonzept zur Landnutzung und ländlichen Entwicklung einzubinden. Vorhaben nachhaltiger Waldentwicklung müssen langfristig ausgerichtet sein und sind für den Privatsektor nur dann attraktiv, wenn ausreichende Rechts- und Investitionssicherheit gegeben ist, die eine langfristig selbsttragende Finanzierung und eine regional- und wirtschaftspolitische Konkurrenzfähigkeit zu anderen Landnutzungsformen erlaubt.

– Rechts- und Investitionssicherheit reichen aber bei weitem nicht aus, um die umfangreichen Rehabilitierungsmaßnahmen, die in den Wäldern vieler Entwicklungsländer notwendig sind, ehe sie ökonomisch nachhaltig bewirtschaftet werden können, zu bewerkstelligen. In solchen Fällen sind oft Zuschüsse, insbesondere als „Anschubfinanzierung“ nötig.

- Auch für Vorhaben mit starker Armutsorientierung oder bei global bedeutsamen Waldökosystemen kann eine Zuschussfinanzierung gewährt werden. Zukünftig sollen aber neben FZ-Zuschüssen solche Finanzierungslösungen berücksichtigt werden, die eine verstärkte Eigenbeteiligung der Kooperationsländer (z. B. durch Umstellung der bisher häufigen Zuschussfinanzierung auf FZ-Darlehensfinanzierung) und Beteiligungsmöglichkeiten für den Privatsektor umfassen.

6.2 Herausforderungen in den Partnerländern

In vielen Ländern wurde der Nutzen nachhaltiger Waldbewirtschaftung erkannt. Da diese aber sehr stark durch Rahmenbedingungen außerhalb des Sektors beeinflusst wird, gehen die Umsteuerungsprozesse nur sehr langsam vonstatten. Hier gilt es, die Partnerinstitutionen darin zu unterstützen, die Belange des Waldes auch in anderen Ressorts zu vertreten, Minimalstandards festzusetzen und sie in übersektorale Entwicklungsprogramme einzubringen.

Die vielschichtigen Aufgaben beim Waldschutz sind nicht isoliert zu bewältigen. Dies kostet angesichts der komplexen internationalen Regelwerke Zeit, Geld und Personal und bindet so erhebliche Mittel. Synergien zu schaffen ist ein notwendiger, aber auch langwieriger Weg in der Entwicklungszusammenarbeit – es bedarf Anstrengungen sowohl auf der fachlichen als auch auf der administrativen Seite. Fachlich geht es um die Verankerung als Querschnittsverantwortung, d. h. die Integration von sektorrelevanten Anliegen in breitere Politikbereiche und die Bündelung von verschiedenen Kräften zur Erreichung eines Zieles. Dieser Gedanke der Vernetzung von Ressourcen ist noch intensiver in die Politikgestaltung der Partnerländer hineinzutragen. Wenn etwa die Vorgaben zu den Armutsminderungsstrategien in betroffenen Ländern keine Aussagen zur Waldbewirtschaftung machen, werden erhebliche Chancen vertan, und administrativ laufen Planungsprozesse zu Armutsbekämpfung und zu nationalen Waldprogrammne isoliert nebeneinander her.

Viele Probleme reichen über die nationale politische Kraft hinaus. Zu diesem Zweck haben immer mehr Staatengruppen und Regionen begonnen, regionale Initiativen ins Leben zu rufen und Strategien zur nachhaltigen Waldwirtschaft zu entwickeln. Diese regionalen Strukturen und ihre Programme sind neue wichtige Partner innerhalb der deutschen Tropenwaldzusammenarbeit. Sie gilt es in ihren Selbstverpflichtungsprozessen zu unterstützen und gemeinsam mit anderen Gebern als Katalysator und Plattform für die Umsetzung sektorrelevanter und

übersektoraler Ziele zu nutzen. Die Kongobecken-Waldpartnerschaft und die regionalen Initiativen zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags in Zentralafrika und Südostasien sind gute Beispiele dafür.

6.3 Herausforderungen in der internationalen walddrelevanten Politik

Das International Arrangement on Forests (UNFF, CPF und UNFF-Sekretariat) soll in seiner jetzigen Form zunächst fünf Jahre (2000 bis 2005) arbeiten und dann auf seine Effektivität hin überprüft werden. Auf Grundlage dieser Überprüfung sollen dann weitere Schritte eingeleitet werden, einschließlich Prüfung von Optionen für rechtlich bindende Vereinbarungen für alle Wälder dieser Erde.

Ohne einer abschließenden Bewertung des Prozesses vorzuzugreifen, bleibt festzustellen, dass die im Rahmen des VN-Mandats geschaffene Möglichkeit eines unverbindlichen Erfahrungsaustauschs innerhalb des VN-Waldforums zwar genutzt wird, jedoch nicht zu der erhofften Verstärkung der Umsetzung der bisherigen VN-Beschlüsse und zu einer spürbaren Verbesserung der globalen Situation der Wälder geführt hat. Stattdessen haben in Erwartung möglicher Verhandlungen zu einem rechtsverbindlichen Rahmenwerk nach 2005 vor allem die Entwicklungsländer das Zustandekommen jeglicher weiterführender und die Umsetzung befördernder Beschlüsse verhindert.

Demgegenüber steht eine Fülle von Länderinitiativen. Sie unterstreicht den Wunsch vieler UNFF-Mitgliedsländer, wegen der geringen inhaltlichen Fortschritte bei UNFF den UNFF-Prozess auf andere Weise zu beleben. Die Bundesregierung hat auf der 4. Sitzung des UNFF gemeinsam mit den Niederlanden und Finnland ihre Erfahrungen zur Umsetzung der nationalen Waldprogramme in über 20 Partnerländern wie auch in Deutschland selbst vorgestellt. Mit dieser Veranstaltung war beabsichtigt, auf ein Kernelement des Umsetzungsprozesses aufmerksam zu machen und die UNFF-Mitglieder zu verstärkten Aktivitäten mit diesem Instrument zu animieren.

Die zukünftige Herausforderung des internationalen Walddialogs besteht nun darin, eine Einigung darüber herbeizuführen, mit welchen Instrumenten und Prozessen die Prinzipien nachhaltiger Waldwirtschaft stärker und wirkungsvoller als bisher umgesetzt werden können. Die Staatengemeinschaft muss entscheiden, ob sie dazu ein eigenes rechtsverbindliches Regelwerk für den Wald verabschieden möchte, oder ob die bereits bestehenden Regelwerke und Instrumente ausreichen, um günstigere Rahmenbedingungen und den nötigen politischen Willen für nachhaltige Waldwirtschaft zu schaffen.

Die EZ hat dabei im Verbund mit der internationalen Waldpolitik insbesondere darauf zu achten und Instrumente zu schaffen, dass die Partnerländer mit der institutionellen Komplexität und der damit verbundenen Fragmentierung des internationalen Waldregelwerks nicht überfordert werden.

Eng an die Verhandlungen über ein eigenes rechtsverbindliches Regelwerk wären die Fragen der Finanzierung von nachhaltiger Waldwirtschaft insbesondere in den Entwicklungsländern gekoppelt. Forderungen der Entwicklungsländer nach mehr ODA-Mitteln und der Einrichtung eines globalen Waldfonds stehen nach wie vor die Forderung der Geberländer nach Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen für einen zielgerichteten, transparenten und effizienten Einsatz der verfügbaren öffentlichen Mittel und ggf. die Mobilisierung von zusätzlichem privaten Kapital gegenüber. Es ist nicht auszuschließen, dass zusätzliche verbesserte, nachhaltige Finanzierungsmechanismen entwickelt werden müssen, um die gewünschten Erfolge bei der weltweiten Walderhaltung zu erreichen.

Unabhängig vom Ausgang der Verhandlungen im VN-Waldforum gilt es, die Anliegen des Waldes zukünftig stärker in andere Sektorpolitiken hineinzutragen. Dabei muss vor allem der Zusammenhang von nachhaltiger Waldbewirtschaftung und Armutsbekämpfung noch sichtbarer herausgestellt und in der internationalen entwicklungspolitischen Praxis verankert werden. Umweltschutz und nachhaltige Ressourcennutzung sind ein zentrales Handlungsfeld im deutschen Aktionsprogramm 2015 zur weltweiten Halbierung der extremen Armut, dessen Umsetzung derzeit ansteht. Konkrete Ansatzpunkte für eine verbesserte Integration von Aspekten des Naturserschutzes bieten z. B. eine obligatorische Abstimmungen mit den Umweltkomponenten der nationalen Poverty Reduction Strategies (PRS).

Es ist ebenfalls eine Herausforderung, den Beitrag des Waldes zur Sicherung von Einkommen, Deckung des Bedarfs an medizinischen Produkten, Nahrung etc. ökonomisch zu bewerten. Feldprojekte liefern die Daten dazu. Auf der Grundlage der entsprechenden Bewertungsverfahren können dann konkrete „Zahlen“ im Politikdialog verwendet werden, die informierte Entscheidungen ermöglichen. Hierzu sind Partnerschaften mit wissenschaftlichen Institutionen notwendig.

6.4 Herausforderungen durch Globalisierung und internationalen Handel

Internationaler, regionaler und nationaler Handel mit Holz und anderen Waldprodukten beeinflusst entscheidend Art und Intensität der Waldbewirtschaftung. Aufgrund der Komplexität der handelsrechtlichen Abkommen (z. B. der Welthandelsorganisation, WTO) liegt hier eine wichtige Beratungsaufgabe der EZ. Fallstudien und unabhängige Expertise können genutzt werden, um die Auswirkungen internationaler Handelsvorschriften abzuschätzen und entsprechend zu gestalten. Die Komplexität der Problematik illegalen Holzeinschlags und des Handels mit illegal eingeschlagenem Holz erfordert mehrschichtige Lösungsansätze auf dezentraler, nationaler sowie internationaler Ebene, die von Produzenten, Herkunft- und Abnehmerländern gemeinsam getragen werden müssen.

Aufgrund der Globalisierung gewinnen eine länderübergreifende Beratung und die Unterstützung der Kooperationsländer bei der Mitgestaltung globaler Strukturpolitik, z. B. der Beteiligung an Konferenzen der internationalen Umweltübereinkommen, immer mehr Bedeutung.

Globaler Informationsaustausch und gemeinsames Gestalten internationaler Rahmenbedingungen führen auch dazu, dass Entwicklungsländer die Waldpolitiken der Industrieländer kritisch betrachten und eine kohärente Politik einfordern. Transparenz und vorbildliches Handeln sind deshalb gleichermaßen gefordert, z. B. Verwirklichung von Umwelt- und Sozialstandards, Beschaffungspolitik bei Holzprodukten.

6.5 Optionen für eine wirksame Positionierung deutscher waldbezogener EZ

In engem Zusammenhang sowohl mit der Bekämpfung der Armut als auch mit der Prävention von gewaltsamen Konflikten steht die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen. Schon heute begrenzen knapper werdende natürliche Ressourcen die Entwicklungschancen vieler Menschen. Konflikte um knappe Umweltgüter, wie sauberes Trinkwasser, werden in zunehmendem Maß unmittelbar den Alltag von Menschen in den betroffenen Ländern kennzeichnen und mittelbar auch die Sicherheit unserer Zukunft beeinträchtigen.

Die grenzüberschreitende Wirkung vieler Umweltzerstörungen hat früher noch als in anderen Bereichen die Notwendigkeit von internationalen Lösungsansätzen, globalem Dialog und Global-Governance-Ansätzen vor Augen geführt – Entwicklungspolitik ist heute auch Schutz der Umwelt in der „Einen Welt“. Eine noch stärkere Verzahnung mit der internationalen Umwelt- und Waldpolitik ist daher wichtig. Zu den wichtigen Themen der EZ der nächsten Jahre werden z. B. gehören:

- Die Inwertsetzung globaler öffentlicher Güter durch die Prüfung und weitere Entwicklung innovativer Finanzierungsinstrumente, z. B. globaler Nutzungsentgelte;
- Stärkung von Schutz und nachhaltiger Nutzung der Biodiversität und des Waldes insbesondere zum Nutzen der unmittelbar betroffenen Bevölkerung. Dazu wird das BMZ u. a. auch die Ausweitung und dauerhafte Finanzierung von Schutzgebieten in Partnerländern fördern. Dies geschieht nach Maßgabe der dem Ressort zur Verfügung stehenden Haushaltsansätze.

Ein noch viel zu wenig genutztes Instrument der Politikgestaltung sind nationale Waldprogramme. Deutschland wird sich weiterhin dafür einsetzen, nationale Waldprogramme zu fördern und die Partnerländer darin zu unterstützen, Wald zum Thema von Politik zu machen und nicht nur als Objekt der Planung zu betrachten. Eine wichtige Aufgabe in diesem Rahmen wird es sein, gute Regierungsführung zu fördern und Partnerländer in der Bekämpfung illegalen Holzeinschlages und von Korruption innerhalb des Sektors zu unterstützen. Die Heraus-

forderung liegt dabei darin, die Legalität von Waldnutzung nicht als abschließendes Ziel zu betrachten, sondern als Schritt auf dem Weg zu einer tatsächlich nachhaltigen Waldwirtschaft. Gesetzeskonformität allein ist noch kein Garant für den Erhalt von Wald oder für die gerechte Verteilung der Gewinne aus der Bewirtschaftung.

Eine Vielzahl von Prinzipien, Kriterien und Indikatoren für nachhaltige Waldwirtschaft sind in den letzten Jahren auf internationaler und regionaler Ebene entwickelt worden. Sie sind in den Partnerländern noch immer nicht ausreichend bekannt, kommen zu selten zur Anwendung und ihre Überprüfung im Feld ist schwierig. Noch zu wenig werden die Aktionsvorschläge des zwischenstaatlichen Waldausschusses und -forums (IPF und IFF) und die Aktivitäten aus dem erweiterten Waldarbeitsprogramm der Konvention über die biologische Vielfalt genutzt, um nachhaltige Waldwirtschaft zu fördern. Es gilt, die Partnerländer bei der systematischen Anwendung der genannten Regeln und Maßnahmenkataloge zu unterstützen, gemeinsam nach Einstiegsmöglichkeiten in den Dialog auf nationaler Ebene zu suchen, die Kontrolle der Umsetzung und die Beobachtung der Wirkungen zu planen und durchzuführen und aus den Erfahrungen zu lernen.

Das internationale Waldregelwerk und seine Elemente, wie das Waldforum der Vereinten Nationen und viele der Umweltkonventionen (Klima, Biodiversität, Desertifikationsbekämpfung), nationale Waldprogramme, gute Regierungsführung und Zertifizierung sind wichtige Themen für Aus- und Fortbildungsprogramme. Kapazitäten müssen in Forst- oder anderen walddrelevanten Ministerien, in der Zivilgesellschaft und im Privatsektor, aber auch an Universitäten und Instituten der Erwachsenenbildung geschaffen werden.

Regionale Ansätze, als Brücke zwischen der Ebene der einzelnen Nationalstaaten und der globalen Ebene, gewinnen an Bedeutung, seien es regionale Vereinbarungsprozesse zu bestimmten Einzelthemen, wie z. B. zu „Forest Law Enforcement, Governance and Trade“, oder regionale Staatenbünde, die gemeinsame Waldpolitiken ausarbeiten, wie z. B. im Amazonas- oder im Kongo-becken. Auch so genannte Typ-2-Partnerschaften (freiwillige Vereinbarungen zwischen Regierungen, Privatsektor und zivilgesellschaftlichen Organisationen) anlässlich des Nachhaltigkeitsgipfels in Johannesburg im Jahr 2002 begründet, können einen wichtigen Entwicklungsschub für den Waldsektor bewirken, solange die betroffenen Staaten selber genügend Interesse an der Umsetzung konkreter Ziele unter Beweis stellen. Eine für den Wald besonders wichtige ist die Kongobeckenwaldpartnerschaft, die auch von Deutschland mit großem Engagement unterstützt wird.

Deutschland ist international gut vernetzt und bringt sich erfolgreich in die Strategieentwicklungen anderer Geber ein. Dieser Eindruck unserer Partnerländer wird dadurch unterstrichen, dass deutsche Experten gerne mit Politikberatungsaufgaben betraut werden und häufig koordinierende Rollen im Geberkonzert spielen. Nur wenige Geber

verfügen über so vielseitige Instrumente der Zusammenarbeit. Die deutsche Politikberatung gilt allgemein als neutral und seriös, da sie häufig in Kombination mit konkreten Projekten auf der lokalen Ebene durchgeführt wird.

Diese gute Position gilt es zu halten und in Schlüsselbereichen auszubauen. Dazu wird Deutschland weiterhin eine „dosierte“ Präsenz auf allen Ebenen – dem Politikdialog und der Umsetzung – praktizieren und den vertikalen und horizontalen Informationsfluss unterstützen. Über mehrere Jahrzehnte deutscher Tropenwald-EZ konnte eine Vielzahl von Erfahrungen in der Gestaltung nachhaltiger Waldwirtschaft auf der betrieblichen Ebene gewonnen werden, die nun einen wertvollen Beitrag zur umsetzungsorientierten Gestaltung der Rahmenbedingungen leisten können. Die Erfahrungen aus der Praxis müssen in nationale Politikgestaltung, innerhalb des Sektors aber auch in übergeordnete Strategien eingebracht werden. Von dort aus müssen Aufträge an die regionale Ebene formuliert werden, sei es, um konkretes, grenzübergreifen-

des Ressourcenmanagement zu verwirklichen oder regionale Politiken und Strategien zu vereinbaren. Von der nationalen und der regionalen Ebene aus müssen Impulse an die internationale Ebene gesandt werden, damit diese den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder auch im internationalen Zusammenspiel der Staaten und der verschiedenen globalen Akteure erleichtern kann.

Seit 1985 hat Deutschland weltweit mehr als 300 Projekte in ca. 70 Ländern unterstützt, die dazu beitragen, die Rahmenbedingungen für den Schutz der Wälder und für eine nachhaltige Waldwirtschaft zu verbessern. Dabei wurde stets das Erfordernis der Führungsrolle unserer Partnerländer sowie die Bedeutung einer partizipatorischen, sektorübergreifenden Umsetzung unterstrichen. Deutschland wird auch in Zukunft durch die Bereitstellung beträchtlicher Fördermittel, durch das Einbringen seiner jahrzehntelangen Erfahrung in der Tropenwald-EZ und durch aktive Mitgestaltung der globalen Governance-Prozesse dazu beitragen, das Ziel nachhaltiger Waldwirtschaft weltweit zu erreichen.

Anhang**Laufende Tropenwald- und sonstige Forstprojekte des BMZ**

(Stand: 27. April 2004, Beträge in Euro)

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Amerika na (nur EL)	Tropenwalderhaltung Amazonien	4.090.335,05
Amerika na (nur EL)	Einrichtung eines biologischen Korridors in Mittelamerika	3.067.751,28
ASEAN	Regionales Waldprogramm Südostasien	5.112.918,81
Asien na (nur EL)	Regionales Forstvorhaben – SPC	4.122.055,72
Asien na (nur EL)	Regionales Forstvorhaben – SPC	5.078.000,00
Äthiopien	Förderung der sozialen Forstwirtschaft in Tigray	3.318.665,22
Äthiopien	Integrierte Waldbewirtschaftung Adaba-Dodola	450.000,00
Benin	Forst- und Holzwirtschaft	800.000,00
Benin	Forstbewirtschaftung im Raum Bassila	1.891.281,41
Benin	KV-Management Nationalpark Pendjari	920.000,00
Benin	KV Programm Umwelt/Schutz und Management der natürlichen Ressourcen	12.150.000,00
Benin	KV-Holz- und Forstwirtschaft, Phase V	5.112.918,81
Benin	KV-Parkmanagement Pendjari	3.067.751,00
Bhutan	Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen in den Distrikten Punakha und Wangdue-Phodrang	3.519.733,31
Bolivien	Management von Naturschutzgebieten und ihren Randzonen (SNAP)	3.367.502,58
Bolivien	Programm der Aufforstung und Förderung nachhaltiger Entwicklung in der Provinz	89.987,37
Bosnien-Herzegowina	Forstwirtschaftliche Planung	434.598,10
Brasilien	KV – Demarkierung von Indianerschutzgebieten in Amazonien	2.249.684,27
Brasilien	Förderung von Kleinbauern im Bundesstaat Amazonas	2.045.167,52
Brasilien	Prorenda Par	2.607.588,59
Brasilien	KV-Management der Naturressourcen Vareza	2.933.875,64
Brasilien	AMA-Unterstützung des Monitoring und der Analyse des PPG7	1.212.751,28
Brasilien	KV-PPG7-Vorhaben zur Förderung von Schutzgebieten im Amazonas	1.000.000,00
Brasilien	Unterstützung des Monitorings und der Analyse des PPG7-AMA	1.855.000,00
Brasilien	KV-Förderung von Demonstrationsprojekten (PD/A einschließlich Indianerkomponente PDPI)	2.950.000,00

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Brasilien	Stärkung und Konsolidierung der Umweltverwaltung in Acre, Amazonas, Pará u. Rondonia i. R. des NRPP	3.700.000,00
Brasilien	Sicherung von Waldschutzzonen	2.479.765,62
Brasilien	Schutz und Management natürlicher Ressourcen in der Mata Atlantica, Minas Gerais (SEMAD)	1.533.000,00
Brasilien	KV-integrierte Bewirtschaftung von Naturwäldern	1.789.000,00
Brasilien	Nachhaltige Entwicklung der Gemeinden an der Perimtral Norte Amap	1.533.875,64
Brasilien	Tropenwaldprogramm – Waldbewirtschaftung im Amazonasraum/Bama	1.525.584,53
Brasilien	KV-integrierte Naturwaldbewirtschaftung	10.225.837,62
Brasilien	Demonstrationsvorhaben in Indianergebieten	13.293.588,91
Brasilien	KV-Naturressourcenpolitik	20.451.675,25
Brasilien	Schutz des atlantischen Küstenwaldes im Staat Parana	9.203.253,86
Brasilien	KV-Management der Naturressourcen der amazonischen Überschwemmungsgebiete (Varzea)	4.090.335,05
Brasilien	KV-Demonstrationsvorhaben PD/A	10.225.837,62
Brasilien	Schutz des tropischen Küstenwaldes im Staat Sao Paulo	12.782.297,03
Brasilien	KV-Demarkierung von Indianerschutzgebieten	15.338.756,44
Brasilien	Schutz des tropischen Küstenwaldes in Minas Gerais	7.669.378,22
Brasilien	Schutz des atlantischen Küstenwaldes in Rio de Janeiro	7.669.378,22
Brasilien	Promanejo – integrierte Naturwaldbewirtschaftung, Phase II	5.112.918,82
Brasilien	Schutz des tropischen Küstenwaldes (Mata Atlantica)	6.135.502,57
Brasilien	Schutz des atlantischen Küstenwaldes in Rio Grande do Sul	6.135.502,57
Brasilien	KV-Demonstrationsprojekte	7.669.378,22
Bulgarien	Waldrestitution und Forstwirtschaft	900.000,00
Bulgarien	Waldrestitution und Wirtschaftsberatung	1.395.826,83
Burkina Faso	Ressourcen erhaltende Bewirtschaftung des Zentralplateaus	5.395.592,16
Burkina Faso	Ressourcen erhaltende Bewirtschaftung auf dem Zentralplateau	2.392.846,00
Burkina Faso	Integrierte Waldbewirtschaftung Gons	1.769.069,91
Burundi	Schutz der Forstreserven in Ruyigi, Makamba u. Bururi	613.547,70

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Chile	Nachhaltige Naturwaldbewirtschaftung	4.056.459,40
Chile	KV-Naturwaldbewirtschaftung Phase II	4.090.335,05
Chile	KV-nachhaltige Naturwaldbewirtschaftung	5.112.918,81
China (VR)	Aus- und Fortbildung im Forstwesen	2.556.459,41
China (VR)	Rehabilitierung und Schutz des Tropenwaldes in Yunnan	1.228.937,82
China (VR)	Rehabilitierung und Schutz des Tropenwaldes in Hainan	1.821.583,76
China (VR)	Monitoring und Managementinformationssystem für das Drei-Norden-Schutzwald-Programm	1.533.875,64
China (VR)	Monitoring- u. Managementinformationssystem für das Drei-Norden-Schutzwald-Programm	1.500.000,00
China (VR)	Schutz und Bewirtschaftung des Wassereinzugsgebietes des Miyun-Stausees	1.738.392,39
China (VR)	Schutz der Wälder im Westen Chinas	5.112.918,81
China (VR)	Entwicklung und Umsetzung partizipativer Ansätze in der Land- und Forstnutzung	1.500.000,00
China (VR)	Schutz und Bewirtschaftung des Wassereinzugsgebietes des Miyun-Stausees	1.500.000,00
China (VR)	Kleinbäuerliche Aufforstung Hebei II	5.112.918,81
China (VR)	Aufforstung Shaanxi	6.646.794,46
China (VR)	Aufforstung Yanqing County	2.045.167,52
China (VR)	Aufforstungsprojekt Yangtze Yunnan Hubei	12.271.005,15
China (VR)	Aufforstung Shanxi	6.135.502,57
China (VR)	Aufforstung Ningxia	6.135.502,57
China (VR)	Aufforstung Anhui	5.879.856,63
China (VR)	Aufforstung Hebei	6.391.148,51
China (VR)	Aufforstung Hunan	8.691.961,98
China (VR)	Aufforstung Sichuan	6.135.502,57
China (VR)	Aufforstung Jiangxi	8.691.961,98
China (VR)	Aufforstung innere Mongolei	8.180.670,10
China (VR)	Aufforstung Chongqing	6.135.502,57
China (VR)	Aufforstung Yunnan II	6.135.502,57
China (VR)	Aufforstung Shaanxi II	6.135.502,57
China (VR)	Aufforstung Anhui II	6.135.502,57
China (VR)	Aufforstung Liaoning	6.135.502,57
China (VR)	Kleinbäuerliche Aufforstung Gansu	7.669.378,22
China (VR)	Kleinbäuerliche Aufforstung Hubei II	7.669.378,22
China (VR)	Kleinbäuerliche Aufforstung Hunan II	7.500.000,00

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Costa Rica	Forstvorhaben Huetar Norte	10.225.837,62
Cote d'Ivoire	KV-Erhalt des Nationalparks Tai	3.200.000,00
Cote d'Ivoire	Beratung Forst- und Umweltpolitik	1.657.000,00
Cote d'Ivoire	KV-Waldbewirtschaftung und Naturschutz in der Ostregion	1.036.000,00
Cote d'Ivoire	Sektorprogramm Forst	10.021.320,87
Cote d'Ivoire	KV-Sektorprogramm Forst II	2.000.000,00
Dominikanische Republik	Umweltorientiertes Entwicklungsprogramm	4.823.909,15
Dominikanische Republik	Förderung der Abteilung für natürliche Ressourcen des Instituto Superior de Agricultura – ISA	2.832.751,31
Dominikanische Republik	Management natürlicher Ressourcen U	2.045.167,52
Dominikanische Republik	KV-Naturressourcenschutz Alto Rio Yaque del Norte	697.229,70
Dominikanische Republik	KV – Naturressourcenschutz Alto Rio Yaque del Norte	5.112.918,81
Ecuador	Programm Umwelt	11.766.000,00
Ecuador	Konsolidierung des Programms zur nachhaltigen Nutzung des Aguarongoforstes in den Gemeinden Gualaceo und Sigsig	86.000,00
Ecuador	Bewirtschaftung und Schutz der Cordillera Chon-gon-Colonche (Aufforstung und Waldschutz)	7.669.378,22
Ecuador	KV – Tropenwaldschutz Gran Sumaco II	5.112.918,81
Ecuador	Tropenwaldschutz Gran Sumaco	2.556.459,41
Ecuador	Studien- und Fachkräftefonds III	511.291,88
Entwicklungsländer (regional na)	Programm zur Förderung Sozialer und Ökologischer Standards in EL	5.675.339,87
Entwicklungsländer (regional na)	Tropenökologisches Begleitprogramm – TöB	2.249.684,28
Entwicklungsländer (regional na)	Sicherung der biologischen Vielfalt im ländlichen Raum	2.730.000,00
Entwicklungsländer (regional na)	IWRP-Unterstützung intern. wald-relevanter Programme	2.057.000,00
Entwicklungsländer (regional na)	Querschnittsanalyse: Forstvorhaben	192.607,74
Entwicklungsländer (regional na)	Förderung der Tropenwaldforschung	2.556.459,40
Gabun	Forstschule Cap Esterias	3.579.043,17
Gambia	Förderung des Forstdienstes	9.418.142,78
Gambia	Förderung des Forstdienstes	1.053.261,27
Gambia	KV-Forstvorhaben CRD	2.735.411,56
Gambia	KV-Forstprojekt CRD	2.004.264,17
Gambia	CRD-Forstprojekt II	2.556.459,41
Ghana	KV-Waldrehabilitierung in der Volta-Region	8.153.269,46

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Ghana	Tropenwaldschutz Volta-Region	12.782.297,03
Guatemala	Fortführung eines nachhaltigen Waldnutzungs- und Waldschutzprogramms im Landkreis San Pedro Pinula	143.000,00
Guinea	KV-Bewirtschaftung forstlicher und ländlicher Ressourcen (PGRR)	12.526.651,09
Guinea	Bewirtschaftung forstlicher Ressourcen (PGRF)	5.624.210,69
Guyana	Natural Resources Management	4.090.334,53
Honduras	Förderung des Nationalparks Cerro Celagne	2.666.622,10
Honduras	KV-Schutz und Erhaltung der Biosphäre Río Plátano	1.820.000,00
Honduras	Schutz und wirtschaftliche Nutzung der natürlichen Ressourcen, Komponente West	3.850.000,00
Honduras	Förderung nachhaltiger Ressourcennutzung und lokaler wirtschaftlicher Entwicklung	2.000.000,00
Honduras	Schutz des Biosphärenreservats Río Plátano (bisher Forstentwicklung La Mosquitia)	7.413.732,28
Indien	Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums (Ministry of Agriculture) im Bereich des Integrierten	3.067.751,29
Indien	Unterstützung des Landwirtschaftsministeriums (Ministry of Agriculture) im Bereich des Integrierten	1.200.000,00
Indien	KV-Promotion von Watershed-Selbsthilfeprogrammen Maharashtra	4.100.813,47
Indien	Kapazitätsentwicklung u. -stärkung für dezentral. Management von Wassereinzugsgebieten (CSB-DWD)	3.500.000,00
Indien	Changar Eco-development Project	5.852.203,41
Indien	Stärkung der Adivasi-Bevölkerung in Management und Vermarktung von (Nichtholz-)Waldprodukten/ Indien	55.000,00
Indien	Einkommensalternativen für Wald- und Waldrandzonenbewohner, Perulia und Bankura Distrikte, Westbengalen/Indien	253.526,00
Indien	Erosionsschutz und ldl. Entwicklung über Nabard Rehabilitation von Wassereinzugsgebieten in Andhra	8.691.961,98
Indien	Rehabilitation von Wassereinzugsgebieten in Gujarat	9.203.253,86
Indien	Watershed Development Maharashtra, Phase III	19.940.383,37
Indonesien	Stärkung der Managementkapazitäten des Forstministeriums	1.500.000,00
Indonesien	KV-integriertes Feuermanagement	3.100.813,46

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Indonesien	KV-integriertes Feuermanagement	552.756,12
Kambodscha	Unterstützung des Wiederaufbaus der Forstverwaltung	4.345.980,99
Kamerun	Förderung des Ökotourismus	538.875,64
Kamerun	Schutz der Wälder um Akwaya	1.790.043,16
Kamerun	Nachhaltige Bewirtschaftung der Waldressourcen am Kamerunberg	1.602.058,36
Kamerun	Förderung des Korup-Nationalparks	1.249.521,59
Kamerun	Schutz der Naturwälder im Südosten Kameruns	546.000,00
Kamerun	Programm Nachhaltiges Ressourcenmanagement in Kamerun	8.730.000,00
Kamerun	Unterstützung der COMIFAC	2.000.000,00
Kap Verde	Aufforstung Fogo und Santiago (Investition)	2.403.071,84
Kap Verde	Aufforstung Fogo und Santiago (Begleitmaßnahme)	153.387,56
Kap Verde	Forstvorhaben II (Santiago und Maio)	2.556.459,41
Kap Verde	Ressourcenschutz Fogo	1.533.875,64
Kolumbien	Nationales Forstprogramm	1.545.291,88
Kolumbien	Waldschutz- und Forstentwicklung im Rio-Magdalena-Tal	5.112.918,81
Kolumbien	Waldschutz- und Forstentwicklung Rio-Magdalena-Tal II	3.067.751,29
Kongo, Demokratische Republik	Integrierter Naturschutz Ostkongo	11.341.134,97
Kongo, Demokratische Republik	Beratung der kongolesischen Naturschutzbehörde	1.522.583,76
Kongo, Republik	Naturschutz Nouabale-Ndoki	5.752.030,09
Laos	Programm „Integrierte ländliche Entwicklung von Bergregionen in Nord-Laos“	7.400.000,00
Laos	KV-Unterstützung des Vientiane Forestry College	2.380.063,71
Madagaskar	Unterstützung der madagassischen Forstverwaltung bei der Umsetzung der neuen Forstpolitik	6.841.464,23
Madagaskar	Integrierte forstliche Entwicklung in der Region Vakinankarata	4.669.539,78
Madagaskar	Umweltschonende Energieversorgung in der Region Antsiranana	1.949.316,63
Madagaskar	Umweltschonende Energieversorgung in der Region Antsiranana	2.390.000,00
Madagaskar	UAP III/Reservatschutz Ankarafantsika	4.857.272,87
Madagaskar	Nationalparks Andringitra und Marojejy (UAP I A), (früher: Umweltaktionsplan I A, Investition)	3.988.076,67
Madagaskar	Umweltaktionsplan I A (Begleitmaßnahme)	1.636.134,02

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Malawi	KV-Randzonenentwicklung Nyika National Park und Vwaza Game Reserve	6.135.502,57
Malaysia	Unterstützung der Forstfakultät Sabah	3.373.813,46
Malaysia	Beratung der Forstverwaltung in West-Malaysia (Alt: 199320136)	2.812.105,34
Marokko	Unterstützung bei der Umsetzung des Nation. Aktionsprogramms zur Desertifikationsbekämpfung (NAP)	3.226.000,00
Mauretanien	Dezentrales Ressourcenmanagement Guidimakha	2.250.000,00
Mauretanien	Desertifikationsbekämpfung Ost-Mauretanien	2.556.459,41
Mekong River Commission	Hochwasserschutz	2.933.875,64
Mekong River Commission	Nachhaltige Bewirtschaftung von Wassereinzugsgebieten im Unteren Mekongbecken	4.345.000,00
Mexiko	Naturressourcenschutz und regionale Entwicklung im Südosten Mexikos	2.045.167,52
Mexiko	Naturressourcenschutz im Südosten	1.000.000,00
Mongolei	Schutz und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen	6.489.291,88
Mongolei	Wüstenbekämpfung	521,58
Mongolei	Nachhaltige Waldnutzung/Ressourcenschutz, Ausbildung im Forstbereich	521,58
Nepal	KV-forstliche Entwicklung der Churia-Wälder	3.706.866,13
Nicaragua	Ressourcenschutz und ländl. Entwicklung in der Region Bosawas	3.579.043,17
Nicaragua	Nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen im Südwesten	1.930.000,00
Nicaragua	Nachhaltige Land- und Waldbewirtschaftung Rio San Juan	3.067.751,29
Nicaragua	KV – Ressourcenschutz und ländliche Entwicklung in der Region von Bosawas	2.556.459,41
Niger	Beratung Ressourcenmanagement der Transhumanzone	37.229,70
Nigeria	Tropenwaldschutz Oban Hills	11.248.421,39
Panama	Nachhaltige Entwicklung des Nationalparks Cerro Hoya und seiner Pufferzone	1.533.875,64
Panama	Management der natürlichen Ressourcen im Gebiet Ngöbe, Provinz Chiriqui	2.045.167,52
Papua-Neuguinea	Tropenwaldprogramm – Förderung der Forstwirtschaft	2.812.105,34
Papua-Neuguinea	Förderung des Umweltschutzprogramms und der Einkommensverbesserung der kleinen Landbesitzer in der Diözese	204.516,75
Paraguay	KV-nationale Ressourcenschutzstrategie	3.042.186,70

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Paraguay	KV-nachhaltiges Naturressourcen-Management	7.669.378,22
Peru	Ländliche Entwicklung Cajamarca	2.285.474,71
Peru	Wiederaufforstung	485,73
Philippinen	KV kommunale Waldbewirtschaftung Quirino	2.556.459,41
Philippinen	Fortsetzung des Umweltschutz-Programms im Bereich Forstwirtschaft mit Ureinwohnergruppen in	102.258,38
Philippinen	Fortsetzung des Umweltschutz-Programms im Bereich Forstwirtschaft mit Ureinwohnergruppen in Nueva Vizcaya	52.000,00
Ruanda	Tropenwaldrelevantes Ressourcenschutzprogramm	2.300.813,47
Ruanda	Tropenwaldrelevantes Ressourcenschutzprogramm	1.533.000,00
Ruanda	Ressourcenschutzprogramm, Phase II (Aufforstung)	1.533.875,64
SADC	Unterstützung des Ausbildungs- und Forschungszentrums Gobabeb	1.400.000,00
SADC	Forestry Unit Malawi	277.984,28
SADC	Transnationale Naturschutzgebiete (TFAC)	6.135.502,57
SADC	Programmberatung kommunale Trockenwaldbewirtschaftung	3.553.537,67
SADC	Kommunale Trockenwaldbewirtschaftung	2.182.000,00
Senegal	Beratung für Schutz und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen	1.763.956,99
Sri Lanka	Verbesserung der Holzgewinnung und Wiederaufforstung in den Plantagenregionen	2.300.813,46
Südafrika	Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen auf kommunaler Ebene (Transform)	2.000.000,00
Tansania	Beratung kommunale Wildbewirtschaftung	2.812.105,34
Tansania	Beratung kommunale Wildbewirtschaftung	1.500.000,00
Tansania	KV-Naturschutz und Anrainerförderung Katavi-Rukwa	2.500.000,00
Tansania	KV-Ressourcenschutz und Pufferzonenentwicklung Phase I	2.965.492,91
Tansania	KV-Ressourcenschutz und Pufferzonenentwicklung Phase II	1.380.488,08
Tansania	KV – Wildschutz und Anrainerförderung	5.624.210,69
Tansania	Forstpolitikberatung	1.687.263,20
Tansania	Forstpolitikberatung	1.500.000,00
Tschad	Management der natürlichen Ressourcen in Mayo Kebbi	4.963.885,30
Tunesien	Forstvorhaben Gouvernorat Jendouha	5.624.210,69

E-Land	Projektbezeichnung	Bewilligungen/Darlehen
Tunesien	Ressourcenschutz und Weideverbesserung im Gouvernorat von Kairouan	6.902.440,40
Tunesien	Nachhaltige Bewirtschaftung von Wald-Ökosystemen	1.533.875,64
Uganda	Beratung der Wildlife Authority	4.397.110,17
Uganda	Murchinsons Falls National Park (KV)	7.925.024,16
Vietnam	Nationalparkmanagement Tam Dao	1.789.521,58
Vietnam	Nachhaltiges Management natürlicher Ressourcen in Zentralvietnam	1.533.875,64
Vietnam	KV-Aufforstungsprogramm Nordost-Vietnam	562.421,07
Vietnam	Aufforstung Mittelvietnam	6.953.569,58
Vietnam	Aufforstung Mittelvietnam – Begleitmaßnahme –	715.808,63
Vietnam	Aufforstung IV	6.881.988,72
Vietnam	Aufforstung III	4.499.368,55
Vietnam	Aufforstung III (Bac Giang Quang Nuh Lang Sou)	613.550,26
Vietnam	Aufforstung III, Phase II	2.556.459,41
Vietnam	Aufforstung IV	787.389,50
Vietnam	Unterstützung bei der Reform der Forstverwaltung	2.000.000,00
Vietnam	Programm Management natürlicher Ressourcen/Forst	4.500.000,00
Vietnam	Forstvorhaben Schwarzer Fluss (Förderg. d. Aus- u. Fortbildg. im Ressourcenschutz, einschl. Forst)	2.812.105,34
Zentralafrikanische Republik	Partizipatives Management forstlicher Ressourcen	2.454.201,03
Zentralafrikanische Republik	Naturschutz Bayanga	2.351.942,66
Gesamtsumme		927.126.479,07

